Zeitschrift: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde
Herausgeber: Historische und Antiquarische Gesellschaft zu Basel
Band: 50 (1951)

Artikel: Der Friede von Basel : I. Teil
Autor: Real, Willy
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-116375

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Friede von Basel

von

Willy Real

I. Teil *)

Einleitung

Ein volles Jahrhundert hindurch ist der preußische Sonderfriede von Basel Gegenstand heftiger wissenschaftlicher Auseinandersetzungen gewesen. Während etwa Vivenot in dem unglücklichen Verlauf des Revolutionskrieges den von Preußen verschuldeten Prozeß einer Ausblutung Österreichs für das Reich sah, haben Sybel und Häusser alle Mißerfolge auf Thuguts abwegige Politik und die Unfähigkeit der österreichischen Generale zurückführen wollen. Wurde auf der einen Seite der Vorwurf erhoben, die Untätigkeit des preußischen Feldmarschalls von Möllendorff habe im Herbst 1794 entscheidende Erfolge Sachsen-Teschens am Oberrhein verhindert und jede patriotische Absicht des österreichischen Feldherrn durchkreuzt, so erhob man preußischerseits gegen die Politik an der Donau den schweren Vorwurf, sie habe im Sommer 1794 ohne Not Belgien aufgegeben und durch die damit verbundene Preisgabe des linken Rheinufers letztlich das Reich verraten. Vornehmlich Sybel hat die preußische Politik in erster Linie damit zu rechtfertigen gesucht, daß er Österreich für die Entzweiung der deutschen Führungsmächte verantwortlich machte, indem er die These vertrat, Cobenzl habe Ende 1792 die mündliche Zustimmung zum Erwerb polnischer Gebiete durch Preußen erteilt und somit das Recht verwirkt, Preußen aus dieser politischen Orientierung nach dem Osten einen Vorwurf zu machen. In der Tat hat die Frage nach der österreichischen Zustimmung zur sofortigen Einverleibung polnischer Gebietsteile durch Preußen und die im Sommer 1794 angeblich freiwillig erfolgte Preisgabe Belgiens durch Österreich bei der Beurteilung des Basler Friedens stets im Vordergrund aller Erörterungen gestanden. Wenn auch Vivenot seinerzeit unter erstmaliger Veröffentlichung einer Fülle neuer Quellen beide Fragen

*) Fortsetzung und Schluß erscheint im nächsten Band der „Basler Zeitschrift".

glaubte verneinen zu können, wenn die historische Wissenschaft seinen Auffassungen mehr und mehr zustimmte und die besonnen abwägende Kritik Hermann Hüffers erheblich dazu beitrug, den bis dahin allzu ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der österreichisch-preußischen Rivalität beurteilten Basler Frieden aus der Arena politischer Meinungskämpfe auf die Plattform wissenschaftlicher Betrachtung zurückzuführen, so muß man dabei doch der Tatsache eingedenk sein, daß die *politischen* Schachzüge allein den Frieden nicht verständlich machen, sondern daß man den Gesamthabitus des Zeitalters mit befragen muß.

Die Signatur dieses Zeitalters war die Aufklärung. Je mehr sie in den Menschen den Glauben an die philanthropischen Ideale und die Lehren der Bergpredigt, an irdisches Glück und ewigen Frieden befestigte, desto bereitwilliger vertraute man auch den Friedensschalmeien aus dem Westen und desto weniger achtete man des Frevels an der geheiligten Ordnung der europäischen Dinge. Der Blick für die mit dem Umsturz in Frankreich verbundenen Gefahren ward getrübt und durch die Aufklärung eine geistige und politische Atmosphäre geschaffen, in der weder die staatstragende Gesellschaft noch ihre verantwortliche Führerschicht jahrelangen militärischen Belastungen gewachsen war. Hatte man sich für Krieg oder Frieden zu entscheiden, so wählte man den Frieden. Mit stärkerem Mißvergnügen als 1792 war man in Preußen noch nie in einen Krieg eingetreten, und wenn die täglich zunehmende Partei der Friedensfreunde diesen Krieg immer dringender zu beenden wünschte, dann tat sie es nicht nur aus politischen Gründen, sondern mindestens ebensosehr aus der Lebensform der Spätaufklärung selbst heraus. Das Sekuritätsbedürfnis der an Frieden und Untertanenglück glaubenden Menschen vertrug sich nicht mit dem harten Gesetz des Krieges. Was die Gesellschaft in allen ihren Schichten oft nur unbewußt ersehnte, wurde von den höchsten Repräsentanten der geistigen Bildung als die Forderung des Tages verkündet. Was Herder 1793 in den «Briefen zur Beförderung der Humanität» zu sagen hatte, war auch dem Volk aus der Seele gesprochen. Was Kant 1795 in der Abhandlung «Vom ewigen Frieden» aussprach, gehörte mit jenen Briefen Herders zusammen wie das Plus und Minus der Algebra. Waren dort die Gedanken ganz allgemein auf Glück und Frieden unter den Völkern gerichtet, um wahre Humanität gedeihen zu lassen, so wurde hier konkret die Forderung erhoben, sich nicht in die politische Daseinsform eines fremden Staates einzumischen. Aus der Sprache der Lehrkanzel in die des praktischen Politikers übersetzt, besagte sie nichts anderes, als daß es abzulehnen sei, sich mit der französischen Revolution

gewaltsam auseinanderzusetzen. So wurde vom Bereich des Geistes und des deutschen Neuhumanismus aus dem Krieg geradezu der Boden entzogen und für eine künftige Neutralitätspolitik die philosophisch-ethische Legitimation vorgezeichnet.

Vor dem Hintergrund dieses Antlitzes der Zeit vollzog sich alles politische und militärische Geschehen. Für dieses wiederum war von größter Bedeutung, daß auch im preußischen Offizierkorps Unmut und Verzagtheit von Anfang an weit verbreitet waren und der Bund mit Österreich für die meisten keine echte Waffenbrüderschaft, sondern eine zeitgebundene Erwerbsgenossenschaft darstellte. Statt selbstlos einer gemeinsamen Aufgabe zu dienen, dachten die Bündnispartner schon 1792 daran, möglichst weitgehende Entschädigungen für die Kosten dieses militärischen Abenteuers einzuheimsen. In der Umgebung des Königs mehrten sich die Stimmen, die für ein Ausscheiden aus dem Kriege im Westen plädierten, um auf Kosten Polens an der Weichsel territorialen Ambitionen nachzugehen. Die zweite polnische Teilung vom Januar 1793 hat dann auch in der Tat das ohnehin bestehende Mißtrauen Österreichs zu einer erklärten Feindschaft gegen Preußen auswachsen lassen. Man konnte am Rhein nicht einig bleiben, wenn man sich an der Weichsel entfremdete. Als dann gar Ende 1793 eine unausgesetzte Kette militärischer Mißerfolge einsetzte, bedrängte die preußische Friedenspartei immer gebieterischer den König, die eigene Armee zurückzuziehen und nur noch mit dem preußischen Reichskontingent im Felde zu verharren, um die letzten finanziellen personellen und materiellen Ressourcen zu schonen. Die ritterliche Anteilnahme am Schicksal der Bourbonen, die hohe Auffassung von dem Gebot der Bündnistreue und der Wunsch, auch als Vorkämpfer der Integrität des Reiches angesehen zu werden, veranlaßten den mit seinen Ansichten im Grunde recht einsamen König, alles zu tun, um die für die Fortsetzung des Krieges erforderlichen Hilfsquellen zu erschließen. Aber auch der sogenannte Haager Subsidienvertrag (19. 4. 1794) vertagte die Krise nur. Als der polnische Aufstand den König im Mai 1794 erneut an die Weichsel rief, war es den Friedensfreunden ein leichtes, hierin eine Bekundung des Vorranges der preußischen Interessen im Osten vor denen im Westen zu sehen und den König erneut zu bestürmen, den Machtopportunismus des Staates über das Schicksal des Reiches zu stellen. Sie sollten jedoch mit ihren Bemühungen um die Friedensbereitschaft des Königs erst Erfolg haben, als infolge der militärischen Zuspitzung im flandrischen Raum der Streit um den Einsatzort der preußischen Truppen erneut eine tiefe Kluft unter den Verbündeten aufriß, die militärischen Sicherungen westlich des Rheins zu-

sammenbrachen und der Strom nur noch mit Mühe gehalten werden konnte. Wie der preußische Oberbefehlshaber von Möllendorff jedoch schon Monate vorher daranging, aus der ihm aussichtslos erscheinenden militärischen Lage – zunächst ohne Wissen und Einwilligung seines Königs – die Folgerungen zu ziehen, soll auf den folgenden Seiten geschildert werden.

Erstes Kapitel

Schmerz' geheime Sondierungen im Auftrage des preußischen Hauptquartiers

Der preußische Staat, der sich um die Jahrhundertmitte den Eintritt in den Kreis der europäischen Großmächte erzwungen hatte, war inzwischen sich selber unähnlich geworden. Der so unerbittliche Entscheidungswille, mit dem Friedrich den Tag von Leuthen begonnen und die Katastrophe von Kunersdorf überstanden hatte, war nur noch in wenigen Gestalten lebendig. Der Feldmarschall von Möllendorff, der nach dem Rücktritt des Herzogs von Braunschweig die Führung der preußischen Rheinarmee übernahm, stand zwar auch jetzt noch als Soldat in hohem Rufe, aber die Feldherrnkunst des nunmehr Siebzigjährigen war nicht elastisch genug, als daß sie sich den Methoden der revolutionären französischen Kriegskunst hätte anpassen können. Müde und schwunglos in der Handhabung seines Kommandos, von einem Geschlecht von Epigonen umgeben, trug er nicht mehr den brennenden Eifer des Tatmenschen in sich, der auch die letzten Energien für einen Kampf um die legitime Ordnung und die Rechte der Krone zu entbinden vermocht hätte. Die Berliner Friedenspartei begrüßte seine Berufung an die Spitze der Armee mit Beifall und Dank, sah sie doch in ihm einen Wegbereiter des Friedens. Möllendorff sollte sie in ihren Erwartungen nicht enttäuschen. Er hatte sich, groß geworden im preußischen Dienst, ein gehöriges Maß von Mißtrauen und Abneigung gegen die Wiener Politik bewahrt, so daß es für ihn, da auch reichspatriotische Empfindungen nur von untergeordneter Bedeutung waren, kaum Hemmungen gab, als sich ihm ein Weg aus dem Dilemma des Krieges bot. Wie fast alle Kommandeure der preußischen Streitkräfte am Rhein hatte auch er den Haager Subsidienvertrag im Grunde seines Herzens verwünscht. Er haßte die Diplomaten und militärischen Unterhändler der Seemächte, die in seine strategischen Maßnahmen unausgesetzt mit hineinreden wollten. Er beargwöhnte die Österreicher, vornehmlich den Herzog

von Sachsen-Teschen, der mit Vorwürfen gegen seine Kriegführung nicht sparte und ohne Ende anspruchsvolle Forderungen an ihn stellte. Er erregte sich maßlos über die Offiziere seines Stabes, die seine Anordnungen mit Ironie und Kritik verfolgten und dabei des Politisierens nicht müde wurden. Über alledem aber verlor er allmählich die Zügel aus der Hand. Er war zu alt, um all den ihn umgebenden Kabalen ein Ende zu bereiten. Überreizt, verstimmt, verärgert, beunruhigt über die fortdauernden Angriffe der zahlenmäßig überlegenen, nach einheitlicher Planung vorgehenden Franzosen, wünschte er nichts heißer herbei als Waffenruhe und Frieden. Die Ungewißheit über die Lage im Osten, der Vorstoß der Franzosen gegen den Rhein, die drohende Gefahr, den Strom bald selbst überschreiten zu müssen [1], das gespannte Verhältnis Möllendorffs zu den Vertretern der Seemächte, das sein Adjutant, der Major von Meyerinck, vergebens wiederherzustellen sich bemühte, die tiefe Kluft, die namentlich seit dem Verlust von Trier und der Zuspitzung der militärischen Lage am Niederrhein den Feldmarschall von dem Herzog von Sachsen-Teschen trennte [2], all dieses machte die Stimmung im preußischen Hauptquartier immer unerträglicher. Hinzu kamen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und den preußischen Staatsmännern. So lehnte Hardenberg den Wunsch Meyerincks, er möge den Feldmarschall zu einem Übergang auf die rechte Rheinseite bewegen, rundweg ab; er tat alles, um bei Möllendorff Verständnis für die Anliegen der Seemächte zu wecken, indem er darauf hinwies, daß ein ehrenvoller Friede nur dann möglich sei, wenn in einem weiteren Feldzug die Streitkräfte aller Verbündeten den Gegner von der Beständigkeit ihres Zusammenwirkens würden überzeugen können. Er drang in ihn, aktiv zu bleiben, die Mosel zu verteidigen und die Schwetzinger Vereinbarungen einzuhalten [3]. Er verwies darauf, daß Österreich entschlossen war, ein gleiches zu tun. Er hob hervor, daß nach allgemeinem Urteil das Ausbleiben der Truppen des Generals von Kalckreuth den Verlust von Trier verschuldet hatte, daß die preußische Armee mithin verantwortlich und die Wiedereroberung dieses wichtigen Platzes nunmehr um so notwendiger war.

Möllendorff sah zwar ein, wie dringend geboten es war, dem

[1] Mitte August wurden in Köln und Bonn bereits Pontons über den Rhein geschlagen. Die auf dem rechten Rheinufer gelegenen Lazarette erhielten Befehl, sich für den Aufbruch zu rüsten, um notfalls in das nassauische Gebiet zurückverlegt zu werden. (Dohm an Hardenberg, Köln, 22. 8. 1794, Pr. G. St. A.)

[2] Meyerinck an Hardenberg, Kreuznach, 23. 8. 1794 (Pr. G. St. A.).

[3] Hardenberg an Haugwitz, Frankfurt, 16. 8. 1794; an Möllendorff, 17. 8. 1794; an Meyerinck, 17. 8. 1794 (sämtlich im Pr. G. St. A.).

Gegner den Übergang auf die rechte Rheinseite zu verwehren, aber er war nicht der Held, aus dieser Einsicht die Konsequenzen zu ziehen. Unentschlossen letzten Entscheidungen aus dem Wege gehend, war er nicht imstande, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe durch eine befreiende Tat zu widerlegen. Ihm fehlte das Selbstvertrauen des großen Soldaten, der den Glauben an den Sieg in sich trägt. Was er, um sich zu rechtfertigen, an Hardenberg schrieb, war nicht die Sprache eines Feldherrn, der sich zum Meister seines Schicksals macht [4]. Eine einzige Klage über das Hoffnungslose der militärischen Lage und über die mangelnde Eintracht unter den Verbündeten löst sich von seinen Lippen. Nicht er habe die Schwetzinger Vereinbarungen nicht eingehalten, beteuert er, sondern seine Partner. Solle er denn allein ihnen nachkommen, wo die anderen sie beliebig brechen? Auch ihm komme es in dieser Stunde darauf an, die ihm anvertrauten Truppen keinem erneuten Stoß auszusetzen. Gegen den Vorwurf, den Fall von Trier verschuldet zu haben, wehrte er sich mit der kargen Bemerkung, man habe sowieso von Anfang an damit rechnen müssen. Als dann zwei kaiserliche Generalstabsoffiziere bei ihm erschienen, um ihm die oberste Führung in einem Unternehmen mit dem Ziel der Rückeroberung von Trier anzutragen, erklärte er sich wohl bereit, einen Teil seiner Truppen zur Verfügung zu stellen, die Gesamtleitung jedoch lehnte er ab. Einen Verteidigungskrieg zu führen, sei er jederzeit bereit, ließ er die Sendboten Sachsen-Teschens wissen; an eine Offensive hingegen, sei sie auch nur auf einem schmalen Frontabschnitt geplant, denke er nicht mehr [5]. – Das entsprach ganz den Tatsachen, hatte doch der Feldmarschall inzwischen insgeheim zu einer viel weiter reichenden Entwicklung die Hand geboten.

Der Gedanke, den Frieden wiederherzustellen, unter Umständen sogar mittels eines Sonderfriedens aus dem Kriege auszuscheiden, hatte im preußischen Offizierskorps ständig an Boden gewonnen.

---

[4] Möllendorff an Hardenberg, H. Qu. Kreuznach, 18. 8. 1794 (Pr. G. St. A.).

[5] Möllendorf an Hardenberg, 23. 8. 1794 (Pr. G. St. A.). – Auch Hardenberg war überzeugt, daß Trier hätte gehalten werden können, wenn Kalckreuth früh genug eingetroffen wäre (an Möllendorff, Frankfurt, 21. 8. 1794, Pr. G. St. A.). Ohne rechtzeitige Unterstützung konnte sich das schwache Korps des österreichischen Generals v. Blankenstein nicht halten. Trier lag auf der Moselseite, deren Verteidigung Möllendorff übernommen hatte. Verstimmt rief Hardenberg aus: «Was sollen alle Advokationen! Gilt es denn nicht alles bei diesem unglücklichen Krieg? Und ist es nicht unverantwortlich, da, wo sich vielleicht Ausreden finden ließen, nicht das zu *tun*, wozu man imstande ist?» (Randbemerkung zu einem Brief Schulenburgs an Hardenberg vom 30. 8. 1794, s. auch Randbemerkung zu Möllendorffs Brief an ihn vom 23. 8. 1794, Pr. G. St. A.)

Die überkommene Abneigung gegen Habsburg verband sich in diesem ruhmlosen Kriege bei vielen mit dem Bewußtsein, nicht eigentlich ein Gegner Frankreichs zu sein, eine Vorstellung, die schon seit 1792 auch von Offizieren der Revolutionsarmee in mehr oder weniger drastischer Weise erwidert wurde. Man brauchte nicht überrascht zu sein, als im Februar 1794 einige französische Kommissare, die wegen eines Gefangenenaustausches in Frankfurt erschienen, dort von Kalckreuth in der freundschaftlichsten Weise empfangen wurden. Man übersah dabei geflissentlich die Abzeichen der Trikolore und gab sich den Anschein, als sei man selbst der strengen Tradition der friderizianischen Tage entwöhnt. Überhaupt war man preußischerseits mehr denn je schöngeistig-literarisch interessiert und gebildet. In der Konversation der Salons fühlten sich die Offiziere jetzt ebenso sicher, wie die Tellheims sich einst auf den Feldern des siebenjährigen Krieges zu Hause gefühlt hatten. Immer mehr bewegten sich in ihren Kreisen die Gespräche um die Wiederherstellung des Friedens. In der Tat ist von ihrer Seite aus das Ausscheiden aus dem Kriege damals praktisch in die Wege geleitet worden.

Natürlich war Vorsicht geboten. Man wußte, wie sehr der König sich der gemeinsamen Sache Europas verpflichtet fühlte und eine Verbindung mit französischen Agenten verabscheute. Aber seines Adjutanten, des Obersten von Manstein, eines Friedensfreundes, durfte man sicher sein, wenn es sich darum handelte, den König zu gewinnen[6]. Man war in der Umgebung Möllendorffs nicht ohne Hoffnung. Zwar lag die Anweisung vor, bis auf weiteres zum Schutze des Reiches am Rhein zu verbleiben; aber schon hatte eine Mitteilung des Grafen Haugwitz weitere Möglichkeiten angedeutet[7]: man könne nicht länger die Armee aus eigenen Mitteln mit dem Nötigsten versehen; würden der soeben eingetroffenen ersten Subsidienzahlung, die höchstens für zwei Monate reiche, keine weiteren folgen, so bleibe nichts anderes übrig, als den Mittelrhein aufzugeben und sich auf die Verteidigung von Maastricht und Wesel zu beschränken. In diesem Sinne stellte auch eine Kabinettsorder vom 25. Juli Möllendorff anheim, die Maßregeln zu treffen, die er zur Deckung Hollands und der westfälischen Lande für erforderlich hielt. Es galt auch in diesem Schriftstück als ausgemacht, daß Preußen gezwungenermaßen seine Armee in die eigenen Provinzen zurückziehen würde, wenn die englischen Hilfsgelder ausblieben.

Gerade damals, im Sommer 1794, war gelegentlich die Rede davon, daß Franzosen und Österreicher über den Abschluß eines

[6] Häusser, I, 495.

[7] Haugwitz an Möllendorff, 10. 7. 1794 (Pr. G. St. A.); s. auch Häusser, I, 521.

Separatfriedens verhandelten. Möglicherweise sind Kalckreuth und Möllendorff selber als Urheber dieses Gerüchtes anzusehen; Tatsache ist, daß der Feldmarschall sich legitimiert glaubte, auch seinerseits Besprechungen mit den Franzosen aufzunehmen, war er doch der Ansicht, daß die Republik bei Preisgabe der österreichischen Niederlande durch Wien für eine Anerkennung der deutschen Westgrenze zu gewinnen sei. Nachdem er zunächst Lucchesini und Manstein in seine Pläne eingeweiht hatte, unterrichtete er den König am 5. Juli über die Gerüchte von jenen geheimen Verhandlungen zwischen Robespierre und Thugut und bat dabei um die Erlaubnis, auch seinerseits mit französischen Agenten anzuknüpfen [8].

Die Berliner Friedenspartei war inzwischen nicht müßig gewesen. Anfang Juli hatte der greise Hertzberg sich in drei Denkschriften an den auf dem polnischen Kriegsschauplatz sich aufhaltenden König mit der Bitte um Wiederherstellung des Friedens gewandt [9]. Er hatte dem König empfohlen, unverzüglich einen Waffenstillstand auszuhandeln, um im Reich und in Polen freie Hand zu behalten und den Konvent anzuerkennen, falls dieser dafür zu einem Frieden auf der Grundlage des Vorkriegszustandes bereit war. Noch könne Preußen allen Gefahren zuvorkommen, aber es müsse schnellstens die Initiative ergreifen, solange es noch über eine kampfstarke Armee verfüge und sich noch nicht den Haß des Konvents zugezogen habe. Preußen müsse seine Verbündeten überzeugen, daß Frankreich militärisch nicht zu besiegen sei, und dürfe darum nicht zögern, die Republik anzuerkennen. Da er angesichts seiner immer noch guten Beziehungen hoffen konnte, beim Konvent Verständnis zu finden, wenn der König sich seiner bediente, scheute sich Hertzberg nicht, sich seinem Herrn für eine etwaige diplomatische Mission noch einmal anzubieten.

Allein der König, der nach der Einnahme von Krakau mit seinem Heere bereits am 13. Juli vor Warschau eingetroffen war, dachte nicht daran, sich mit dem Konvent einzulassen. Am 20. Juli wies er Hertzbergs Angebot in nüchternen, geradezu frostigen Worten ab: es sei seine Aufgabe nicht mehr, politische Ratschläge zu erteilen; dieses habe er vielmehr den Ministern des Königs zu überlassen. Über diese Einstellung des Königs ließ Lucchesini den Oberbefehlshaber im Westen nicht im unklaren [10]. Er selber, so schrieb

---

[8] Sybel, III, 272; s. auch Ranke, Hardenberg, I, 258 ff.

[9] Die Antwort des Königs nebst den Denkschriften Hertzbergs als Anlagen abgedruckt in der 1798 erschienenen Hertzberg-Biographie von E. L. Posselt; s. auch Häberlins Staatsarchiv, Heft 1 und R. Krauel, Hertzberg, 96 f.

[10] Lucchesini an Möllendorff, 19. 7. 1794 (Pr. G. St. A.), s. auch Häusser, I, 527 f.

der Marquis, sehe kein Hindernis, mit Robespierre zu verhandeln, doch der unüberwindliche Widerstand des Monarchen lasse einen solchen Schritt *jetzt* nicht ratsam erscheinen. «Beschränken wir uns darauf», so fuhr er fort, «bei den anderen Mächten friedliche Gesinnungen zu wecken und in jedem Falle den Subsidienvertrag nicht über dieses Jahr zu verlängern, so geben wir dem Übelwollen keine Blöße und haben Aussicht auf feste und bleibende Verbindungen.» Das mochte resigniert klingen, und doch begrub Lucchesini seine eigenen Absichten noch längst nicht. Zwar zeigte sich der König wiederum recht unzugänglich, als Lucchesini Anfang August noch einmal eine Unterhandlung mit Frankreich vorschlug[11]. Doch als er sich dann bereit erklärte, etwaige Vorschläge wenigstens anzuhören, sofern sie an ihn herangetragen würden, hatte der Marquis einen ersten persönlichen Erfolg errungen. Nimmt man hinzu, daß der Monarch bald darauf, enttäuscht die Belagerung von Warschau aufgebend, auf dem Rückwege aus Polen den Marquis von Breslau aus nach Wien entsandte, um das auf Grund der Allianz von 1792 ihm zustehende Hilfskorps anzufordern, so zeichneten sich deutlich gewisse Friedensaussichten ab, war doch Lucchesini zugleich beauftragt, falls, wie zu vermuten war, Österreich die Gestellung dieses Hilfskorps ablehnte, die Abberufung einer gleich großen Zahl preußischer Truppen vom Rhein anzukündigen[12].

Als Lucchesinis Nachrichten im Hauptquartier am Rhein eintrafen, hatte Möllendorff bereits die ersten Friedensschritte von sich aus getan. In allen diesen Aktionen von dem vorbehaltlosen Friedensfreunde Kalckreuth nachdrücklich unterstützt[13], hatte er den Leutnant von der Knesebeck vom Regiment Braunschweig zu einigen in Mainz internierten höheren französischen Offizieren entsandt und sie bitten lassen, dem Konvent den Wunsch des Feldmarschalls zu übermitteln, ein Abkommen über den Austausch der Kriegsgefangenen zu treffen. Demzufolge übergab der Leutnant den gefangenen Franzosen einen von ihm selbst gezeichneten Brief in französischer Sprache, in welchem er erklärte, Möllendorff wünsche den Austausch der Gefangenen und werde alles in seiner Macht Stehende tun, sofern er sich nicht kompromittiere oder die Interessen seines Hofes gefährde[14]. Die Offiziere wurden gebeten, ein entsprechendes Begleitschreiben an Barthélemy, den französischen Gesandten in der Schweiz, auszufertigen. Sorge des preußischen

---

[11] Häusser, I, 529.

[12] Häusser, I, 529 f.

[13] Ranke, Hardenberg, I, 219 ff., 258–261.

[14] Der Brief trägt das Datum Mainz, 22. 7. 1794, Abschrift im Pr. G. St. A.; s. auch Kaulek, Papiers de Barthélemy, IV, 203.

Hauptquartiers mußte es alsdann sein, beide Dokumente in der richtigen Weise zu expedieren.

Das geschah. Die Offiziere verfaßten den Begleitbrief an Barthélemy. Preußen, so hieß es, sei zu Verhandlungen mit Frankreich bereit und werde, sobald die französischen Absichten bekannt seien, an einen noch zu vereinbarenden Ort einen Unterhändler entsenden. Es wurde gebeten, die preußische Demarche vorerst streng vertraulich zu behandeln. Nun kam es darauf an, diesen und Knesebecks Brief dem Gesandten Barthélemy geschickt in die Hände zu spielen. Möllendorff bediente sich hierzu eines Kreuznacher Weinhändlers namens Schmerz, den der Generalmajor Hiller ihm empfohlen hatte [15].

Schmerz war bei der Rheinarmee kein Unbekannter mehr. Gegen Ende des Jahres 1793 war der preußische Kapitän Foris nach Kreuznach ins Winterquartier gekommen, hatte dort den Weinhändler kennengelernt und ihn seinerseits im Frühjahr 1794 dem General Hiller vorgestellt. Dieser fühlte sich dem Weinhändler bald in enger Freundschaft verbunden, so daß es kaum überraschte, wenn der General beim Aufbruch seiner Brigade nach Meisenheim Schmerz einlud, ihn dort oder im Hauptquartier Kalckreuths in Obermoschel zu besuchen, denn er bedürfe noch, wie er hinzufügte, in einigen wichtigen Familienangelegenheiten seines ferneren Rates.

Schmerz folgte dieser Einladung schon bald. Den General Hiller traf er zwar nicht mehr an, dafür aber ward er von Kalckreuth zur Tafel geladen, und in den sich hierbei ergebenden unverbindlichen Gesprächen erkannte er, wie sehr man des kriegerischen Treibens müde war, wie pessimistisch man die wochenlangen Abwehrkämpfe in der Hardt beurteilte, wie haltlos man schimpfte auf Jakobinertum und Revolution, auf sinkende Assignaten und den endlos sich hinziehenden Krieg [16]. Hiller wurde inzwischen in Möllendorffs Auftrag angewiesen, seine Bekanntschaft mit Schmerz in gangbare Münze umzusetzen. Er entledigte sich dessen in einer Weise, die bei der Eitelkeit und dem Geltungsdrang des Kreuznachers mit Sicherheit verfangen mußte [17].

Schmerz, nach seinen Tagebüchern und Briefen von geistig bescheidenstem Zuschnitt, entbehrte im Grunde jedes Verständnisses

[15] Ferd. Schwarz, Der Basler Friede, S. 32–50; Vivenot, Albrecht v. Sachsen-Teschen, I, 264; Sybel, III, 291; O. Kohl, Schmerz' Tagebuch, passim; Ranke, Hardenberg, I, 258; Sorel, Rev. hist., V, 280; Bailleu, H. Z., Bd. 75.

[16] Siehe hierzu Schmerz, «Tagebuch über die Vorfälle zu Basel» (Pr. G. St. A.).

[17] Siehe «Geheime Einleitung des Baseler Friedensunterhandlungen durch Schmerz in Kreuznach, 1794–96» (Pr. G. St. A.).

für Fragen der Politik. Wo er aber eine Möglichkeit witterte, etwas vom Glanz der großen Namen in seine Hütte zu bannen, durfte man seiner sicher sein. Als Hiller ihn im Auftrage Möllendorffs in einem eigenhändigen Schreiben bat, in aller Eile nach Biesterfeld am Fuße des Donnersberges zu kommen, wo er ihm Dinge von allergrößter Wichtigkeit zu eröffnen habe, von denen nicht nur ihr beiderseitiges Wohl, sondern gar das Glück der ganzen Menschheit abhinge, als er ihn, königliche Belohnungen verheißend, ersuchte, selbst den Ort und die Stunde zu bestimmen, wo er die Pferde vorzufinden wünsche, die Hiller ihm entgegenzuschicken versprach, da konnte Schmerz nimmermehr ablehnen [18]. Wer aber beschreibt sein Erstaunen, als er, der sich zunächst wie ein eitler Günstling geziert, sich dann aber doch wie selbstverständlich auf den Weg gemacht hatte, von Hiller aufgefordert wurde, sich alsbald nach Paris zu begeben, um dort Besprechungen über den Austausch der Kriegsgefangenen einzuleiten! Nach mehreren Unterredungen, in denen er um schriftliche Instruktionen sowie um Schutz für Heim und Familie bat, bedeutete ihm Hiller am 14. Juli mit der Aushändigung eines Passes, sich umgehend in Kalckreuths Hauptquartier zu begeben, um dort mit dem General alles weitere zu besprechen.

Wiederholt ist Schmerz in den folgenden Tagen mit Kalckreuth zusammengetroffen. Drei Möglichkeiten nannte er dem General: eine Unterredung mit einem ihm bekannten Volksrepräsentanten bzw. einem ihm ebenfalls bekannten französischen General oder die Einschaltung des französischen Vertreters in Basel, von dem er wußte, daß er die Korrespondenzen für die französischen Kriegsgefangenen zu vermitteln hatte. «Tun Sie, was Sie wollen!» warf Kalckreuth am 21. Juli ein. «Dann reise ich nach Basel», antwortete Schmerz, «und um die Reise zu maskieren, will ich einen Besuch meines Pflegesohnes zum Vorwand nehmen, den ich daselbst die Handlung erlernen lasse [19].»

Der General war einverstanden. Freilich gab er ihm statt der schriftlichen Instruktion nur mündlich den Auftrag, eine Möglichkeit eines Austausches der Kriegsgefangenen zu erkunden und – falls er auf französischer Seite eine Geneigtheit hierzu verspüre – einen Waffenstillstand vorzuschlagen, mit der Einschränkung jedoch, daß dieser erst mit dem Ablauf des Haager Subsidienvertrages am Jahresende bekannt werden dürfe. Er ermächtigte ihn zugleich, wenn die Gunst des Augenblicks es gestattete, die Rede auf einen

[18] Hiller an Schmerz, 12. 7. 1794 (Pr. G. St. A.).

[19] Hierzu und zum folgenden s. Schmerz' Tagebuch und «Geheime Einleitung d. Bas. Friedensunterhdlgn.» – Anm. 17 (Pr. G. St. A.).

Frieden zwischen Frankreich, Preußen und dem Reich zu lenken und auszuhorchen, welche Absichten der Konvent in Holland verfolge. Schmerz sagte endgültig zu. Kalckreuth und Hiller geboten ihm noch einmal strengste Verschwiegenheit und entließen ihn, Belohnungen und hohe Ehren ihm versprechend.

Man schrieb den 31. Juli, als Schmerz bei Nacht und Nebel Kreuznach verließ, um «in eigenen Geschäften» nach Basel zu reisen. Der Weg führte ihn zunächst nach Baden im Aargau, wo er eines Morgens vor dem Hause des französischen Gesandten Barthélemy erschien und dem ihm öffnenden Diener ein dünnes Bündel mit Schriftstücken übergab, eben jenen, von denen schon die Rede war. Ohne seinen Namen genannt zu haben, war er bereits wieder verschwunden, als der Diener noch einmal aus dem Hause zurückkam. Schmerz war weitergeeilt. In der Frühe des 3. August traf er in Basel ein [20].

Weit und breit schien Basel der geeignetste Ort zu sein, um politische Informationen zu erhalten und diplomatische Gespräche anknüpfen zu können. Mit den meisten Mächten hatte das revolutionäre Frankreich gebrochen; aber es hatte dennoch verstanden, sich über alle wesentlichen Fragen der europäischen Politik zu unterrichten [21]. So hatte beispielsweise Grouvelle, der französische Gesandte in Kopenhagen, dank seiner engen Beziehungen zu dem dänischen Außenminister Grafen Bernstorff und dessen Sohn, dem dänischen Gesandten in Berlin, zuverlässige Mitteilungen über die Stimmung in Preußen nach Paris gelangen lassen. Preußen sei

---

[20] Kaulek, Papiers de Barthélemy, IV, 223; Kohl, Tagebuch, 22; Sybel, III, 223. Unterm 15 thermidor (2. 8. 1794) berichtet Barthélemy an Buchot, den Kommissar f. auswärt. Angelegenheiten, am Morgen des 31. Juli sei bei ihm ein Paket mit 2 Aktenstücken abgegeben worden. Er habe seine beiden Sekretäre Marandet und La Quiante sofort in den Garten zurückgeschickt, um nach dem Überbringer der Papiere zu sehen. Beide suchten den Unbekannten vergebens. Von seinem Diener erfuhr Barthélemy nur, daß die Person schlecht gekleidet gewesen sei und nur mangelhaft französisch, im übrigen aber deutsch gesprochen habe. Sorel identifizierte den Unbekannten mit Schmerz (Rev. hist., V, 284). Nach den erhaltenen Aufzeichnungen verließ dieser Kreuznach am 31. Juli 2 Uhr morgens. Natürlich konnte er nicht am gleichen Tage bei Barthélemy vor der Tür stehen. Des Rätsels Lösung kann nur darin liegen, daß der in Schmerz' Aufzeichnungen angegebene Abreisetag unrichtig ist. Bei der z. T. nachträglich vorgenommenen Abfassung der beiden Tagebuchtexte (des von Kohl herausgegebenen und des im Pr. G. St. A. befindlichen) ist durchaus möglich, daß Schmerz eine falsche Datierung unterlaufen ist. Es würde sich nicht um die einzige Unrichtigkeit des nur mit Vorsicht zu benutzenden Tagebuches handeln.

[21] Zum folgenden einmal für immer: A. Sorel, La Paix de Bâle, Rev. hist., Bd. V–VII, hier V, 271 ff.; F. Otto, Theobald Bacher, Straßburg, 1910, S. 13; Kaulek, Papiers, I, 6.

kriegsmüde, wußte er bereits am 14. Januar zu melden; es möchte sich vom Kriege zurückziehen; seine Finanzlage sei verheerend, aber da England Geld geboten, sei es verpflichtet auszuharren. Und vierzehn Tage später schrieb er nach Paris, Bernstorff sei zu vermitteln bereit, wenn der Konvent mit Preußen zu verhandeln wünsche [22].

Mehr aber noch als über Kopenhagen oder auch Florenz und Venedig wurden Wohlfahrtsausschuß und Konvent von der Schweiz aus über die Vorgänge in Preußen und im Reich unterrichtet, wirkten hier doch die beiden klügsten und am besten informierten Diplomaten, über die damals der auswärtige Dienst Frankreichs verfügte: Barthélemy und Bacher. Sie sollten die Partner der preußischen Unterhändler sein und sind einer näheren Betrachtung wohl wert.

François Marquis de Barthélemy stand als Gesandter in der Schweiz zweifellos auf einem der wichtigsten Posten der auswärtigen Politik Frankreichs [23]. Am 20. Oktober 1747 in Aubusson geboren und zum diplomatischen Dienst bestimmt, war er schon in jungen Jahren in Stockholm und Wien tätig gewesen, bevor er 1784 nach London versetzt wurde, von wo er um die Jahreswende 1791/1792 nach Solothurn übersiedelte, um dort als bevollmächtigter Minister und Gesandter im Interesse Frankreichs sich in erster Linie für die Aufrechterhaltung der schweizerischen Neutralität zu verwenden. Mit ihm hatte das revolutionäre Frankreich einen ungewöhnlich fähigen Diplomaten des ancien régime in seinen Dienst zu übernehmen verstanden. Nach Sorels Urteil war niemand geeigneter als er, die Politik der jungen Republik mit der des bourbonischen Königtums zu verbinden. Gelehrt, besonnen, sachkundig,

---

[22] Aus Paris kam damals keine Antwort. Umsonst wies Grouvelle darauf hin, wie tief der Däne die Zurückhaltung Frankreichs bedauere. Noch einmal meldete Grouvelle am 24. 11. 1794, daß Bernstorff zur Vermittlung bereit sei. Am 30. 11. faßte er Bernstorffs Ansichten über den Frieden erneut zusammen: er erkenne an, daß Frankreich über die Niederlande und das linksrheinische Reichsgebiet entscheiden könne, daß Holland dem englischen Einfluß entzogen werden und im Reich ein neuer Bund der Fürsten und Stände unter Frankreichs Schutz und Garantie gebildet werden müsse (Sorel, Rev. hist., VI, 45 f.). Aber die Antwort aus Paris blieb hinhaltend und ausweichend. Für den Wohlfahrtsausschuß war die Stunde noch nicht gekommen, seine Karten ganz aufzudecken. – Für die Unterrichtung Grouvelles über die Prinzipien der Pariser Politik s. jedoch auch ergänzend Sorel, Rev. hist., VI, 329, und M. Braubach, Frankreichs Rheinlandpolitik i. Zeitalter d. frz. Revol., Arch. f. Pol. u. Gesch., 1927, S. 176.

[23] Sorel, Rev. hist., V, 272 ff.; Gust. Steiner, Korrespondenz des Peter Ochs. Dieses Werk nennt S. CCXXXIII als Geburtsort Barthélemys Aubagne (Bouches-du-Rhône).

liebenswürdig und leutselig, in strenger Zurückgezogenheit lebend, ein Feind aller leidenschaftlichen Erregungen – «le plus modéré et le plus raisonnable de son pays» –, wußte er die Kräfte der heraufziehenden neuen Zeit ebenso sicher einzuschätzen, wie ihm die politischen Tendenzen der alten vertraut gewesen waren. Aristokrat in Geschmack und Haltung, ganz und gar noch der überkommenen europäischen Gesellschaft zugehörig, verabscheute er den jakobinischen Schrecken und lobte er die Klugheit des Konvents und des Wohlfahrtsausschusses, den Einfluß jener Extremen ausgeschaltet zu haben, jener «infernalischen Rasse von Kannibalen ohne Glaube und Gesetz». Noch vor der Ernennung zum Verhandlungsbevollmächtigten hat ein Vertrauter Hardenbergs, ein in preußischen Diensten stehender Kammerherr Graf Luxburg, ihn in Baden aufgesucht. Seinem Bericht können wir ein treffliches Bild dieses vornehmen Menschen entnehmen [24].

Da erfahren wir, wie sehr er bestrebt war, die wahren Interessen Frankreichs von denen der Fanatiker zu trennen und als Citoyen alles das zu tun, was er als Franzose tun mußte, nämlich seine Regierung über alle wichtigen Angelegenheiten der europäischen Politik zu unterrichten. Der Konvent hat ihn dafür recht schonend behandelt und war im Grunde froh, sich seiner bedienen zu können, als sich konkrete Verhandlungsmöglichkeiten ergaben. Sich jederzeit sein selbständiges Urteil behauptend und Herr aller schwierigen Stunden bleibend, hat Barthélemy wiederum sich nicht gescheut, seinerseits dem Konvent gegenüber seine Auffassungen zu vertreten. In einem Meer von Leidenschaften blieb er oft allein kühl und von nüchternem Denken, und ohne Haß und Eifer sind seine Berichte. Selbst nach dem im Sommer 1792 erfolgten Abbruch der amtlichen französisch-schweizerischen Beziehungen ließ er sich nicht von der Ungunst des Augenblicks leiten, sondern verblieb in dem Gastlande in der Überzeugung, daß der diplomatische Verkehr sich eines Tages wieder normalisierte und es deshalb nicht klug gehandelt wäre, vorschnell alle Brücken einstürzen zu lassen. Durchdrungen von der Tradition seines Berufes, hat er auch jene patriotisch-demokratische Vertraulichkeit nicht geteilt, wie sie etwa zwischen dem Legationssekretär Bacher und dem Basler Stadtschreiber Peter Ochs bestand, sondern hat überall taktvoll Abstand zu halten verstanden und bei aller persönlichen Liebenswürdigkeit jene letzte Trennungslinie im Umgang mit seinen beiden Legationssekretären

[24] Vgl. den 3. Bericht, Baden. 28. 11. 1794 (Pr. G. St. A.). Aus dieser Mitteilung Luxburgs und Sorels Darstellung (Rev. hist., VI, 47) sowie den mir vorliegenden Berliner Akten ist die Identität von Hardenbergs «Basler Freund» mit dem Grafen Luxburg zu entnehmen.

Marandet und La Quiante [25] wie überhaupt mit seinen Zeitgenossen beibehalten. In Baden im Aargau, wohin er sich von Solothurn aus zurückgezogen hatte, unterhielt er ganz nach vorrevolutionärer Art ein gepflegtes, gastfreies Haus, wo sich abends bei guter Speise und edlem Wein die junge kultivierte Gesellschaft zusammenfand und ein natürlicher Humor alle Schrecken der Zeit vergessen ließ. Wenn nicht alles trügt, hat Barthélemy hier auch im stillen auf eine Überwindung der Revolution gehofft und an die Errichtung einer konstitutionellen Monarchie in seinem Vaterlande geglaubt [26]. Erst als der Auftrag ihn erreichte, die Friedensverhandlungen mit Preußen zum glücklichen Abschluß zu führen, hat er das stille Baden mit dem lebensvolleren Basel vertauscht und im «Roßhof», dem Hause des Hieronymus Stähelin, Wohnung genommen. Von hier aus hat er dann jene bedeutenden Verhandlungen geführt, von denen noch zu berichten sein wird. Erst im Juli 1795 siedelte er mit der ganzen Gesandtschaft in Peter Ochs' Haus über [27].

Von ganz anderer Natur, dabei aber den Diplomaten Barthélemy glücklich ergänzend, war der zweite Vertreter Frankreichs, Jacques Augustin Theobald Bacher [28]. 1748 in Thann im Elsaß geboren, hatte er seine Jugend zum Teil in Berlin verbracht, wo er, voller Bewunderung für den Staat Friedrichs des Großen, eine Reihe persönlicher Beziehungen anknüpfte, die er auch jetzt noch aufrechterhielt, besonders mit dem Bruder des Königs, dem Prinzen Heinrich, dessen Vertrauen er sich erwarb und den er noch 1794 den geborenen Gönner aller Franzosen nannte [29]. Nachdem er von 1777 bis 1791 als Gesandtschaftssekretär und zuletzt als beglaubigter Geschäftsträger bei der französischen Gesandtschaft in Solothurn gewirkt hatte, siedelte er nach der Durchführung mehrerer diploma-

---

[25] Alexandre Leopold, Baron de Marandet war wie Michel Ignace François Xavier La Quiante Elsässer. Beide wohnten hernach mit Barthélemy im «Holsteiner Hof», dem Hause des Peter Ochs in der Neuen Vorstadt, jetzt Hebelstraße 30/32. Vgl. auch Steiner, Ochs-Korresp., S. CCXXXVI.

[26] Steiner, a. a. O., CCXXXII.

[27] In der Schweiz verblieb er bis Ende 1797. Nach seiner Wahl in das Direktorium verließ er das Land, das ihm in hohem Maße verdankte, daß es so lange von allem Umsturz verschont blieb. Als Opfer des 18 fructidor nach Guyana deportiert, entwich er bald, gelangte über Amerika nach England, um nach dem Staatsstreich vom 9. 11. 1799 nach Frankreich zurückzukehren. Im gleichen Jahre wurde er Mitglied des Senats, dann Ritter der Ehrenlegion. 1808 von Napoleon zum Comte de l'Empire erhoben, diente er später unter Ludwig XVIII., der ihn in den Pairsstand erhob, ihn zum Staatsminister und 1818 zum Marquis ernannte. Am 3. 4. 1830 ist er gestorben.

[28] Vgl. über Bacher die Arbeit von Fr. Otto, bes. Kap. 2, S. 13–42.

[29] Bacher an den W. F. Ausschuß, 14. 12. 1794, Sorel, Rev. hist., V, 273 f.; Otto, a. a. O., 3; Kohl, Tagebuch, 25.

tischer Aufträge Barthélemys im Dezember 1793 nach Basel über, wo er als «premier sécretaire interprête de la République Française en Suisse» im «Drachen» bei Johannes Erlacher wohnte. Als rühriger Agent Frankreichs und begeisterter Anhänger der Revolution, als der er mindestens seit 1793 zu gelten hatte, ist er hier bis zum Januar 1798 tätig gewesen.

Bacher war kein Diplomat im Sinne Barthélemys. Er besaß weder dessen Fähigkeiten noch bewahrte er sich jene innere Freiheit von der Agitation des Alltages, die Barthélemy so auszeichnete. Er war im Grunde seines Herzens ein Citoyen, und auch nach außen trug er zur Schau, wie sehr er der Ideologie der Revolution verbunden war. In ihm war nichts, was ihn zu ernsthaftem Widerstand gegen die Neuerer hätte entflammen können. Insgesamt war er so ganz anders als Barthélemy, mit dem er zwar in einem durchaus freundschaftlichen Verhältnis stand, über letzte grundsätzliche Fragen des Lebens, der Politik oder der Gesellschaft jedoch nicht übereinstimmte [30].

Wollen wir die Atmosphäre kennenlernen, in der die Basler Verhandlungen gedeihen sollten, so müssen wir auch noch eines Dritten gedenken, des Stadtschreibers Peter Ochs [31]. Im «Holsteiner Hof», dem Hause, das schon bald nach der Jahrhundertmitte seine Familie erworben hatte, fand nicht nur der preußische Unterhändler Graf von der Goltz eine freundliche Aufnahme, sondern auch Barthélemy bezog, wie berichtet, mit seiner Gesandtschaft dieses gastliche Haus. Hier wurde nicht nur der Friede mit Spanien ausgehandelt und im Juli 1795 von Barthélemy und dem spanischen Minister d'Yriarte unterzeichnet, auch die Unterschrift unter den preußischen Frieden wurde in diesem Hause vollzogen [32].

---

[30] Im November 1797 wurde Bacher als Geschäftsträger nach Regensburg versetzt. Er starb 1813 in Frankfurt. Über sein Äußeres, seine Arbeitsweise, privaten Gepflogenheiten, s. Luxburgs Bericht vom 17. 11. 94.

[31] Über Ochs, s. vor allem seine Korrespondenz, hgb. von Steiner, Bd. 1; Eduard His, Chronik der Familie Ochs, gen. His, Basel 1943, 184 ff.

[32] Hardenberg, der nach Goltz' Tod die Verhandlungen weiterführte, wohnte im Markgräfler Hof, dem Basler Besitz des Markgrafen von Baden. Zu dessen Grundbesitz hatte einst auch der Holsteiner Hof gehört, in dessen unmittelbarer Nähe auch der von Godoy zwecks Anbahnung eines Friedens entsandte Spanier Domingo d'Yriarte wohnte, dessen Garten die Terrasse des Ochsschen Hauses berührte. Auch Hardenbergs Garten, der des Markgräfler Hofes, des heutigen Bürgerspitals, reichte fast unmittelbar an diese Terrasse heran, so daß die Beteiligten, ohne Aufsehen zu erregen, in Ochs' Haus gelangen und dort verhandeln konnte, unbemerkt vor allem von dem österreichischen Gesandten von Degelmann, der im Gaishof wohnte, dem seither abgebrochenen Haus Utengasse 5 in Kleinbasel. – Gegenüber den Verhandlungen mit Preußen und Spanien traten alle übrigen in den Hintergrund, obwohl es manchmal den An-

Wenn man sich aufrichtig einander nähern wolle, schrieb Ochs damals [33], bedürfe es keiner feilschenden, hinterlistigen, feierlichen Diplomatie oder geheimer politischer Methoden, sondern man brauche freundschaftliche Konferenzen bei einem gemeinsamen Freunde, der die Parteien versöhne und sie zu einem bescheidenen peccavi einlade. Für diesen gemeinsamen Freund hat sich Ochs ehrlich gehalten. Mit ihm hat Schmerz die ersten Unterhaltungen geführt, und noch zur Zeit des Vertragsabschlusses ist er von einem gewissen Einfluß geblieben.

Ochs stand dem französischen Wesen Zeit seines Lebens sehr viel näher als dem deutschen. Als Protestanten hatten seine Vorfahren einst Frankreich verlassen, aber die Liebe zu ihrer Heimat sich dabei in ihrem Herzen bewahrt. In mehreren Reisen nach Frankreich hat Ochs eine besondere Neigung für die Kunst und Literatur dieses Landes in sich wachsen lassen [34]. Letzten Endes freilich gehörte dieser Mann der Politik, die ihm zum Schicksal ward. Zwar war er kein Staatsmann großer Prägung. Dazu fehlte ihm die menschliche Tiefe, ist es doch erschütternd zu verfolgen, wie gleichgültig er die Kunde von der Hinrichtung seines Schwagers Dietrich zur Kenntnis nahm, der sich als Maire von Straßburg den Groll der Pariser Revolutionäre zugezogen hatte und in dessen Hause er zum unmittelbaren Zeugen der beginnenden Umwälzung geworden war. Ganz den Ideen des philosophischen Jahrhunderts hingegeben, glaubte er aufrichtig an Menschenrechte und Humanität, an ewigen Frieden und die Ideale der Bergpredigt, an den contrat social und die sittliche Berechtigung der Forderungen der Revolution. Mit herber Kritik begegnete er der Monarchie und dem Ständestaat, den aristokratischen und patrizischen Privilegien. Freilich schlechthin Jakobiner ist er niemals gewesen. Die politische Agitation war nicht das Revier dieser gepflegten, fast gezierten Erscheinung. Am Ende freilich verband er sein Schicksal dann doch mit demjenigen Frankreichs und geriet so nach und nach in dessen

---

schein hatte, als solle von Basel gleichsam die allgemeine Weltbefriedigung ausgehen. Hessen-Kassel verhandelte im Holsteiner Hof über einen Frieden mit Frankreich. Er sollte am 6. 9. 1795 unterzeichnet werden (Ochs, Geschichte der Stadt und Landschaft Basel, VIII, 178). Die Vertreter Hollands und Genuas, der württembergische Legationsrat Abel und der Frankfurter Bürgermeister fanden sich hier ein, und ebenfalls hofften Hamburg und Lübeck auf Ochs' Vermittlung.

[33] Ochs an Meister, 25. XI. 1794, Steiner, Korresp., I, 431.

[34] Nebst französischen Gedichten, dramatischen Entwürfen, selbst einem Operntext sind sprachliche, medizinisch-naturwissenschaftliche, völker- und naturrechtliche Studien von ihm bekannt; überschattet wurden sie freilich alle von seiner achtbändigen Geschichte der Stadt und Landschaft Basel.

x Ochs ein [illegible] Geschlecht; [illegible] der Vater von P.O. lebt ca 20 Jahre in F. (Frankfurt) als Kaufmann [illegible]. Der Großvater His ist gebürtiger Franzose (Calvinist aus Rouen), hat aber sein Geschäft in Hamburg aufgebaut, wo auch die Tochter, die Mutter von P.O. aufwächst & ihren Mann kennenlernt.

geistige Botmäßigkeit. Hinzukam, daß seine Eitelkeit ihn oft dahin drängte, in der Umgebung derer zu verweilen, die auf der Bühne der hohen Politik agierten. Das genügte ihm, um teilzuhaben an ihrem Ruhm. Zur besonderen Ehre rechnete er es sich an, daß Goltz und Barthélemy in seinem Hause wohnten und auch der Friede dort unterzeichnet wurde. In einem sachlich korrekten Verhältnis stand er zu Barthélemy, in einem sehr viel freundschaftlicheren zu Bacher, und selbst in Paris war sein Wort von nicht zu unterschätzendem Gewicht. Sowohl dort als auch in Basel trachtete man, sich dieser privaten Beziehungen zu bedienen. Ochs hat sich des öftern in Paris für Bacher und Barthélemy verwendet, vor allem, als es darauf ankam, die im Konvent und im Wohlfahrtsausschuß erschütterte Stellung des ersteren wieder zu festigen. Es verstand sich von selbst, daß er bei einer Aktion vom Range des Basler Friedens nicht unbeteiligt beiseite stehen konnte.

Tatsächlich ist sein Verdienst um die Anbahnung der Friedensverhandlungen vor allem von Barthélemy immer wieder anerkannt worden [35]. Trotz aller Verdrießlichkeiten, schrieb dieser nach Paris, sei er der Republik ergeben geblieben, habe er der Gesandtschaft sein Haus überlassen und sich mit seiner zahlreichen Familie in ein abscheuliches Nebenquartier zurückgezogen, kurz: er sei aus den Präliminarverhandlungen nicht fortzudenken.

In Paris wie in Basel erwartete man damals geradezu einen preußischen Friedensfühler. Man hatte das sichere Gefühl, daß von allen Mächten Europas die Friedenspartei in dem waffenstarken Preußen sich noch am ehesten für eine Verständigung mit Frankreich erfolgreich würde durchsetzen können. Man erinnerte sich des Widerhalls, den die französische Aufklärung in Potsdam einst gefunden, und an den Prinzen Heinrich, der auch der Republik seine persönliche Zuneigung bewahrt hatte. Zwar waren bislang alle Versuche, mit Preußen in ein Gespräch zu kommen, fehlgeschlagen; nichtsdestoweniger vertraute man in Paris auf die Tatsache, daß die preußischen Militärs Österreich durchwegs argwöhnisch betrachteten, während sie gegen Frankreich keinen Haß empfanden; man wußte um die fortschreitende Auflösung der Koalition, um die Differenzen zwischen Preußen und seinen Verbündeten, um die katastrophale Finanzlage des Staates und schloß daraus

---

[35] Barthélemy an die Commission des Rélations extérieures, 23. 9. 1795; Steiner, a. a. O., 503; s. auch Sybel, VI, 77 ff. Als äußeres Zeichen der Anerkennung schlug Barthélemy in Paris für ihn eine Pendeluhr vor. Am 5. 12. 1795 wiederholte er in einer Eingabe diese Bitte, wobei er auf Preußen verwies, das ihm einige prachtvolle Vasen geschenkt hatte. Im Februar 1796 trug er sein Anliegen noch einmal vor, jedoch wieder ohne Erfolg (Steiner, a. a. O., 503 f.).

auf ein unaufschiebbares Friedensbedürfnis [36]. Nicht zuletzt deuteten die Rückzugsbewegungen im Westen und die erhöhte Aktivität in Polen darauf hin [37]. Da zudem alle Erwerbungen im Osten nur unter weitgehender Schonung der Rheinarmee beibehalten werden konnten, lag nach allgemeinem Urteil die Abkehr von der Koalition im natürlichen Verlauf der Dinge. So rundete sich das Bild: Preußen wünschte den Frieden; die Rivalität zu Österreich, die Lage in Polen, die Haltung der Zarin, die Zustände in Preußen selbst ließen keine Wahl [38].

Diese Atmosphäre zu kennen, ist nützlich, um Aussichten und Schwierigkeiten zu ermessen, mit denen jeder preußische Unterhändler in Basel zu rechnen hatte. Während nun die französischen Interessen bei Bacher in den besten Händen lagen [39], war die Stellung Schmerz' von Anfang an insofern recht schwierig, als er gleichsam nur den ersten Schritt tun sollte und Möllendorff nicht

---

[36] Vgl. Bachers Bericht vom 19 nivôse (8. 1. 1794) bei Kaulek, III, 331. Barthélemy an Buchot, Baden, 20. 8. 1794: «Österreich ist am Ende seiner Hilfsmittel; die Koalition gegen Frankreich ist desorganisiert.» (Steiner, a. a. O., 499.) Bacher an Deforgues, 17. 1. 1794: Die Koalition sei kriegsmüde; man könne sie teilen und Preußen und Hessen-Kassel von ihr trennen; gerade jetzt sei es Zeit, einen Unterhändler nach Berlin zu schicken. (Kaulek, III, 354; Fr. Otto, 20 f.) Siehe auch Bachers Bericht vom 6 germinal (26. 3. 1794) bei Kaulek, III, 517.

[37] Barthélemy an Deforgues, 9. 9. 1793 (Sorel, Rev. hist., V, 274 f.), vgl. Bacher an Deforgues, 26. 3. 1794 (Kaulek, III, 517).

[38] Bacher an Deforgues, 19. 2. 1794: nach Berichten aus Frankfurt habe Lucchesini versichert, man wolle einen dreimonatigen Waffenstillstand proklamieren und sich währenddessen mit den Friedenspräliminarien befassen. Nach einer anderen Version sollten der französischen Regierung sofort Friedensvorschläge gemacht werden und die Koalitionsmächte evtl. die schweizerische Vermittlung nachsuchen (Kaulek, V, 3). Auch die Berichte des französischen Gesandten Noel in Venedig und des venetianischen Gesandten in London, San Fermo, rechneten mit einem Abfall Preußens von der Koalition. (Vgl. auch Bachers Bericht vom 5. 11. 94 bei Kaulek, IV, 411.) Im Reich sprach man allgemein von Frieden. (Siehe P. Hassel, N. Arch. f. sächs. Gesch. u. Altertumskunde, 12, S. 206; Erdmannsdörffer, Polit. Korresp. Karl Friedrichs v. Baden, II, 237, 244, 246.) Weitere Zeugnisse von den Friedensgerüchten bei Kaulek, V, 5 und 7. Offenbar hat der Mainzer Friedensantrag diesen Gerüchten Vorschub geleistet. (Siehe auch Bacher an Buchot, 29. 10. 1794, Kaulek IV, 396 und V, 8.)

[39] Barthélemy hielt sich zunächst ganz zurück. Erst als Goltz ernannt war, trat er, auch dann noch sehr vorsichtig, hervor. Bis Anfang Januar 1795 lagen die Besprechungen ausschließlich bei Bacher, der Ochs häufig hinzuzog. Am 24. 12. erfuhr Ochs durch Bacher von Barthélemys bevorstehender Ankunft. Nach Schwarz (a. a. O., 37) war Bacher schon vor Schmerz' Ankunft über die bevorstehenden preußischen Sondierungen durch Barthélemy unterrichtet worden. Diese Auffassung geht offenbar auf die Darstellung Sorels zurück (Rev. hist., V, 285).

kompromittieren durfte. Erst wenn er Erfolg hatte, konnte der Feldmarschall aus seiner Reserve heraustreten.

Sogleich nach seiner Ankunft in Basel begab sich Schmerz zu dem ihm seit Jahren bekannten Forcart-Weiß, einem Fabrikanten und Bankier [39a], der ihn seinerseits ohne Zögern dem Kanzler Peter Ochs vorstellte. Als Schmerz ihm erklärte, daß Preußen wegen eines Gefangenenaustausches mit Frankreich in Verhandlungen treten möchte, und er ihn bat, ihn dieserhalb mit Bacher in Verbindung zu bringen, griff Ochs sogleich den Gedanken auf, gaukelte ihm schon etwas von geheimen Abmachungen vor und meinte, der König werde doch nur hintergangen und am Ende ein Opfer Rußlands werden. Es sei daher an der Zeit, die Koalition zu verlassen, zumal doch auch Prinz Heinrich und die Generale der alten Schule so dächten. Ochs eilte zu Bacher und eröffnete ihm, was er von dem biederen Deutschen gehört hatte. Schon am 6. August war er in der Lage, Schmerz «mit unbeschreiblicher Freude» mitzuteilen, daß Bacher seinen Antrag günstig aufgenommen habe und ihn noch am gleichen Tage in Ochs' Wohnung erwarte.

In der dreistündigen Unterredung dieses Nachmittags, der sich am folgenden Tage noch eine weitere anschloß, erkannte Schmerz bald, daß Bacher schon über vieles unterrichtet war. Dennoch ging er in seiner auch für die Folgezeit bezeichnenden Redseligkeit sogleich über seine Weisungen erheblich hinaus und versuchte den Eindruck zu erwecken, als sei er unmittelbar von Möllendorff und mit Wissen und Zustimmung des Königs entsandt worden. Preußen werde alles tun, erklärte er, um sich Frankreich wieder zu nähern. Der König sei entschlossen, auf eine Koalition zu verzichten, die nur zum Ruin führe, und alles für einen Gefangenenaustausch zu tun, um so zu einem vornehmlich von der militärischen Führung gewünschten sofortigen Waffenstillstand zu gelangen. Zwar sei der König in seinen Entschlüssen noch nicht frei, aber wenn am 1. Dezember der Subsidienvertrag abgelaufen sei, gebe es kein Hindernis mehr. Er fügte hinzu, daß namentlich Möllendorff erwarte, daß die Franzosen das passive Verhalten des preußischen Heeres mit der Schonung der Territorien am Niederrhein und einer nachsichtigen Behandlung Hollands beantworteten [40].

[39a] Über Joh. Rud. Forcart-Weiß als Geschäftsmann orientiert jetzt Carl Burckhardt-Sarasin im Basler Jahrbuch, 1950, S. 102–141.

[40] Bacher an Buchot, 19 thermidor (6. 8. 1794) Kaulek, IV, 230 ff. Bacher nennt Schmerz' Namen noch nicht (Sorel, Rev. hist , V, 286). Auf Robespierres Veranlassung wurde Buchot am 20 germinal II mit der Leitung der Kommission der auswärtigen Angelegenheiten betraut. Er blieb es bis zum 13 brumaire III.

Zweifellos war Schmerz mit dieser Berufung auf den König zu weit gegangen. Denn er hatte auszuhorchen und zu sondieren, nicht aber so weitreichende Erklärungen abzugeben. Bacher indes zeigte sich auf das angenehmste berührt. Er habe zu keinem günstigeren Augenblick kommen können, meinte er, als jetzt, da Robespierre tot sei. Eine Welle der Erinnerungen stieg in ihm auf, und er begann zu plaudern von seinen häufigen Zusammenkünften mit Möllendorff und dem Prinzen Heinrich, von Kalckreuth und Hohenlohe, Lucchesini, Bischoffwerder und dem Prinzen von Nassau-Siegen. Er versprach, in Paris sogleich den Austausch der Gefangenen zu empfehlen. Anscheinend genügte diese Bemerkung dem Sendling des preußischen Hauptquartiers noch nicht, regte er doch in der Unterredung des folgenden Tages an, eine geheime Präliminarkonvention abzuschließen, von der aus man dann leicht zu einem endgültigen Frieden gelangen könne. Allerdings, so fügte Schmerz hinzu, werde der König sich hierzu nur dann bereit finden, wenn das Reich, eventuell auch Holland mit einbezogen werden könnten.

Bacher ging zunächst in allgemeinen Wendungen hierauf ein, beteuerte, daß auch er den Frieden mit dem Reich sehr begrüßen und der Wunsch des Königs bezüglich Hollands keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen würde. Er versicherte, alles zu tun, um den Anträgen in Paris eine günstige Aufnahme zu verschaffen. Das waren keine leeren Worte. Fast konnte man in seinen Erklärungen schon eine Einleitung von Friedensverhandlungen sehen. Am 8. August bat er in Paris um die Anweisung, den offiziellen preußischen Friedensunterhändler, sobald er einträfe, dem Gesandten Barthélemy zuzuführen, und Ochs beeilte sich, Schmerz einen recht genau ausgearbeiteten Entwurf der von dem letzteren vorgeschlagenen Konvention zu übersenden [41].

Damit war der Anfang getan. «Alle meine Anträge wurden vergnügt aufgenommen», meldete Schmerz am 7. August in seinem ersten Bericht an Kalckreuth [42], und am folgenden Tag machte er sich zur mündlichen Berichterstattung auf. Am 11. August in Möllendorffs Hauptquartier angelangt, informierte er, da der Feldmar-

---

[41] Kohl, Tagebuch, 29; Kaulek, IV, 233; Otto, 27.

[42] Kohl, 27; Schmerz schrieb unter der Deckadresse Forcarts. Siehe auch «Geheime Einleitung etc.» (Pr. G. St. A.). Schmerz machte sich von seinen Unterredungen kurze Aufzeichnungen. Auf Grund ihrer und der Abschriften selbst geschriebener und von ihm an andere gerichteter Briefe verfaßte er einen ausführlichen Bericht über seinen Anteil am Friedenswerk. Dieser nach dem Kriege, vielleicht Anfang 1796 verfaßte Bericht war für Hardenberg bestimmt und liegt in zwei Handschriften vor, von denen die eine – Kreuznacher – von Kohl veröffentlicht wurde, während sich die andere im Pr. G. St. A. befindet. Über das Verhältnis beider Fassungen, s. Otto, a. a. O., 23 ff.

schall sich noch strikt zurückhielt, den Adjutanten Meyerinck über den Verlauf seiner Mission und hoffte, nach einem Empfang bei Kalckreuth wieder in die Stille seines Kreuznacher Daseins zurückkehren zu können. Allein es kam anders. Am 17. August verlegte Möllendorff sein Quartier nach Kreuznach; Meyerinck nahm Wohnung in des Weinhändlers Haus [43]. Als neue Reibungen mit dem österreichischen Oberkommando eine schnelle Entscheidung erforderten, berief Kalckreuth ihn noch einmal zu sich.

Während Ochs bereits einem Freunde schrieb, es würden Friedensdemarchen unternommen und schon geheime Unterhaltungen an dritten Orten geführt, er möge sich daher ungesäumt in einer frohen Stunde mit den Friedensartikeln befassen [44], erwartete man in Basel und Kreuznach ungeduldig, aber guten Mutes die Antwort aus Paris. Aber weder Barthélemy noch Bacher, der den ersteren von seinem Bericht an Buchot in Kenntnis gesetzt hatte, erhielt eine nähere Anweisung. Umsonst stellte Bacher den in Paris Regierenden vor Augen, wie aussichtsreich jetzt ein Verständigungsversuch sei, da Preußen sich Österreich mehr und mehr entfremdete, die Kriegsmüdigkeit wuchs und die Rheinarmee tatenlos in ihren Stellungen verblieb. Vergebens wandte er sich auch an den General Michaud, den Befehlshaber der französischen Rheinarmee, um Unterstützung seiner Empfehlungen in Paris. Vermutlich stand der

---

[43] Meyerinck verblieb in Schmerz' Haus bis 12. Oktober. Schmerz war über seine Behandlung nach der Rückkehr aus Basel tief enttäuscht. Meyerinck tröstete ihn, versprach ihm fürstliche Belohnungen und bezahlte ihm seine Reisekosten – 189 Taler, «wobei ich», wie Schmerz berichtet, «aus Ehrgeiz 48 Taler zu verschweigen die Schwachheit hatte.» In bitterer Ironie hat er seine damalige Lage geschildert: «...überdies winkte mir mein Wagen, der durch den Herrn Majors seinen aus der Remise auf offener Straße verdrängt war, mit jedem Regen und Windstoß bittere Vorwürfe zu. Auch meine Frau ermangelte nicht, mir täglich vorzuwinseln, daß die Ausgaben ihrer Haushaltung jetzt siebenfach mehr als sonst betrügen. Ich tröstete sie mit dem großen Gewinn, den ich aus einer Entreprise machen würde, welche mir der Herr Major verschaffen könnte, ja, ich suchte mich selbst zu überreden, daß ich alles tausendfach ersetzt erhalten würde. Ich ließ deswegen mein altes englisches Ale und meinen Cap. Wein fließen, sogar alle meine Pfirsiche, Trauben, feines Obst und Gemüse wurden geopfert. Anfangs war es freie Gabe, nachher aber holte man es als ein erwonnenes Recht...» Seine Sympathien für die französische Revolution wurden von den Franzosen belohnt. Besonders haben sich hernach die Volksrepräsentanten Merlin de Thionville und Rivaud dankbar seiner Verdienste um die Einleitung der Verhandlungen erinnert, während die Kaiserlichen bei ihrem Abzug aus Kreuznach im Herbst 1795 sein Besitztum ziemlich zerstört zurückließen. In dieser trostlosen Lage erreichte ihn eine Einladung Preußens, sich in den fränkischen Landen niederzulassen. Schmerz erhielt fortan von Preußen eine Rente (Steiner, 418).

[44] Steiner, 417.

Wohlfahrtsausschuß in jenen Tagen noch zu sehr unter dem Eindruck des 9 thermidor, als daß er sich mit Instruktionen für seinen Basler Agenten hätte befassen können. Offenbar war auch der Gedanke mitbestimmend, erst einmal die Operationen am Rhein und in Holland weiter vorwärts zu treiben und die Entwicklung in Polen abzuwarten, bevor eine Stellungnahme zu den Besprechungen in Basel erfolgte [45]. Jedenfalls klang die erste Nachricht, die von Ochs am 24. August im preußischen Hauptquartier eintraf, recht dürftig. Es hieß darin, die Eröffnungen seien günstig aufgenommen und würden zur Stunde noch geprüft. Daraufhin entschloß sich Kalckreuth, Schmerz noch einmal nach Basel zu schikken – wiederum nur mit einer mündlichen Instruktion versehen [46].

Es ist nicht klar ersichtlich, warum die Abreise des preußischen Sendlings, der nach seiner Unterredung mit Kalckreuth am 26. August noch einmal nach Kreuznach zurückgekehrt war, nun doch noch beträchtlich hinausgezögert wurde. Vielleicht wurden wichtigere Mitteilungen aus Basel erwartet. Indes was Ochs zu berichten hatte, waren Schmeicheleien ohne Inhalt [47], so daß die Tage verstrichen, ohne daß Schmerz und Kalckreuth nun eigentlich wußten, woran sie waren. Dann aber drängte Meyerinck plötzlich auf eine sofortige Abreise. Bei Kaiserslautern waren die Franzosen unerwartet erfolgreich gegen die preußischen Stellungen vorgestoßen. Ernste Befürchtungen machten sich allenthalben breit. Vielleicht konnte durch eine umgehende Entsendung Schmerz' nach Basel und eine Intervention Bachers ein Stillstand der immer bedrohlicher werdenden Operationen des Feindes erwirkt werden.

So machte sich Schmerz am 12. September erneut auf den Weg, ohne auch dieses Mal zu seinem Leidwesen etwas «Schriftliches» in Händen zu haben. Denn Möllendorff war noch immer nicht bereit, nach außen hin die Verantwortung zu übernehmen. Schmerz wurde angewiesen, alle Berichte an Meyerinck zu senden und von diesem seine Instruktionen entgegenzunehmen. Nur im Falle seiner Abwesenheit war er befugt, sich unmittelbar an Kalckreuth zu wenden. Um ihm seinen Aufbruch zu erleichtern, sparte Meyerinck wiederum nicht mit unverbindlichen Versprechungen hinsichtlich der Sicherheit seiner Familie und seines Besitztums, und um unvorhergesehene Zwischenfälle zu vermeiden, wurden ihm alle Be-

---

[45] Kaulek, IV, 230; Sorel, Rev. hist., V, 287; Otto, 28.

[46] Möllendorff hielt sich wiederum zurück. Er hatte Schmerz zur Tafel geladen, dabei aber von der Mission nach Basel kein Wort verlauten lassen.

[47] Siehe Ochs an Schmerz, 30. 8. und 3. 9. 1794 (Pr. G. St. A.). Immer wieder wird in diesen Briefen auch gegen Pitt polemisiert und andererseits der Selbstbehauptungswille der friedliebenden Republik ins rechte Licht gerückt.

wegungen im weiträumigen Kampfgebiet auf der Karte genau erläutert [48].

Am 15. September in Basel eingetroffen, gab es nach Schmerz' eigenem Zeugnis zunächst eine leidenschaftlich erregte Szene, die alle bisher so mühsam geknüpften Fäden wieder zu zerreißen drohte. Als nämlich Schmerz eine geheime Abmachung der beiderseitigen Oberkommandos für das bevorstehende Unternehmen gegen Trier anregte, dem sich Preußen angesichts der noch bestehenden politischen und militärischen Verpflichtungen nicht entziehen könne, reagierte Ochs auf das Ansinnen Schmerz', die Franzosen möchten die preußischen Verbände nicht ernsthaft bedrängen, sondern sie gleichsam nur zum Scheine angreifen, in einem ungemein gereizten Ton: der König wisse von seinen Aufträgen noch gar nichts, die listigen preußischen Generale würden sich doch nie von der Koalition trennen, Schmerz sei ein Betrüger, oder man habe ihn hintergangen; die Verhandlung sei also als abgebrochen zu betrachten [49]. Wollen wir seinen Worten trauen, so war er entschlossen, abzureisen und bestellte für den nächsten Morgen die Pferde.

In Wahrheit ist die Stimmung in Basel viel versöhnlicher gewesen. Weder Bacher noch Schmerz wollten es auf einen Bruch ankommen lassen. Bacher, deprimiert über das Ausbleiben aller konkreten Weisungen, trug zwar für einen Augenblick Bedenken, weiteren Umgang mit dem Sendling aus Kreuznach zu pflegen; da aber bediente sich dieser einer kaum glaubhaften List, die Krise zu überwinden. In einer Unterredung am Abend des 16. September legte er seinem Partner dar, wie ehrlich der Wille zur Verständigung preußischerseits doch sei: der König sei überraschend in Möllendorffs Hauptquartier erschienen; dort hätten die Generale ihm reinen Wein eingeschenkt, nichts von der Aussichtslosigkeit einer Fortsetzung des Krieges verschwiegen und gegebenenfalls um ihre Entlassung gebeten. Daraufhin habe der Monarch alle bisherigen Schritte ge-

---

[48] Dabei plauderte Meyerinck auch den österreichischen Plan einer Wiedereroberung von Trier aus und bemerkte dazu, daß die Preußen zwar vorrücken, aber nicht angreifen würden. In der Instruktion für diese Unternehmung hieß es u. a.: «Das Gros der Armee bleibt hinter Knobelsdorf bei Kirn, Meisenheim, Birkenfeld... stehen. Köhler wird die jenseitigen Ufer der Mosel cotoyieren, aber diese so wenig wie alle übrigen attackieren, sondern nur figurieren und in wenig Tagen in unsere Position bei Kreuznach retournieren» (Pr. G. St. A.).

[49] Die immer wieder hinausgeschobene Abreise hatte Schmerz veranlaßt, durch einen uns unbekannten Mittelsmann Ochs von seinen mündlichen Weisungen Kenntnis zu geben. Ochs' Verärgerung gegen Preußen hatte sich noch gesteigert durch einen heftigen Artikel der in Kleve erscheinenden niederrheinischen Zeitung.

billigt und mit den Generalen die weiteren Maßnahmen festgelegt. Man weiß, daß von einer Anwesenheit des Königs bei der Rheinarmee oder gar von einem Kriegsrat im Westen in jenen Tagen keine Rede sein konnte, befand sich doch der Monarch damals nach der Aufgabe der Belagerung von Warschau in trüber Stimmung auf dem Rückweg nach Berlin, wo er am 18. September eintraf. Bacher konnte das nicht wissen – kein Wunder also, daß er sich von der Darstellung Schmerz' überzeugen ließ, die von Ochs gegen Schmerz erhobenen Vorwürfe nicht teilte, sondern den Hergang der «Ereignisse» sogleich nach Paris meldete und dem General Michaud empfahl, behutsam gegen die preußischen Stellungen vorzugehen und die Wünsche Möllendorffs zu begünstigen [50]. Er fügte sogar nach Paris hinzu, der österreichische Kriegsrat hätte zu der beabsichtigten Wiedereroberung von Trier die Preußen gebeten mitzuwirken. Möllendorffs Streitkräfte würden sich jedoch nur beobachtend verhalten und das Unternehmen würde scheitern, wenn die Franzosen an den wichtigsten Stellen stark genug seien. Die Preußen würden mit Sicherheit nicht attackieren, hofften aber, auch nicht zur Gegenwehr gezwungen zu werden.

Wie Bacher in den folgenden Tagen alles tat, um den Wohlfahrtsausschuß zu überzeugen, daß Preußens eigenes Interesse nach einem Ausgleich mit Frankreich verlange [51], so bemühten sich auch Möllendorff und Kalckreuth ihrerseits, ihre Aufrichtigkeit zu beweisen, indem sie Bacher von allen Bewegungen der preußischen und österreichischen Truppen unterrichteten. Als dann trotz aller Zusicherungen das auf Grund der Allianz von 1792 den Österreichern zur Verfügung stehende Korps des Prinzen von Hohenlohe die Franzosen einen Tag vor dem festgesetzten Angriff bedrängte und sie am 20. September bei Kaiserslautern schlug, kam dieser Sieg dem Feldmarschall denkbar ungelegen. Mit vielen Worten ließ er sich durch Schmerz bei Bacher entschuldigen und erklärte, er habe Hohenlohe sofort abberufen und werde sich nun selbst möglichst auf das rechte Rheinufer zurückziehen. Weisungsgemäß erklärte Schmerz, daß Hohenlohe nicht Möllendorff, sondern dem Herzog von Sachsen-Teschen unterstehe, Möllendorff also für den Vorfall gar nicht verantwortlich zu machen sei [52].

Es ist verständlich, daß unter diesen Umständen in Basel noch

---

[50] Bacher an Buchot, 30 fructidor (16. 9. 1794), Kaulek, IV, 304; ferner Sybel, III, 229; Bailleu, H. Z., 75, 249; Sorel, Rev. hist., V, 293 f.; Oncken, Zeitalter d. Revol., I, 726 f.; Otto, 30 f.

[51] Siehe vor allem Bachers Briefe an Buchot vom 22. und 24. 9. 1794 (Kaulek, IV, 315 ff. und 323 f.). Vgl. auch Schmerz an Meyerinck, 16. 9. (Pr. G. St. A.).

[52] Schmerz an Meyerinck, 22. 9. 1794 (Pr. G. St. A.).

sehr viel gegenseitiges Mißtrauen zu verspüren war. Die Unterhaltungen mit Ochs und Bacher waren vielfach belanglos, und hellhörig wurde Schmerz erst, als Bacher eine französische Intervention in Polen nicht für ausgeschlossen hielt oder zu erfahren suchte, was Preußen täte, wenn Holland freiwillig oder gezwungen sich von der Koalition löste. Schmerz gewann den Eindruck, als wolle Frankreich erst Holland und das linke Rheinufer erobern, bevor es sich mit Preußen an den Verhandlungstisch setzte [53]. Was hatte andererseits der arme Weinhändler dagegen anzuführen, wenn die Franzosen zwischen den Absichten der preußischen Generale einerseits und denjenigen des Königs und seiner Minister andererseits unterschieden! Mochte das Wort des Prinzen Louis Ferdinand von Preußen, Möllendorff sei in seinem Friedenswillen fähig, «zu Fuß nach Basel und von dort zum Konvent zu gehen und die Füße der Königsmörder zu küssen, um den Frieden zu erhalten» [54] in gewissem Sinne auch zutreffen, so brauchte man auf französischer Seite noch nicht so zu denken, und vor allem verstummten nach jenem vorgespiegelten Kriegsrat in Möllendorffs Hauptquartier Bachers Vorwürfe nicht restlos, wonach der König von seiner Entsendung immer noch nichts wisse und alle Besprechungen nur das Werk verantwortungsloser Generale seien [55]. Schmerz war letztlich außerstande, ihn zu widerlegen.

So ging es den September hindurch zwischen Furcht und Hoffnung auf und ab. Solange die Antwort aus Paris ausstand, hatten die Gerüchte das Wort [56]. Sie waren belanglos und können darum hier übergangen werden. Sehr viel wichtiger war, daß Anfang Oktober Meyerinck noch einmal in einem umfassenden Reskript den Standpunkt des Hauptquartiers darlegte [57]. Er formte das Schriftstück von vorneherein so, daß Schmerz, um Vertrauen zu erwecken, es ohne Bedenken Bacher und Ochs zeigen konnte. Danach war Preußen am Ende seiner Kraft. Er warb noch einmal um Verständnis für das Verhalten Hohenlohes bei Kaiserslautern. Solange die

[53] Schmerz an Meyerinck, 18. 9. 1794 (Pr. G. St. A.).

[54] Vivenot, Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen, II, 1, S. 251.

[55] So schrieb Schmerz am 18. September, Bacher befürchte, daß er von den Schülern des großen Friedrich hintergangen werde und der König nichts von seiner Sendung wisse – ein Argument, das immer wiederkehrte. (Siehe auch Schmerz' Bericht vom 20. 9. im Pr. G. St. A.). Erst nach einigen Wochen brachte ein Feldjäger die Nachricht, daß Meyerinck nach Berlin abgereist sei, um den König für die Basler Verhandlungen zu gewinnen. Meyerinck traf, wie noch auszuführen sein wird, mit Vollmachten versehen, am 12. November in Basel ein.

[56] Siehe u. a. Meisters Briefe an Ochs vom 24. 9. und 7. 10. 1794 (Steiner, 423 ff.).

[57] Meyerinck an Schmerz, 6. 10. 1794 (Pr. G. St. A.).

Verträge in Kraft seien, schrieb er, könne man sich ihrer Erfüllung nicht entziehen. Hohenlohe sei Sachsen-Teschen unterstellt gewesen und das ganze Unternehmen von den Österreichern, denen das Korps Hohenlohe nur Hilfstruppen gestellt habe, durchgeführt worden. Durch Spione habe man Kenntnis von einem geplanten französischen Angriff erlangt. Gefangene Offiziere hätten als Termin den 23. September genannt. Daher sei Hohenlohe zum Prävenire gezwungen gewesen. Niemand denke auf preußischer Seite an eine offensive Demonstration. Man wolle vielmehr in Ruhe den Winter erreichen, sich passiv verhalten und sich so allmählich und unmerklich aus dem Kriege herausziehen. Es sei Möllendorffs Wunsch, bis zum Abschluß eines Vertrages in seinen Stellungen zu verharren, um dann in der Stille den Rhein zu überschreiten. Er hoffe, an der Front keinem Druck ausgesetzt zu werden, um so eine Basis für eine loyale und ihn nicht kompromittierende Verhandlung zu gewinnen. Fürs erste solle Schmerz einen Gefangenenaustausch erwirken und die Respektierung des preußischen Besitzes am Niederrhein verlangen. Durch solch ein schrittweises Vorgehen werde man mit der Zeit auch den König gewinnen. Dabei wies Meyerinck auch auf die Entsendung Lucchesinis nach Wien hin, um für die Liquidierung des polnischen Aufstandes ein österreichisches Hilfskorps von 20 000 Mann zu erlangen, und auf den Entschluß des Königs, im Falle einer Ablehnung eine gleichstarke Truppe von seiner Rheinarmee nach Polen zu detachieren. Er erinnerte Schmerz an den überall wachsenden Friedenswillen, an die diesbezüglichen Äußerungen vieler deutscher Fürsten, an die Wilhelmsbader Konferenz und manches mehr, alles Argumente, die Bacher von der Aufrichtigkeit Preußens überzeugen sollten. Er sollte geschickt zu erkennen geben, daß Möllendorff andererseits äußerstenfalls mit seinen rund 63 000 Soldaten auch noch eine Schlacht anzunehmen bereit sei, im übrigen aber Schonung des preußischen Territoriums, milde Behandlung der gefangenen Offiziere und Vermeidung eines Angriffes auf Koblenz verlangen und endlich zu erfahren suchen, ob die Republik die preußischen Erwerbungen in Polen garantieren und wie sie sich zu einem Frieden verhalten werde, der der polnischen Erhebung ein Ende bereite.

Fast zu derselben Zeit äußerte sich Bacher so deutlich über die französischen Kriegsziele, daß man wohl nicht fehl geht, dahinter geheime Anweisungen aus Paris oder doch Einflüsse von Volksrepräsentanten zu suchen, mit denen Bacher in Verbindung stand. Erst müsse das linke Rheinufer besetzt und Holland erobert sein, erklärte er, ehe man dem französischen Volk einen Frieden vor-

schlagen könne [58]. Auch ein Gefangenenaustausch werde erst nach der Einnahme von Kleve, Mörs und Geldern möglich sein. Das war viel gesagt! Pfänder also wollten die Franzosen in Händen haben, bevor sie zum Frieden bereit waren. Unabwendbar schien sich hier ein Schicksal zu vollziehen. Tief von seiner Mission enttäuscht, wünschte Schmerz, von seinem Auftrag entbunden zu werden. «Wenn meine Bitte, mein Flehen etwas vermag, meine Angst den Herrn Feldmarschall rühren kann», schrieb er an Meyerinck, «dann werden Sie das, was bishero geschah, Seiner Majestät eröffnen. Wollen Sie aber nicht, dann verlaß ich einen Ort, wo ich am Ende höchst unglücklich zu werden befürchte.»

Meyerinck war bestürzt. Die immer kritischer werdende Lage an der Front machte ihn mißtrauisch. Er fragte sich mit Recht, ob denn Konvent und Wohlfahrtsausschuß überhaupt ernsthaft zu Vereinbarungen bereit waren [59]. Wie resigniert klingt doch die Klage, in die er in einem Brief an Schmerz ausbricht: «Wir müssen, wir wollen ja gehen, wir müssen den Rhein passieren, da die Österreicher schon hinüber sind. Allein laufen, Furcht zeigen, das darf kein Preuße; mithin ist alles bereit, wenn es darauf ankommt, zu schlagen. Die Franzosen erreichen ja ohnehin ihren Zweck. Man laß uns doch mit Anstand und Würde abziehen.» In keinem schriftlichen Zeugnis des preußischen Hauptquartiers spiegelt sich so wie in diesem Kleinmut und Verzagtheit und das Unvermögen, einer ernsten Stunde mit Festigkeit zu begegnen. Um es nicht zum Bruch kommen zu lassen, sollte Schmerz jetzt gar die Rückgabe der Gefangenen anbieten, ohne die bisher daran geknüpfte Bedingung einer Schonung der preußischen Provinzen aufrechtzuerhalten. Er wurde sogar ermächtigt zu erklären, daß der König den Statthalter von Holland fallen zu lassen bereit sei. Um jedoch auch zu verstehen zu geben, daß man nicht *alles* vorbehaltlos hinnehmen wollte, ging Schmerz unterm 11. Oktober ein von Meyerinck gezeichnetes Abberufungsschreiben zu. Wenn der gleiche Kurier ihm auch ein zweites Schreiben zu überbringen hatte, in dem diese Abberufung annulliert wurde, so war doch nur das erste für Bachers Augen bestimmt, um eine gewisse Entschlossenheit vorzutäuschen [60]. In dieser ungeklärten Lage dachte Meyerinck daran, sich selbst nach Basel zu begeben, aber Ochs und Bacher ließen keinen Zweifel darüber, daß seine Anwesenheit jetzt noch unerwünscht sei [61]. Frankreich sei

[58] Schmerz an Meyerinck, 4. 10. 1794 (Pr. G. St. A.), Kohl, 38 f. In den folgenden Tagen äußerte sich Bacher ähnlich (s. Kohl, 39, 40, 48 f.).

[59] Meyerinck an Schmerz, 11. 10. 1794 (Pr. G. St. A.).

[60] Kohl, 47.

[61] Meyerinck an Schmerz, 11. 10. 1794; Schmerz an Meyerinck, 16. 10. 1794 (Pr. G. St. A.), Kohl, 51; Otto, 35.

noch nicht hinlänglich auf den Frieden vorbereitet, wußte Schmerz zu berichten, und Ochs meinte, das Reich müsse sich erst für die preußische Vermittlung ausgesprochen haben, bevor offizielle Verhandlungen beginnen könnten. Da erkannten Möllendorff und Meyerinck immer deutlicher, daß es an der Zeit war, die Besprechungen aus der Atmosphäre unverbindlicher Sondierungen hinaufzuheben auf die Ebene offizieller Verhandlungen. Mit dem bisherigen Verfahren konnte man nicht weiterkommen. Bislang war Schmerz nur des Nachts herumgeschlichen und hatte sich nach eigenen Worten tagsüber «wie ein lichtscheues Käuzlein trostlos in seiner Höhle verborgen» gehalten. Möllendorff erkannte, daß er die Fühlungnahme mit Bacher dem Monarchen nicht länger verbergen durfte. Es reifte in ihm der Entschluß, seinen Adjutanten nach Berlin zu entsenden, um den König von allem zu unterrichten und ihm vorzuschlagen, den einmal begonnenen Faden bis zum guten Ende weiterzuspinnen. Wenn ein Unterhändler im Auftrage des Königs in Basel erschien, mußte nach seiner Ansicht auch Frankreich Farbe bekennen. Es durfte keine Zeit mehr verlorengehen, wollte Preußen nicht durch die Rückschläge in Holland und am Rhein gefährlich ins Hintertreffen kommen.

So machte Meyerinck sich auf den Weg zum König. Schmerz hatte indessen auf seinem Basler Posten auszuharren – um seine Familie in steter Sorge, die auch Bachers wortreiche Versprechungen ihm nicht beschwichtigen konnten [62]. Was besprochen wurde, war nach wie vor unwichtig, da Bacher immer noch ohne amtliche Weisungen aus Paris war. Im ganzen wurde die Atmosphäre mit der Zeit freundlicher, hatte doch Schmerz jetzt zu jeder Tageszeit Zugang zu Bachers Wohnung. Ihre Unterhaltungen betrafen stets dieselben Themen: den Tag von Kaiserslautern, die fragwürdige innere Festigkeit der Republik, die Schonung der preußischen Armee, die Besetzung Hollands, die künftige Vermittlung eines Friedens für das Reich. Am 23. Oktober lud Bacher ihn ein, ihn auf einer Reise zu Foussedoire zu begleiten, der als Volksrepräsentant im Auftrage des Konvents bei den Streitkräften am Oberrhein wirkte und in St. Ludwig im Oberelsaß, in der Revolution in

---

[62] Wenn er dann nicht großzügig für seine Bemühungen belohnt werde, sagte Bacher, werde Frankreich es tun. (Schmerz an Meyerinck, 22.10. 1794, Pr. G. St. A.) Als Meyerinck im November nach Basel kam, hatte er Schmerz nach seinen Wünschen zu fragen und ihm einen Titel, eine Dose, ein königliches Handschreiben oder Geld vorzuschlagen. Den Titel lehnte er ab, bat aber um ein Handschreiben und die Dose sowie um die öfters zugesicherte Schadloshaltung für den in seinem Geschäft eingetretenen Verlust und um die Bewilligung einer Jahresrente von 800 Talern.

Bourglibre umbenannt, seine Zelte aufgeschlagen hatte [63]. Dieser versicherte ihm, daß der Wohlfahrtsausschuß seine Vorschläge wohlwollend erwogen habe, daß die preußische Armee jedoch zunächst einmal das gesamte linke Rheinufer geräumt haben müsse. Die Franzosen würden Möllendorff alsdann wie bisher in gemessenem Abstand folgen. Vor allem aber möge sich, so empfahl Foussedoire, der König an die Spitze des Reiches stellen und die Fürsten, vorwiegend Bayern und die Stände des schwäbischen Kreises, zur Neutralität veranlassen. Wenn sie nämlich dann die preußische Vermittlung anriefen, sollten auch sie geschont werden. Er bat Schmerz, dieses als die Auffassung des Wohlfahrtsausschusses schnellstens an den König gelangen zu lassen und ihm zu versichern, daß die Republik beim Frieden auch seine polnischen Erwerbungen garantieren werde.

Inzwischen ging Schmerz' Mission langsam ihrem Ende entgegen. Hatte er auch oft über das Unwürdige seiner Verhandlungsbedingungen und über den nach seiner Auffassung ihn stets bevormundenden Ton der Briefe Meyerincks geschimpft und sich oft in die Bescheidenheit seines Kreuznacher Heimes zurückgewünscht, so war er im Grunde doch tief enttäuscht, als man seiner nicht mehr bedurfte und Meyerinck das fortsetzen wollte, was er so mühsam angebahnt hatte. «Soeben höre ich», schrieb er an den Major, «daß Jordis (es handelt sich um einen ihm bekannten Frankfurter Bankier) durch seine hiesigen Bekannten für Sie, einen Legationsrat, zwei Jägeroffiziere und vier Bediente... in dem nämlichen Hause gemietet wissen will, worin Bacher wohnt und sein Büro hat. Herr Bacher raset, Ochs erstaunet – und ich? – Ich schäme mich! Nicht meiner Langmut, nicht meiner Geduld haben Sie es zu danken, daß ich hier mich noch verweile, sondern weil ich empfinde, daß, wenn ich mich itzt entfernte, alles, was ich bishero Gutes tat, vereitelt sein würde. Bishero suchte ich mit Aufopferung meiner Gesundheit mich vor den politischen Spionen zu verbergen, um die königliche Ehre zu schonen. Nun wollen Sie auf einmal im Triumph auf-

[63] Schmerz an Meyerinck, 24. 10. 1794 (Pr. G. St. A.). Erschöpft und naß wie eine Fontäne, so berichtet er, kamen sie dort an. Das Klagegeschrei der unglücklich Bittenden habe er nicht mehr anhören können. Mit Bachers Sekretär sei er hinausgegangen, gegen Nebel und Regen unter einem alten Schuppen Schutz suchend. «Wir stehen hier sehr übel», sagte ich zum Sekretär. «Ja!» erwiderte er, bebte und machte Brrrr! «Doch stehen wir hier immer besser als der Kaiser im Vorhof zu Canossa.» Er nickte mit dem Kopf, denn sprechen konnte er nicht vor Zorn «... Zwei Stunden standen wir dort, mißmutig und verdrießlich...» Fast schon im Begriff, nach Basel zurückzukehren, erinnerte sich Schmerz, daß er ohne Bacher die französische Barriere nicht würde passieren können. Da rief Bacher ihn herein.

treten, ohne daß Sie mir's zuvor schreiben und Herr Bacher die Erlaubnis hat, mit Ihnen umzugehen? Tun Sie, was Sie wollen! Wenn Sie sich aber unangenehme Bedingungen zuziehen, dann werde ich mich damit zu verantworten wissen, daß ich öfters schrieb, ja nicht früher zu kommen, bis der Heilsausschuß Ihre Anherokunft verlange. Kurz, Holland muß erst erobert sein, ehe Sie hier mit Erfolg erscheinen können [64].»

Dieser Zornesausbruch legte sich indes etwas, als Bacher zwei Tage darauf seinerseits darum bat, Schmerz möge vorsorglich bei Möllendorff um die Entsendung eines sachkundigen und bevollmächtigten Unterhändlers nachsuchen [65]. Bacher gab diese Anregung, obwohl er selber immer noch ohne Richtlinien aus Paris war. Immerhin rechnete er jetzt täglich mit der Ankunft eines Kuriers. Denn er glaubte sichere Anzeichen dafür zu haben, daß der Mainzer Friedensantrag nun auch den Wohlfahrtsausschuß aus seiner Reserve hervorlocken würde [66].

Noch vor Mitte November war Schmerz' Mission zu Ende. Es war zwar noch kein Ergebnis mit Händen zu greifen, aber die Verbindung war hergestellt, das Vorgelände erkundet, und in ihren Umrissen traten auch schon die Schwierigkeiten deutlich hervor: das Schicksal der Reichsfestung Mainz, des linken Rheinufers und Hollands stand auf dem Spiele! Damit eröffneten sich Perspektiven, über die allein der König zu entscheiden hatte. Der Kampf der preußischen Friedenspartei um seine Zustimmung zu der Aktion des Hauptquartiers hatte inzwischen seinen Höhepunkt erreicht. In den Tagen aber, da mit der Beauftragung Meyerincks sich die Friedensfreunde durchgesetzt hatten, zog sich der grollende und selbstgefällige Kreuznacher Weinhändler in sich selbst zurück, um bald darauf in Spott und Ironie seinem Tagebuch die folgenden Sätze anzuvertrauen: «Nun fängt eine neue Epoche an, nämlich die glänzendere Geschäftstragung des Herrn Major von Meyerinck. Ich enthalte mich hier der umständlichen Beschreibung dessen Be-

---

[64] Schmerz an Meyerinck, 7. 11. 1794 (Pr. G. St. A.).

[65] Schmerz an Meyerinck, 10. 11. 1794 (Pr. G. St. A.).

[66] Er schien sogar darüber unterrichtet zu sein, daß man in Paris den Regensburger Beratungen starkes Mißtrauen entgegenbrachte und demzufolge um so eher bereit war, auf preußische Vorschläge einzugehen. Wenn man den Mitteilungen Schmerz' an Meyerinck vom 10. 11. 1794 glauben darf, so hatte die Bezugnahme auf den westfälischen Frieden in dem Mainzer Antrag den Wohlfahrtsausschuß sehr verstimmt. Dieser sehe, so schreibt Schmerz, in der kurfürstlichen Erklärung nur einen Kunstgriff, den Untertanen die eigenen erfolglosen Friedensbemühungen begreiflich zu machen, um dann zur Fortsetzung des Krieges alle Anstrengungen verdoppeln zu können.

tragens, weil sie mir immer eine seelerschütternde Erinnerung und für den Herrn Major gar zu tiefe Demütigung ist [67].»

Aber wir haben vorgegriffen. Es war noch ein weiter Weg bis zu dem Augenblick, da der König die ohne sein Wissen eingeleiteten Besprechungen nachträglich genehmigte und durch die Ernennung eines Bevollmächtigten bewies, daß er entschlossen war, mit dem Gegner von gestern einen Ausgleich zu suchen. Diesen Weg zu verfolgen, wird die Aufgabe des nächsten Kapitels sein.

Zweites Kapitel

Die Bemühungen der Friedenspartei um die Person des Königs

Die vielen Stimmen, die im Frühsommer 1792 vor einem Feldzug gegen Frankreich gewarnt hatten, sollten nicht mehr verstummen, solange der Krieg andauerte, so daß es mehr und mehr geboten schien, auch den König von der Nutzlosigkeit einer Fortsetzung des Ringens zu überzeugen. Denn schon befürchtete man in Berlin ernsthaft Demonstrationen und sprach man davon, den Prinzen Heinrich, den Onkel des regierenden Königs, für die Führung einer solchen Bewegung der Kriegsgegner zu gewinnen [68]. Weder in den obersten Staatsämtern und der Umgebung des Monarchen noch in den Kreisen des gebildeten Bürgertums nahm man noch einen inneren Anteil an den Geschehnissen des Krieges [69]. Man sah in ihnen vielmehr eine überflüssige Last, der man sich möglichst schnell wieder zu entledigen hatte. Die literarische Opposition erhob immer kühner ihr Haupt und mahnte zur Aufgabe eines Kampfes, in dem es Lorbeeren nicht mehr zu ernten gab. Da waren dann auch in Zeitungen und Wochenschriften Verse wie diese zu lesen:

Friedrich Wilhelm, ruf es wieder,
ruf dein tapfres Heer zurück!
Laßt uns sein der Franken Brüder,
so gebeut es das Geschick.

---

[67] Schmerz' Tagebuch (Fassung des Pr. G. St. A.).

[68] Rich. Krauel, Prinz Heinrich von Preußen als Politiker, S. 60.

[69] Die Briefe, die der 1793 als geheimer Finanzrat nach Berlin berufene Günther v. Göckingk an den gräflichen Bibliothekar Benzler in Wernigerode richtete, spiegeln deutlich die Stimmung wider, wie sie damals in dem hohen preußischen Beamtentum anzutreffen war. (Siehe H. Pröhle, Der Dichter v. Göckingk über Berlin und Preußen unter Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhem III. Zs. f. Preuß. Gesch. u. Landeskunde, Bd. XIV, 1877, S. 29 ff., 31, 33, 35, 37, 41).

Selbst Männer von Einsicht und Geist wie Vincke fragten zornig, wie lange Preußen denn eigentlich noch ein freiwilliges Opfer österreichischer Falschheit bleiben werde; denn war man sich einerseits bewußt, wie gefährlich sich das preußisch-österreichische Verhältnis nach der zweiten Teilung Polens zugespitzt hatte, so glaubte man andererseits Anhaltspunkte dafür zu haben, daß nach Robespierres Tod die Gemäßigten in Frankreich kein dringenderes Bedürfnis hatten, als wenigstens mit Preußen wieder normale Beziehungen herzustellen, daß es also nur bei Preußen liege, durch eine entschlossene Friedenspolitik am Ende auch die Gleichgesinnten im Reiche zu sich herüberzuziehen. Denn es war allgemein bekannt, daß namentlich in den vorderen Reichskreisen Oberdeutschlands der gleiche Wunsch nach einem Frieden immer lauter wurde. Zwar hatte sich der Regensburger Reichstag am 13. Oktober für die Annahme des vom Kaiser vorgeschlagenen Quintuplums entschieden, aber die tatsächlichen Tendenzen der deutschen Staatenwelt kamen in dem Friedensantrag, den das einst so kriegsbegeisterte Kurmainz am 24. Oktober vorlegte, sehr viel wahrer zum Ausdruck, mochte auch jetzt noch so mancher Reichsstand eine reichspatriotische Haltung zur Schau tragen, sei es, um sich nicht dem Vorwurf des Kleinmuts und der Verzagtheit auszusetzen, sei es, um einen leidlich ehrenvollen Frieden auf der Basis der Rückerstattung der besetzten Gebiete und der Anerkennung der Republik anzustreben [70].

Waren schon im Offizierkorps die Männer des kühnen Entschlusses selten geworden und handelten nur noch wenige wie etwa der Erbprinz von Hohenlohe so, wie es vor wenigen Jahrzehnten noch gang und gäbe gewesen war, so war von den Männern der Feder und der zünftigen Diplomatie noch viel weniger ein Ausharren in der Krise des Jahres 1794 zu erwarten. Nun schienen alle diejenigen gerechtfertigt, die schon nach den ersten Rückschlägen im Herbst 1792 der Beendigung des Unternehmens das Wort geredet oder überhaupt vor diesem Kriege gewarnt hatten. Bedenkt man, wie allenthalben ein beklemmendes Gefühl der Wehrlosigkeit die Diener und Berater der deutschen Fürsten ergriff und überblickt man alle die auf einen Frieden zusteuernden Kräfte, so kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß Möllendorffs eigenmächtiges Vorgehen, eine wie schwere Verfehlung gegen Rang und Tradition seiner dienstlichen Stellung es auch war, geradezu er-

[70] Über die Vorgänge in Regensburg, s. die Diss. von Joh. Schick passim; über das Quintuplum, S. 114 ff.; über den Mainzer Friedensantrag, S. 123 ff.; vgl. auch Frankenstein, 171 ff. und 192 ff. Bei Braubach (Max Franz), S. 287 auch das Votum des Kölner Kurfürsten vom 31. X. 1794 an seinen Reichstagsgesandten v. Karg; vgl. auch Schick, 149.

wartet werden mußte. Er machte sich schließlich zum Vollstrecker der Tendenzen, die Heer und Politik in gleicher Weise beherrschten. Er durfte sich für gerechtfertigt halten, sobald er mit Erfolg die erste Gefahrenzone durchmessen hatte. Selbst der aus dem Reiche stammende und dem preußischen Staatswesen noch nicht so verpflichtete Hardenberg teilte bis zu einem gewissen Grade diese Ansicht. Schon am 24. Januar 1794 hatte er in einer Denkschrift dargelegt, daß Preußen sich nicht länger für österreichische Interessen ausnutzen lassen dürfe, und geraten, die Republik anzuerkennen und selbst vor einem Teilfrieden nicht zurückzuschrekken, wenn dieser zur Anbahnung eines allgemeinen Friedens vonnöten sei. Diese Auffassung vertrat er auch jetzt, als er am 26. Juli noch einmal auf die Notwendigkeit hinwies, schnell mittels eines Friedens aus der politischen Not des Tages herauszukommen [71]. Er sollte seiner These von der Berechtigung eines Separatfriedens, falls sich an diesen ein allgemeiner Friede anschlösse, treu bleiben bis lange über den Abschluß von Basel hinaus. Als Haugwitz, der in seiner labilen Gesinnung sich nicht entscheiden mochte, bevor sich nicht auch der König festgelegt hatte, ihn unterm 30. Juli nach seiner Ansicht fragte, gab Hardenberg eine recht kennzeichnende Antwort. Ein Sonderfriede sei unvereinbar mit der Wiener Allianz, der Petersburger Teilungskonvention und den Abmachungen mit den Seemächten; er sei ein gar gefährlicher Freund, vor dem er zu warnen habe, während er zu jenem anderen Freund, dem allgemeinen Frieden an der Seite der Verbündeten, jede mögliche Verbindung zu suchen empfahl [72]. Überdies sei der Feind gar nicht so stark, wie man annehme; es fehlten auf preußischer Seite nur Wille und Kraft, und Möllendorff werde umgangen, daß einem das Herz brechen könne. Gewiß sah auch Hardenberg in trüben Stunden in einem schnellen Friedensschluß die einzige Möglichkeit, Preußen zu retten, aber immer schwebte ihm dabei doch vor, gemeinsam mit den Verbündeten zu handeln – wenn es sein mußte, auch unter Anerkennung der Republik; denn diese mußte nach seinem Urteil doch einmal erfolgen. Nie aber durfte Preußen es auf sich nehmen, durch einen einseitigen Rücktritt vom Kriege einen

[71] Ranke, Hardenberg, I, 160 und 215.

[72] Haugwitz an Hardenberg, 30. 7. 1794, und Hardenberg an Haugwitz, 30. Juli, 3. und 12. August, 2., 5. und 25. September 1794 (Pr. G. St. A.). In allen diesen Briefen wendet sich Hardenberg heftig gegen den von Möllendorff vertretenen Separatfrieden. Immer wieder hebt er hervor, wie Preußen sich bei einem Abfall von der Koalition die Rache der Verbündeten zuzöge und in seiner Isolierung einem neuen siebenjährigen Kriege keineswegs gewachsen wäre. Vgl. auch Ranke, I, 222 f.; Zierke, 39 ff. – Über Haugwitz, s. Ranke, I, 219 ff., und Wendland, 147.

für die Zukunft folgenschweren Bruch mit Rußland herauszufordern, Österreich endgültig von sich zu stoßen und in selbstgewählter Isolierung von allen wichtigen Aktionen der europäischen Kabinette ausgeschlossen zu werden, also in dem Augenblick auf die Schattenseite des Geschehens gedrängt zu werden, wo in Polen wichtigste Interessen der Monarchie auf dem Spiele standen. Er wußte, daß die eifrigsten Wortführer eines Sonderfriedens schon von einer Allianz mit der Republik träumten. Für die Zukunft stritt auch Hardenberg eine solche Möglichkeit nicht ab, aber im Augenblick wußte er nicht einmal, mit wem man denn eigentlich verhandeln sollte. Wäre es darum nicht ratsam, so fragte er, mit den Seemächten zusammenzugehen, ohne zugleich von ihnen abhängig zu werden? Denn nicht Nachgiebigkeit konnte nach seinen Worten in dieser kritischen Lage einen erträglichen Frieden stiften, sondern nur jene feste Haltung, die dem Gegner bewies, daß man nicht bereit war, ein Diktat hinzunehmen [73]. Sich kurzerhand aus allen Verwicklungen Westeuropas durch einen Sonderfrieden zu lösen, bedeutete für ihn noch keine Überwindung aller Schwierigkeiten. Allein der Gedanke, an der Spitze der Friedensbewegung einen Waffenstillstand zu suchen, der den Ständen des Reiches durch ihre Einbeziehung in ein solches Abkommen den Weg des Anschlusses an Preußen öffnete, das war eher ein Ziel, das zu verfolgen sich lohnte. Denn nur so litt das Ansehen der Monarchie keinen Schaden, und Österreich konnte nicht übermächtig werden.

Das war die Antwort, die er seinem Freunde, dem nach Berlin reisenden Geheimrat Gervinus, für den Grafen Haugwitz mitgab. Seine Bedenken von höchster Eindringlichkeit ließen erkennen, daß seine Gedanken weit über die Grenzpfähle des Staates, dem zu dienen er sich freiwillig entschieden hatte, hinausreichten. In ihm war der altdeutsche Reichsgedanke in seinem immer noch so farbenreichen Abglanz lebendig geblieben und verwob sich nun in ihm mit den sich verdichtenden Ansprüchen des preußischen Staatswesens an das Reich.

Es ist in diesem Zusammenhang auch bezeichnend, daß den Gedankengängen Hardenbergs nicht die Berliner Kabinettsminister am nächsten kamen, sondern Görtz, der preußische Vertreter in Regensburg. In einer im August 1794 in Bayreuth stattgefundenen Unterredung entwickelte dieser dem ihm nahestehenden Hardenberg seine Ansicht, aus der Not eine Tugend zu machen und mit dem unabweislich notwendigen Frieden für Preußen eine besondere schiedsrichterliche Stellung im Reich, wenn nicht gar im Kreise

[73] Bericht Hardenbergs vom 24. 9. 1794 (Pr. G. St. A.). Über die Stimmung im preuß. Offizierkorps war Hardenberg genau unterrichtet.

der Kriegführenden überhaupt, zu erjagen. Zu diesem Zwecke mußte Preußen nach seiner Ansicht die Armee in ihren Rheinstellungen belassen und den Abmarsch nach Holland verweigern, und wenn dann Frankreich verspreche, den Rhein nicht zu überschreiten und in einem künftigen Frieden den Vorkriegszustand anzuerkennen, sei nicht nur Preußen gerettet, sondern durch die Neutralisierung des Reiches oder doch derjenigen Stände, die sie wünschten, auch das Reich, in welchem denn das Ansehen des Königs dasjenige des Kaisers erheblich überstieg [74].

Es ist den Befürwortern eines Friedens vorgeworfen worden, sie hätten Preußen zum Bruch der Verträge verleitet. Wer aber folgte noch den Zielen, die man 1792 auf die Fahnen geschrieben hatte? Wenn die Interessen Englands und Österreichs eine Fortsetzung des Krieges erheischten, wer konnte bestreiten, daß die preußischen Interessen umgekehrt nach einem Ausscheiden aus dem Krieg verlangten? Die Rücksicht auf eingegangene Verträge stellte in der Ära der Kabinettspolitik doch nur eine relative Bindung dar, die hinter den Erfordernissen der Staatsräson zurückzutreten pflegte. Und bedeutete denn Frankreich überhaupt noch für Preußen eine tödliche Gefahr? Schien sich nach dem 9 thermidor nicht eine Ordnung anbahnen zu wollen, die zwar die Monarchie ablehnte, aber ein Nebeneinander beider politischen Lebensformen nicht mehr ausschloß? Wenn sich also im Westen die Möglichkeit einer politischen Beruhigung abzeichnete, so gebot nach Ansicht der Friedensfreunde die zeitlich parallel laufende katastrophale Wendung im Osten erst recht, jede Gelegenheit wahrzunehmen [75]. Hatte man einen Meister der Menschenbehandlung zur Stelle, der all dieses geschickt zu kombinieren verstand, so konnte man wohl glauben, auch den König für den Frieden zu gewinnen [76]. Alles in allem ging jedenfalls die Friedenspartei nicht ohne Aussicht in den Kampf um die Person des Königs, der denkwürdig bleibt durch die Festigkeit, die der Monarch hierbei bewies [77].

---

[74] Ranke, I, 219 ff. Vgl. auch L. Frhr. v. Ledebur, Mitteilungen aus den nachgelass. Papieren eines preuß. Diplomaten, Berlin, 1868, 1. Bd.

[75] Wenn Thugut die Gunst der Zarin suchte und die Ausschaltung Preußens im Osten verfolgte, andererseits den Bund mit England behutsam pflegte, mußte er automatisch das so labile Verhältnis Preußens zu England noch mehr entkräften und so – ungewollt – Preußen noch mehr für den Gedanken eines Friedens empfänglich machen. Vgl. Ernstberger, 95; Ranke, I, 235 f.

[76] P. Bailleu, Preußen und Frankreich von 1795–1807, Diplomat. Korresp., Leipzig, 1881/87, hier Bd. I, Einleitung, S. IX.

[77] Vgl. hierzu P. Bailleu, König Friedrich Wilhelm II. und die Genesis des Friedens von Basel, H. Z. 75, 1895, S. 237 ff. (wieder abgedruckt in «Preußischer Wille», 1924, S. 105 ff.), ferner Th. Heigel, Deutsche Geschichte etc.,

Denn dieser König dachte vorerst nicht an eine Aufgabe des Ringens im Westen. Er wies die Ansinnen seiner Berater zurück, so unermüdlich sie auch in jenen Monaten in stets entschiedeneren Variationen auf Friedrich den Großen und das preußische Staatsinteresse verwiesen. Auch nach der zweiten Teilung Polens verharrte er im Kriege, obwohl er wußte, daß der Bund mit Wien bereits den Todeskeim empfangen hatte. Mit innerer Befriedigung hatte er im April 1794 den Haager Subsidienvertrag aufgenommen. Doch kaum hatten sich in jenen Tagen seine Siegeshoffnungen wieder belebt, da steuerte die Krise schnell ihrem Höhepunkt entgegen. Die Auslegung der Vertragsbestimmungen über den Einsatzort der preußischen Streitkräfte, die drohende Übervorteilung Preußens in der polnischen Frage, die auf die Territorien der Monarchie übergreifende nationalpolnische Erhebung, der unaufhörliche Druck an den Fronten, die Ansprüche der Österreicher und die ständige Einmischung der Engländer in Möllendorffs strategische Maßnahmen und die Bitte des letzteren vom 5. Juli, ihm Verhandlungen über den Austausch der Kriegsgefangenen zu gestatten, all dieses führte dazu, daß die Berliner Friedenspartei viel kompromißloser als etwa Görtz und Hardenberg nach einem Ausscheiden aus dem Kriege suchte. Hier ward kaum noch unterschieden zwischen einem Sonderfrieden und einem Frieden, der das Reich oder die übrigen Verbündeten mit umfaßte. Finckenstein, Struensee, Alvensleben, die Mitglieder des Generaldirektoriums stimmten hierin weitgehend überein. Prinz Heinrich, der schon seit Jahr und Tag für den Frieden eingetreten war, erhob nachdrücklich die Forderung, doch wenigstens jetzt, nach dem französischen Siege von Fleurus (26. 6. 1794), den Kampf aufzugeben. Er vertrat die Ansicht, daß derjenige den größten Vorteil habe, der als erster den Frieden unterzeichne, denn wer als letzter hernach dazu gezwungen werde, werde auch der Betrogene sein [78].

Dann hatte vor allem auch Lucchesini als Repräsentant der Friedenspartei zu gelten. Zwar nicht selber Mitglied des Ministeriums, aber in außenpolitischen Fragen von nicht zu unterschätzendem Einfluß, hat er als Gesandter in Wien Mißtrauen und Argwohn gesät und alles getan, der Allianz ein Ende zu machen. Er verstand am besten, den König für die Vorgänge in Polen zu interessieren,

---

II, 141 f. – Wie stark der Wunsch nach Verständigung im Bürgertum lebendig war, zeigen ungezählte Beispiele. (Vgl. Sorel, Rev. hist., V, 277; Heigel, II, 150.) In Berlin, Kassel, Gotha etc. wurden die französischen Kriegsgefangenen aufs beste aufgenommen. Die Äußerungen der Sympathie für sie waren in allen Volksschichten, vor allem beim Heer, ohne Zahl.

[78] Krauel, a. a. O., 58, 63, 67.

und jetzt war auch er ein Mann des Friedens mit Frankreich, und mit ihm seufzten Werder, Blumenthal und andere mehr nach dem gleichen Ziel. Daß Haugwitz ihnen nur zögernd folgte, darf bei seinem Verlangen, sich die Gunst des Monarchen zu erhalten, nicht überraschen. Als dann aber Möllendorff Ende Juli noch einmal die Einleitung von Sonderfriedensverhandlungen empfahl, schloß auch er sich den Ansichten seiner Kollegen weitgehend an [79]. Auf Grund der verzweifelten Berichte Möllendorffs schlug das Ministerium am 28. Juli vor, Hardenberg mit der Sondierung eines streng geheim auszuhandelnden Waffenstillstandes oder gar eines Friedens zu beauftragen und den Seemächten und Sachsen-Teschen zu erklären, «daß man die gegenwärtige Lage so bedenklich, besonders aber die von allen kriegführenden Mächten angewandten und noch anzuwendenden Verteidigungsmittel so unzulänglich finde, daß man dafür halte, an ein Abkommen mit Frankreich zu denken». Aber weder durch diesen Antrag noch durch Haugwitz, der seinerseits am 30. Juli noch einmal dringend darum bat, doch ja vor Einbruch des Winters dem Krieg ein Ende zu machen, ließ sich der König beeindrucken [80]. Lucchesini ist es vielmehr gewesen, der dem König das erste Zugeständnis entlockte. Als der Marquis nämlich im August um die Wiederherstellung des Friedens bat, lehnte der Monarch das Ansinnen in der zunächst gewünschten Form ab, erlaubte ihm jedoch, in seinem, das heißt in Lucchesinis Namen, und auf eigene Verantwortung gelegentlich von einem Frieden zu reden [81]. Weisungsgemäß teilte Lucchesini dem Feldmarschall mit, daß der König die Einleitung von Friedensverhandlungen abgelehnt habe, entledigte sich aber dieses Auftrages in einer Weise, daß der Befehl, Verhandlungen zu unterlassen und sich nicht fernerhin um politische Fragen zu kümmern, in seiner ursprünglichen Schärfe nicht mehr zu erkennen war. Möllendorff wiederum ignorierte infolgedessen geflissentlich die Anordnung des Königs und betrachtete die bereits erfolgte Entsendung Schmerz' nach Basel fortan als gerechtfertigt, um so mehr, als er aus der Zuschrift des klugen Marquis

---

[79] Haugwitz an Hardenberg, 28. 7. 1794 (Pr. G. St. A.).

[80] Haugwitz schloß sich i. a. der Ansicht des Königs an. Von allen Ministern hatte er das engste Verhältnis zu ihm. Zunächst in aller Stille, dann immer offenkundiger unterstützte er die Friedenspartei (Bailleu, H. Z., 75, S. 238, 242). Nicht zuletzt aus Rücksicht auf den König und unter dem Eindruck der Argumente Hardenbergs lehnte er einen Sonderfrieden ab, warb dann aber um so mehr für einen allgemeinen Frieden. Aber die bestehenden Verträge mit den Seemächten und Österreich, vor allem die Rücksicht auf Rußland hielt er für so verpflichtend, daß er in einem Schreiben an die Ministerkollegen meinte, man werde sich ihnen schlechterdings nicht entziehen können.

[81] Ranke, Hardenberg, I, 221 f.

den Eindruck gewann, als säße auch der Monarch nicht mehr so fest im Sattel der eigenen Überzeugungen [82].

Mehr aber war vom König damals nicht zu erreichen [83]. Als der greise Hertzberg ihn im Juli wiederholt um Anbahnung von Verhandlungen gebeten und sich selbst als Unterhändler angeboten hatte, wies er ihn unmißverständlich ab [84]. Bei der bedrohlichen Lage im Osten war er wohl bereit, sich dem Marsch seiner Armee nach Belgien zu widersetzen, aber von der Koalition sich zu trennen, mit den Königsmördern zu verhandeln, von Wien des Reichsverrats bezichtigt zu werden, das war doch wohl zuviel von ihm verlangt. Kategorisch verbot er seinen Ministern geradezu, an einen Frieden überhaupt ihre Gedanken zu verschwenden, und dem Marquis erklärte er feierlich, daß niemand ihn je werde bewegen können, sich zu entehren, indem er den ersten Friedensschritt tue [85]. Lucchesini freilich ließ sich nicht entmutigen, erreichte er doch, wie wir sahen, daß der König ihm gewisse persönliche Sondierungen erlaubte, ihn vor allem aber nach Wien entsandte, um für das Kriegstheater im Osten jenes bereits erwähnte österreichische Hilfskorps von 20 000 Mann zu verlangen, die Drohung damit verbindend, im Falle der Ablehnung dieses Ersuchens einen gleich großen preußischen Truppenverband vom Rheine abzuberufen.

Trotz dieser merkwürdig klingenden Zugeständnisse war der König noch keineswegs gewonnen. Weder die Ablehnung des erbetenen Hilfskorps durch Thugut noch Lucchesinis Bemerkung, England wolle sich nur um des eigenen Vorteils willen der preußischen Truppen in Belgien bedienen, bewirkten eine Änderung seiner

[82] Ranke, Hardenberg, I, 223 ff.

[83] Auch der jüdische Kommissionsrat Ephraim aus Berlin, der nach Haugwitz' Angaben mit Möllendorff und Bischoffwerder im Bunde stand, hatte dem König am 1. 8. seine Ratschläge erteilt und «wegen der Unwiderstehlichkeit der französischen Waffen» um einen Frieden gebeten. Der König lehnte ab und fragte bei ihm an, was ihn denn bewogen habe, sich zum Richter über das politische Verhalten seines Königs zu erheben?! Im übrigen bemerkte er dazu, daß wohl Hertzberg «diesen politischen Hebräer» hierzu angestiftet habe. (Bailleu, Preuß. Wille, 346, Anm. 6; Heigel, II, 145).

[84] Lucchesini an den König, 10. 8. 1794 (Pr. G. St. A.). Posselt, Anhang, 38; Heigel, II, 145; Krauel, Prinz Heinrich, 65. Schon Anfang 1794 erklärte er, daß er als alter Minister berufen sei, dem König die Wahrheit zu sagen und die Rettungsmittel zu nennen, die die derzeitigen Minister nicht zu nennen wagten. Es sei notwendig, die Republik anzuerkennen und eine allgemeine Pazifikation unter preußischer Vermittlung einzuleiten. Die Fortsetzung des Krieges hielt er für aussichtslos. Die Franzosen, meinte er, würden doch nur nach Holland und in die rechtsrheinischen Gebiete Deutschlands einfallen.

[85] Häusser, I, 575; Ranke, I, 179; Sorel, Rev. hist., V, 290. Lucchesini an Möllendorff, 14. 8. 1794 (Pr. G. St. A.).

Ansichten[86]. Selbst die drastischen Hinweise Struensees und Blumenthals auf die Finanzlage des Staates und die bösen Nachrichten aus Polen, die ein enges Zusammenwirken der beiden Kaiserhöfe unschwer erkennen ließen, erschütterten den König zunächst nicht. Er lebte der Hoffnung, daß die Last im Westen zu tragen sei, sobald im Osten das Ärgste überwunden war. Nur unter dem Druck härtester Tatsachen hat der König dann den an ihn herangetragenen Gedankengängen gewissen Raum gegeben. Die Rückschläge und Entbehrungen seines Heeres in den halbbarbarischen Landstrichen des Ostens und die Aufgabe der mit so großen Hoffnungen begonnenen Belagerung von Warschau setzten seiner persönlichen Widerstandskraft heftig zu. Sein Antlitz war gezeichnet von den Spuren des Leidens, und vermutlich hat damals ihn die Krankheit befallen, der er eines Tages erliegen sollte. In dieser trüben Stimmung auf der Rückreise von Warschau nach Berlin immer wieder den Einwirkungen des ihn begleitenden Lucchesini ausgesetzt, hat es Augenblicke gegeben, wo er willens schien, sich ganz der Friedenspartei anzuvertrauen [87]. Dann aber hat er sich ebensooft in stolzem Aufbegehren gegen die Friedensschalmeien mit männlichem Trotz gewandt, und kaum hatte er den Boden seiner Monarchie wieder betreten, als er alle Depressionen augenblicklich überwand und einem Waffenstillstand oder gar einem Frieden so fern stand wie nur je. Als das Oberkriegskollegium die bis Ende 1794 erforderlichen Kriegskosten auf annähernd 6 Millionen Taler bezifferte und der König auf Grund der Berichte Struensees eine Möglichkeit sah, diese Gelder rechtzeitig zu beschaffen, waren seine Bedenken geschwunden [88], und kurzerhand verfügte er die Instandsetzung der

---

[86] Lucchesinis Berichte aus Wien vom 22. und 25. 8. 1795 (Herrmann, Diplomat. Korresp., 501 f.). Vgl. auch O. Criste, Erzherzog Karl von Österreich, I, 156 f.; Schick, 138; Vivenot, Sachsen-Teschen, II, 1, 626; Bailleu, H. Z., 75, S. 247. Siehe auch Caesar an den König, 30. 6. 1794 (Pr. G. St. A.).

[87] Über die Stimmung des Königs beim Rückzug von Warschau, s. auch Lucchesinis Brief an seine Frau, 6. 9. 1794 (Pr. G. St. A.).

[88] In einer Audienz vom 27. 9. bereits mündlich vorgetragen, legte Struensee tags darauf die Finanzlage noch einmal ausführlich dar (Pr. G. St. A.).

Bestand aus den engl. Subsidien	4 000 000 Taler
an Subsidien waren noch lt. Vertrag bis Ende Dezember zu erwarten	3 700 000 Taler
der Dispositionskasse war zu entnehmen	1 000 000 Taler
durch Ausprägung von Groschen und Kreuzergeld hoffte Struensee zu erhalten	2 000 000 Taler
an Einkünften aus der Akzise waren zu erwarten	300 000 Taler
	11 000 000 Taler

Er fragte, ob von dieser Summe etwas für die nächste Kampagne übrigbliebe. Die Ausgaben für den Schuldendienst, Zinszahlungen, Rückzahlungen ge-

Magazine für den Feldzug des nächsten Jahres [89]. Auch Hohenlohes Sieg bei Kaiserslautern und die Hoffnung auf ein wieder besseres Zusammenwirken mit Sachsen-Teschen gaben in Zusammenhang mit den Zielen der Wilhelmsbader Konferenz [90] seiner Kriegslust

---

liehener Gelder etc. bezifferte er auf 1,7 Mill. Taler. Die nächste Kampagne im Westen stellte Struensee schon gar nicht mehr in Rechnung, «weil Ew. Kgl. Maj. mir allergnädigst versichert haben, daß in Ermangelung englischer Subsidien keine Campagne daselbst statt hätte». Am 5. Oktober legte das Kriegskollegium den Nachweis der bis Ende 1794 etwa erforderlichen Kriegs- und Unterhaltungskosten der Rhein- und Südpreußenarmee unter Zugrundelegung der bisherigen durchschnittlichen Ausgaben vor. Das Kollegium hoffte, mit 5,8 Mill. Talern auszukommen. Im einzelnen war vorgesehen:

für die Rheinarmee außer dem in österr. Verpflegung befindlichen Korps von 20 000 Mann	2,6	Mill. Taler
für die Südpreußenarmee	1,975	Mill. Taler
an Mobilmachungskosten	0,2	Mill. Taler
übrige Kosten (Verschanzungen, Befestigungen, Fourage, Pulver- und Naturalientransporte, Versorgung der Depots im Lande und beim Durchmarsch durch fremde Territorien)	1,0	Mill. Taler
Summe der für die 3 restlichen Monate erforderlichen Gelder	5,8	Mill. Taler

Am 7. Oktober sandte der König dem Minister den Nachweis mit dem Bemerken zurück, daß der Etat für die künftige Kampagne wohl noch nicht festgesetzt werden könne; er fügte indes hinzu: «Doch werdet Ihr aus gedachter Nachweisung ersehen, daß zu dem Behuf von dem in Eurem Bericht vom 28. vorigen Monats nachgewiesenen Fond an noch eine ansehnliche Summe übrig bleiben wird» (Pr. G. St. A.).

[89] Bailleu, H. Z., 75, 250; Manstein schränkte diese mit Mühe auf Januar und Februar ein.

[90] Vivenot, Sachsen-Teschen, I, 158; Häusser, I, 530. Markgraf Karl Friedrich v. Baden versuchte mit Unterstützung des Landgrafen Wilhelm v. Hessen-Kassel durch freien Zusammenschluß der mittleren und kleineren Stände zu einem Fürstenbund die allgemeine Not zu wenden, durch die Einberufung eines Fürstenkongresses alle Kräfte zu mobilisieren, den Geist des Widerstandes zu heben und im engsten Einvernehmen mit dem Kaiser die Gefahr im Westen zu bannen. (Vivenot, Sachsen-Teschen, I, 346; Erdmannsdörffer, Polit. Korresp., II., S. XXII ff.; Hopf, Die Wilhelmsbader Konferenz.) Als der Kongreß dann am 27. September 1794 in Wilhelmsbad bei Hanau zusammentrat, fehlten viele der eingeladenen Fürsten, wie z. B. die Landesherren von Württemberg und Darmstadt. Die entscheidende Frage – Beschaffung der militärischen Mittel, um den Krieg bis zu einem ehrenvollen Frieden fortzusetzen – konnte in den bis zum 2. Oktober sich hinziehenden Besprechungen trotz Hardenbergs lebhafter Anteilnahme nicht gelöst werden. (Hopf, 23; Erdmannsdörffer, II, 25, 197, 205.) Die Stellungnahme der mittleren und kleineren Stände war uneinheitlich. Der Kaiser hätte vielleicht einen Fürstenkongreß unter seiner eigenen Leitung gebilligt, aber für das Phantom eines in sich selbst ruhenden Fürstenbundes unseligen Angedenkens war er nicht zu haben. Sein Hinweis, auf die so bewährte Kreisassoziation zurückzugreifen, bedeutete eine kaum verhüllte Ablehnung. Preußen fand zwar freundliche Worte, lehnte aber wie Bayern und Sachsen den Beitritt zu dem geplanten Bunde ab. (Häberlins Staatsarchiv, I, 216; Hassel, Das Verhältnis Kursachsens zu den Prämiliarien

erneut einen Auftrieb. Insgesamt darf gesagt werden, daß der König Ende September/Anfang Oktober jedenfalls noch nicht bereit war, aus der österreichischen Verweigerung eines Hilfskorps wie aus der allgemeinen Lage seines Staates die allenthalben erwarteten Folgerungen zu ziehen. Im Gegenteil: als Blumenthal, der Verwalter des Staatsschatzes, unter Hinweis auf die eventuell ausbleibenden restlichen 3,7 Millionen Subsidien, auf die eingetretene Mißernte, auf die Schwierigkeiten in der Heeresverpflegung und auf die allgemeine Kriegsunlust am 2. Oktober noch einmal um die Wiederherstellung des Friedens bat, fand er beim Monarchen nicht den geringsten Widerhall [91].

Da trat der Augenblick ein, den viele schon lange kommen sahen. Auf den Staatssekretär Grenville dürfte wohl in erster Linie zurückzuführen sein, daß Pitt unter Berufung auf die ungenügende Erfüllung der Haager Verpflichtungen durch Möllendorff den Vertrag als gebrochen betrachtete und die bevorstehende Einstellung der Subsidienzahlungen bekanntgab [92]. Als Malmesbury am 11. Oktober in Frankfurt eine diesbezügliche Note überreichte und dabei die Hoffnung aussprach, daß die enge Verbindung mit Preußen doch noch wiederhergestellt werden möchte, wies Hardenberg, wenn vielleicht auch persönlich mit sehr gemischten Gefühlen, darauf hin,

---

des Baseler Friedens, N. A. f. sächs. Gesch. u. Altertumskunde, 12, 210 f.; Strippelmann, Die Stellung des Landgrafen Wilhelms IX. gegenüber der frz. Revol., 1887.) Damit war das «Strohfeuer deutscher Vaterlandsliebe» (Vivenot) abgebrannt. Die große Politik der kleinen Stände war gescheitert. Als dann im Oktober Kurmainz mit seinem Friedensantrag hervortrat, sank das Kartenhaus ihrer Hoffnungen ganz zusammen. Der Hochstimmung folgte die Depression. Über das Ende dieser Episode vgl. Erdmannsdörffer, II, S. XXII ff., 174 ff.; 199 ff., 259. Der Landgraf von Hessen-Kassel, der die Pläne so mutig mitgetragen hatte, sollte als erster dem preußischen Beispiel folgen und Frieden schließen. Vgl. auch Frankenstein, 180 ff.

[91] Ohne Geld sei ein Krieg nicht möglich, erklärte er; fehle die Löhnung, so sei zu befürchten, daß der Mann die Fahne verlasse. Er wiederhole, was er bereits am 26. Juli mit Struensee dem König vorgetragen, daß nämlich mit den Subsidien der Krieg nur bis Dezember fortgesetzt werden könne. Andere Gelder seien nicht zu beschaffen. Er sehe daher keine Möglichkeit mehr, den Krieg energisch fortzusetzen. Auch Möllendorff, so fügte er hinzu, habe ihn am 26. September aufgefordert, dem König die wahre Lage der Dinge vorzustellen.

[92] Ranke, Hardenberg, I, 167, 229 f.; Ernstberger, 96; Vivenot, Sachsen-Teschen, I, 366; Die Wirkung der Zahlungseinstellung kam den Engländern unerwartet. Am 23. Oktober erschien ein englischer Offizier in Yorks Auftrag bei Möllendorff, um diesen zu bewegen, die Verteidigung des Rheins bis in den Raum von Bonn zu übernehmen. Malmesbury und de Kinkel sollten dann für ihre Regierung den Haager Traktat als erfüllt ansehen. (Vgl. auch Hardenberg an den König, 23. und 26. 10. 1794, an Malmesbury und de Kinkel, 25. 10. 1794, Pr. G. St. A.)

daß preußischerseits alles versucht worden sei, sich zu einigen, daß aber die Zahlungseinstellung eine gänzlich neue Lage schaffe und der König nun seinerseits den Vertrag als gebrochen ansehen müsse.

Fast gleichzeitig traf in Berlin eine zweite, deprimierende Kunde ein: am 6. Oktober erfuhr man von der in Südpreußen erlittenen Niederlage eines Korps, von dem Verlust Brombergs, von der Bedrohung der Städte Danzig und Graudenz. Bis nach Frankfurt wälzte sich die Welle der Furcht und des Schreckens. Selbst die Berliner Garnison wurde schon für Abwehrmaßnahmen bereit gehalten [93].

Diese schwierige Lage des Staates kam den Friedensfreunden recht gelegen. Jetzt malte Struensee die Lage der Finanzen erst recht in den düstersten Farben und legte dar, wie weit die Steuern und infolge des französischen Vordringens an den Rhein auch die Zölle und sonstigen Einkünfte zurückgegangen waren. Bis jetzt hatte der König im Vertrauen auf das pünktliche Eintreffen der Subsidien den Hinweisen auf die Finanznot immer nur eine geringe Beachtung geschenkt. Jetzt aber verband sich in ihm, der erst Ende September krank und in gedrückter Stimmung aus Polen zurückgekehrt war, die nüchterne Erkenntnis der finanziellen Ohnmacht seines Staatswesens mit dem Gefühl, in seinen patriotischen Empfindungen verkannt und von den Engländern auch dadurch beleidigt zu sein, daß diese ihm Vorhaltungen über geheime Verhandlungen mit Frankreich andeuteten [94]. Dabei blieb Struensee mit seiner Feststellung, Preußen brauche Ruhe im Westen und Friede im Osten, keineswegs allein. Bischoffwerder, erst jüngst wieder in die unmittelbare Nähe des Thrones getreten, bat darum, sich nicht länger den Anträgen der Friedensfreunde zu verschließen, und in einem Immediatbericht vom 7. Oktober erinnerte Woellner daran, daß er schon vor dem ersten Feldzug ihn auf den Knien liegend beschworen habe, vom Kriege abzulassen, daß er dann, als der Kampf tatsächlich ausgebrochen, ihn, seinen Herrn, bestürmt habe, das Ringen wieder aufzugeben [95]. Nun erscheine er zum dritten Male vor dem Throne, um ihm das gleiche Anliegen vorzutragen. Nur ein schneller Entschluß könne Rettung bringen. Auch der Große Kurfürst habe den Kampfplatz im Westen verlassen, um in der Mark gegen die Schweden die Interessen seines Hauses zu verteidigen. Noch sei es nicht zu spät. Das Land werde wieder aufleben

---

[93] Bailleu, Preuß. Wille, 116; H. Z., 75, 250; Krauel, Prinz Heinrich, 71.

[94] Bailleu, Preuß. Wille, 117.

[95] Bailleu, Preuß. Wille, 117; H. Z., 75, 251 f.; H. Z., 71, 456; Sybel, III, 215; Vivenot-Zeißberg, Quellen, IV, 454; Woellner an den König, 7. 10. 1794 (H. Z., 62, 285 f.).

und die Rheinarmee in Freuden ausbrechen, sobald der Befehl sie erreiche, in die Heimat zurückzumarschieren. Rücksichten auf die Alliierten dürfe es in dieser ernsten Stunde nicht geben, wo Holland nicht mehr zu retten und von England nichts mehr zu erhoffen sei.

Zur gleichen Zeit unternahm auch das Kabinettsministerium einen Vorstoß: Finckenstein, Haugwitz und der immer mehr hervortretende Alvensleben beantragten am 7. Oktober, den Engländern amtlich zu erklären, daß Preußen seine Armee zum Zwecke der Selbstverteidigung zurückziehe. Der Augenblick sei günstig. Der Sieg von Kaiserslautern habe den Weg für einen ungefährlichen Rückzug freigemacht und den eigenen Kriegsruhm aufs neue bestätigt. Das machte Eindruck auf den König. Als die Minister ihm vorstellten, wie sehr die Haltung der Engländer doch seinen preußischen Stolz beleidigen müßte, erreichten sie, was sie gewollt hatten: der König erklärte sich mit der vorgeschlagenen Manifestation einverstanden. Preußen kündigte damit also seinerseits den Vertrag auf, und am 8. Oktober wurde Möllendorff ermächtigt, nach dem Zurückweichen der Österreicher selber über den Rhein zurückzugehen [96]. Es wurde ihm bedeutet, alle weiteren Verluste zu vermeiden, die Armee zu schonen und das Korps Hohenlohe sobald wie möglich nach Südpreußen in Marsch zu setzen. Als die Minister am 9. Oktober noch einmal vom König empfangen wurden, erreichten sie unter nochmaliger Betonung des definitiven Charakters der Pittschen Erklärung und des unaufhaltsamen Geländeverlustes der Österreicher, daß der König den an Möllendorff bereits ergangenen Befehl in noch entschiedeneren Worten am 11. Oktober wiederholte. Die Insolenz der Herren Engländer, so hieß es jetzt, beschuldige ihn, den König, mit den Franzosen zu traktieren, während er zugleich ihre Subsidien annehme. Dieser Umstand und die Tatsache, daß Österreich das erbetene Hilfskorps nach wie vor verweigere, zwängen ihn, den Traktat aufzuheben und sein Heer vom Rhein zurückzuberufen, worüber dem Feldmarschall hiermit der offizielle Befehl zugehe. Dieser Weisung, in der zugleich die Order wiederholt wurde, das Korps Hohenlohe ungesäumt aufbrechen zu lassen, fügte der König noch mit eigener Hand folgende Bemerkung an: «Ne sachant pas si Vous vous trouvez déjà sur la rive droite, je Vous prie d'agir avec ménagement.» Dieser Passus war nicht unbedeutend. Er gab dem Feldmarschall eine weitgehende Handlungsfreiheit. Was hieß überhaupt das Wort «ménagement»? Der Oberst v. Manstein hat es in einem gleichzeitigem Brief an Möllendorff erläutert: «sich langsam über den Rhein zu ziehen, damit die Ehre

[96] Bailleu, H. Z., 75, 253; Heigel, II, 147; Sommermeyer, 80.

der Armee nicht leidet.» Der Befehl lag bei Möllendorff in den besten Händen [97]. Jetzt hatte er es doch schriftlich, nämlich jedes ernste Gefecht zu vermeiden und nicht unnützerweise Leute zu opfern. Passivität hieß nun für ihn das Richtwort des Tages. Die zunächst noch beabsichtigte Schlacht an der Selz verweigerte er nun, und am 22. Oktober überschritt die preußische Armee bei Mainz den Rhein. Nun galt es, die westfälischen Territorien zu decken und Teile der Streitkräfte nach dem Osten zu schicken.

Es wird nie restlos zu klären sein, wer den letzten Anstoß zu dem Rückzugsbefehl gegeben hat. Seit der Veröffentlichung zweier Briefe Alexander von Humboldts an Hardenberg spricht manches dafür, in Bischoffwerder den Urheber dieses wichtigen Zugeständnisses an die Friedenspartei zu erblicken [98]. Alexander von Humboldt, nach 1791 mit der Organisation des Bergwesens in den fränkischen Fürstentümern betraut, wurde von Hardenberg wiederholt zur Erledigung diplomatischer Aufträge herangezogen. Gelegentlich einer solchen Entsendung in das Hauptquartier Möllendorffs war er auch mit Meyerinck zusammengetroffen. Auf dessen Bitte, sich beim König für ein baldiges Kriegsende einzusetzen, habe, wie Meyerinck Alexander von Humboldt erklärte und dieser es in seinem Briefe an Hardenberg darstellt, Bischoffwerder dem Major geantwortet, daß er es in erster Linie gewesen sei, der den Befehl zum Rückzug auf die rechte Rheinseite erwirkt habe. Die Impertinenz der Engländer habe nach Bischoffwerders Worten den König gezwungen, unerachtet des Haager Vertrages die Truppen zurückzuziehen. «Je crois avoir mérité par là le nom d'un bon patriote – diese Stelle zitiert Humboldt aus Bischoffwerders Brief – et si cette démarche s'était fait il y a huit mois, tous ces mauvais plans de Pologne mal dressés et mal exécutés encore, n'auraient pas eu lieu.» Es mag dahingestellt bleiben, wie weit diese Darstellung zutrifft. Ausgeschlossen erscheint diese Version sicher nicht, soviel Vorbehalte man vielleicht auch gegen die Glaubwürdigkeit dieses Günstlings anmelden möchte.

Der Befehl zum Rückzug ist dem Monarchen sehr schwer gefallen. Haugwitz beteuert, daß er ihn niemals gegeben hätte, wenn

---

[97] Am 19. Oktober teilte Möllendorff Sachsen-Teschen mit, er habe Befehl, über den Rhein zurückzugehen und Hohenlohe nach Südpreußen zu entsenden. (Vivenot, Sachsen-Teschen, I, 283) Am 22. Oktober ließ er ihn wissen, daß er nach dem Abmarsch Hohenlohes nur noch über 40 000 Mann verfüge, über deren Verwendung er königliche Befehle abwarten müsse. (Vivenot, a. a. O., I, 302) Vgl. auch P. Hassel, a. a. O., 198.

[98] Humboldts Briefe an Hardenberg vom 15. und 17. Oktober 1794, s. H. Z., 71, 456 ff.

nicht die Einstellung der Subsidienzahlungen erfolgt wäre [99]. Grollend schob der König England die Verantwortung für alle Folgen zu. Am 22. Oktober erging eine von Haugwitz entworfene Weisung an Hardenberg, falls Malmesbury zu neuen Besprechungen nach Berlin zu kommen wünsche, ihm die Aussichtslosigkeit seiner Reise zu verstehen zu geben, solange nicht die rückständigen Subsidien bezahlt seien. Wie Haugwitz auf das bestimmteste erklärte, werde Preußen von dieser conditio sine qua non nicht abweichen. Die Weisung mochte entschieden klingen, aber im Grunde drückte sie doch mehr den Standpunkt der Minister als den des Königs aus. Denn dieser hatte sich mit jenem denkwürdigen Befehl immer noch nicht in die Hände der Friedenspartei begeben. In ihm blieb auch jetzt noch insgeheim der Gedanke lebendig, trotz aller Enttäuschungen den alten Bündnisverträgen nicht vollends zu entsagen. Es ist erstaunlich, wie lange der Monarch gegenüber dem allseitigen Drängen die Selbständigkeit seiner Entscheidungen hat aufrechterhalten können. Der Mainzer Friedensantrag hat, soweit zu erkennen ist, ihn überhaupt nicht berührt [100]. Vieles deutet darauf hin, daß er, so entrüstet er auch über die englische Haltung war, den besagten Befehl in einem Augenblick körperlicher Schwäche – er wurde damals von schweren Magenkrämpfen heimgesucht – erteilt und schon bald darauf das Gefühl hatte, zu weit gegangen zu sein. Viel mehr als in seinen Ministern lebte und webte in ihm das Bewußtsein, daß die Individualität seines Staates am ehesten in enger Verbindung mit dem größeren Reiche gewährleistet sei. Als Alvensleben Mitte Oktober ihm in einer umfassenden Denkschrift noch einmal die Unmöglichkeit einer Fortsetzung des Krieges darlegte, reichte ihm der König das Manuskript mit unverhohlenem Unwillen zurück [101]. Noch immer war er des Glaubens, daß seine Pflicht gegen das Reich und Europa ihm verboten, den ersten Schritt zu tun. Er verschmähte es, seinen Namen für Verhandlun-

[99] Haugwitz an Hardenberg, 22. 10. 1794 (Pr. G. St. A.).

[100] Die Beschlußfassung über das Quintuplum (13. X. 1794), zweifellos zunächst ein Erfolg Thugutscher Kriegspolitik, wurde durch den Schritt des Mainzer Kurfürsten gehörig gelähmt. Wenn auch die offizielle preußische Politik nicht von dem verhältnismäßig selbständig durchgeführten Schritt Erthals unterrichtet gewesen sein mag (Erdmannsdörffer, II., S. XXVI f.; Vivenot, Sachsen-Teschen, II, 1, 154), so ist doch die Einwirkung der preußischen Friedenspartei im ganzen als sicher anzunehmen (vgl. auch Schick, 138 ff.), wobei nicht gesagt sein soll, daß Mainz ohne diese Sekundantendienste sich nicht dazu entschlossen hätte. Die Reserve des amtlichen preußischen Vertreters in Regensburg (Schick, 141) ist hier von untergeordneter Bedeutung. Vgl. neben den Arbeiten von Braubach, Erdmannsdörffer, Ernstberger, Vivenot vor allem Schick.

[101] Heigel, II, 147.

gen mit dem Konvent mißbrauchen zu lassen. Wäre England zu einem Einlenken bereit gewesen und hätte es in Berlin einen mit Vollmachten versehenen, geschickten Diplomaten zur Verfügung gehabt, der Monarch wäre in dieser Stunde, als er Alvensleben abwies (20. Oktober), zu einem neuen Zusammengehen bereit gewesen, zumal die Kunde von Kosziuskos Niederlage bei Macieiowice (10. Oktober) das Ende des polnischen Aufstandes in greifbare Nähe zu rücken schien. An der doppelten Bürde, als König von Preußen *und* als Reichsfürst zu handeln, hat Friedrich Wilhelm in jenen Oktobertagen schwer getragen. Minister und Generale konnten ihn mit Denkschriften bestürmen, aber die Verantwortung tragen und entscheiden konnte nur er. Dieser Entscheidung ist er nicht ausgewichen. Da sollte es freilich von geschichtlicher Bedeutung sein, daß die Seemächte die Möglichkeit verkannten, durch vorbehaltlose Gewährung der vereinbarten Gelder dem König einen Entschluß zu erleichtern, der vielleicht eine völlige Wendung der politisch-militärischen Situation bedeutet hätte. Denn noch verfügte Preußen über eine kampfstarke Armee. Wie die Verhältnisse aber lagen, hatte der Kreis um Alvensleben alle Möglichkeiten, die Gegensätze zu den Seemächten zu verschärfen, und diese wiederum versäumten die Stunde, die der Erneuerung des Bündnisses hätte günstig sein können.

Der Entschluß des Königs, Verhandlungen mit den Franzosen aufzunehmen, knüpft sich an die Namen Struensees, Möllendorffs und des Prinzen Heinrich. Als Leiter des Zoll- und Akzisewesens von großem Einfluß auf die Finanzpolitik, hatte Struensee, auch darin ein echter Zögling der Berliner Aufklärung, diesen Krieg stets verschmäht und war mehr und mehr für den Gedanken eines Separatfriedens gewonnen worden. Sein Versagen in der Geldbeschaffung der Jahre 1793/94 dürfte nicht zuletzt auf diese seine Gesamteinstellung zurückzuführen sein. Bis zum Ende des Haushaltsjahres 1794 hatte Preußen etwa 10 Millionen Taler entliehen, die jährlich rund eine halbe Million Zinsen verlangten, zu deren Tilgung aber ein Fonds nicht vorhanden war. Eine Kabinettsorder vom 9. Juni, die Ausgaben einzuschränken, brachte keine spürbare Entlastung. Am 26. Juli gaben Blumenthal und Struensee unumwunden zu, daß, wenn im Herbst kein Friede zustandekäme, weitere Geldquellen nicht mehr zu erschließen seien. Die soeben eingetroffenen Subsidien waren schon größtenteils zur Deckung bereits geleisteter Vorschüsse verwendet worden, so daß die Minister schlechterdings außerstande waren, die von dem General von Geusau für die Kriegsführung veranschlagten zwei Millionen Taler pro Monat zu beschaffen. Da Struensee sich auch in Holland, Italien und im

Reich vergebens um Geld bemühte, konnte er nicht anders, als dem König den Zusammenbruch seiner Politik der Kriegsfinanzierung einzugestehen und ihn um einen schnellen Frieden zu bitten [102]. Der König gab indes nicht einmal auf eine zweite Eingabe seines Ministers nach, sondern befahl am 14. Oktober die Bildung einer Finanzkommission, welche die erforderlichen Maßnahmen zu beraten und alsbald entsprechende Vorschläge zu unterbreiten hatte. Außer Struensee und Alvensleben gehörten diesem Gremium noch an: Werder vom Generaldirektorium, Goldbeck vom Justizdepartement und Geusau von der Militärverwaltung [103].

Ein Weg aus der Not war von diesen Durchschnittsnaturen ohne schöpferische Phantasie nicht zu erwarten. Dazu fehlte ihnen der Wille zur Bündnistreue und die Vorurteilslosigkeit der großen Reformer, um dem König eine Reorganisation des gesamten Staatswesens zu empfehlen. Sie alle gehörten zu den konsequentesten Wortführern der Friedenspartei, und der Bericht, den sie am 26. Oktober erstatteten, lautete dann auch so, wie jeder Einsichtige befürchtet hatte [104]. Schon die Finanzierung des letzten Feldzuges war schwierig gewesen. Seitdem aber hatte sich die Lage weiter verschärft. Der Außenhandel lag darnieder, die Zinsfüße waren gestiegen, die Zollerträge gesunken, die Domänenpachten nur schleppend eingegangen. Der polnische Aufstand hatte den Verkehr gelähmt, Städte und Siedlungen zertrümmert, einen bescheidenen Wohlstand vernichtet. Ganz Südpreußen war beispielsweise nur

---

[102] Philippson, Geschichte des preußischen Staatswesens, II, 104 f.

[103] Struensee an den König, 13. 10. 1794 (Pr. G. St. A.). Die Randbemerkung des Königs nominiert bereits die Mitglieder der Kommission. Siehe auch Friedr. Wilh. an dieselben, 14. 10. 1794; an Struensee ohne Datum, vermutlich vom gleichen Tage. Am 16. Oktober meldete die Kommission ihren Zusammentritt. (Pr. G. St. A.)

[104] Berichte der Kommission an den König vom 18. und 26. Oktober (Pr. G. St. A.); Heigel, II, 147; Engels, 17; Bailleu, H. Z., 75, 261. Die Einstellung der Subsidienzahlungen bedeute bis Jahresende den Ausfall von 3,7 Mill. Talern. Das Oberkriegskollegium verlangte für die Operationen am Rhein, in Polen und in Südpreußen bis zum Jahresende 5,8 Mill. Taler. Vorhanden waren:

1. von allen Struensee angewiesenen Geldern (in Piastern, Friedrichsdors, Courant, i. Tresor, i. d. Seehandlung) noch	2,6 Mill.
2. aus der Kasse des Ob. Kriegskolleg. noch verfügbar.....	2,0 Mill.
3. aus kaufmänn. und sonstigen Münzoperationen versprach man sich für die fragliche Zeit	0,2 Mill.
	4,8 Mill.

Es fehlte also bis Jahresende 1 Million Taler. Für das kommende Jahr war dann noch nichts vorhanden. Die Gelder, die vielleicht noch bei Willemer & Co. in Frankfurt eingingen, wurden von Geusau und Struensee auf 500 000 Taler geschätzt.

noch in der Lage, 130 000 Taler im Finanzjahr 1794/95 an die Dispositionskasse abzuführen. Ähnlich trostlos war es in den übrigen Provinzen.

Dieser Tatsachen muß man eingedenk sein, will man die Möglichkeiten richtig einschätzen, die sich der Kommission boten. Schon in den ersten Beratungen stießen die Gegensätze hart aufeinander, so einig man im Prinzip über die Notwendigkeit eines Friedens auch war. Galt Alvensleben als Mann des großgrundbesitzenden privilegierten Adels und der eigensinnigen ständischen Opposition, ein Gegner des selbstbewußt gewordenen Besitzbürgertums, so war Struensee der fortschrittlichere Politiker, für den jene Privilegien nicht mehr unantastbar waren und dessen Gedanken insofern in die Zukunft wiesen, als er eine freiwillige patriotische Kriegssteuer und eine Erhöhung der Grundsteuern vorschlug, wie er denn auch nachdrücklich die Belange der Bauern zu berücksichtigen empfahl. Alvensleben hingegen, vorwiegend von Werder unterstützt, lehnte eine Beschneidung der steuerlichen Sonderrechte des Adels rundweg ab. Er sprach von Schwierigkeiten bei der Aufhebung dieser Privilegien, von Verwirrungen bei Erbteilungen und Lehensabfindungen, von dem Ruin vieler nicht sehr vermögender preußischer Adelsfamilien, sobald man erst einmal den Anfang damit mache. Wenn er aber dann so außerordentliche Maßnahmen vorschlug wie etwa, der Finanzkommission das Recht zu übertragen, alle Besoldungen und Pensionen zu überprüfen, alle außerplanmäßigen Zahlungen zu genehmigen, wenn er daran dachte, in erster Linie Kapitalisten, Bankiers und Pensionäre zu schröpfen, den Kapitalbesitz in Wert- und Pfandbriefen mit einer Stempelsteuer zu belasten, dem König zu empfehlen, in allem erst einmal mit gutem Beispiel voranzugehen, während er für den Adel höchstens freiwillige Beiträge vorsah, so liegt in diesen Vorschlägen, die praktisch auf eine Diktatur der Kommission hinausliefen, soviel Widerspruch, daß ihre Verwirklichung wohl auch von Alvensleben nicht ernstlich erwogen worden ist.

Der grundlegende Bericht, den die Kommission am 26. Oktober dem König vorlegte, mußte angesichts dieser Gegensätze recht düster ausfallen. Man konnte sich weder zur Empfehlung einer allgemeinen direkten Kriegssteuer noch einer Ausgabe von Papiergeld verstehen. Es sei völlig unmöglich, bedeutende Summen aufzubringen. England stehe nicht mehr zur Verfügung; Darlehen in Amsterdam, Frankfurt und anderswo hätten kaum Aussichten mehr; Preußen sei mit seinen Finanzen am Ende. Von der Akzisekasse vielleicht abgesehen, benötigten alle übrigen Kassen selber Zuschüsse, als daß sie der Feldkriegskasse noch Gelder vorstrek-

ken könnten. Die Suspendierung aller Salinen, Pensionszahlungen usw. konnte nach dem Bericht nur geringe Beträge abwerfen und die Einschmelzung aller Gold- und Silbergeräte nur dann ins Gewicht fallen, wenn auch der König sein goldenes und silbernes Tafelservice in die Münze schickte. Bei dieser Lage der Dinge sprach das Gutachten einmal mehr die dringende Bitte aus, je eher je lieber Frieden zu schließen und dem «Lieblingswunsch der Nation», die den französischen Krieg verschmähe, zur Dämpfung der polnischen Unruhen aber noch Lasten auf sich zu nehmen bereit sei, zu willfahren. – Das war alles, was die Kommission dem König zu sagen hatte. Statt einen Ausweg aus der Krise zu weisen, konnte sie nur ein inländisches Darlehen in Scheidemünze und die vermehrte Ausprägung von Groschen und Kreuzern empfehlen und mußte im übrigen die finanzielle Ohnmacht des Staates bescheinigen, die nach ihrer Ansicht nur ein Friede überwinden konnte.

In diesem Augenblick schaltete sich in entscheidender Weise der Prinz Heinrich ein [105]. Zu Friedrich dem Großen, seinem Bruder, hatte er in keinem sonderlich guten Verhältnis gestanden. Friedrich Wilhelm II. hatte ihm bei Hofe zwar manch wohltuende Aufmerksamkeit erwiesen, ihn im ganzen aber doch zu seiner großen Enttäuschung von jeder Einflußnahme auf Staat und Heerwesen ferngehalten. Er gestattete ihm weder den Wiedereintritt in den aktiven Heeresdienst noch ließ er sich in politische Gespräche mit ihm ein. Diese kühle Behandlung hat den Prinzen sehr verbittert. Er hat sich oft darüber beklagt, nur Denkschriften abfassen zu dürfen, ohne an politischen Entscheidungen beteiligt zu werden. Im Gegensatz zu den meisten Kriegsgegnern hat der Prinz oft seine Opposition mit einer Schärfe betont, die die schwersten Konsequenzen für ihn mußten befürchten lassen. In bezug auf ihn, den Nörgler und Besserwisser, meinte einmal eine Tochter des Königs, ganz Rheinsberg sei ein einziger Jakobinerklub; es sei nur zu verwundern, daß der König diese Gesellschaft im Lande noch dulde. Der Herzog von Braunschweig, dem der Prinz sehr verübelte, 1792 das Oberkommando überhaupt übernommen zu haben, nannte in vertraulichen Gesprächen seine Ansichten demokratisch und staatsgefährlich. In der Tat hat er seine Hinneigung zu Frankreich und der Revolution niemals verborgen. Bacher hatte nicht unrecht, wenn er ihn einmal den «geborenen Beschützer aller Franzosen» nannte [106]. Immer wieder hat er versucht, den König für eine Wiederannäherung an Frankreich oder gar für eine Allianz zu gewinnen, und ihm nahe-

[105] Über ihn als Politiker, s. das Werk von Rich. Krauel.

[106] Ähnlich Mirabeau 1786: «Prinz Heinrich ist ein echter Franzose, wird Franzose bleiben und als Franzose sterben.» Siehe auch Ranke, I, 252–257.

gelegt, dem Bunde mit Österreich und den Seemächten zu entsagen. Am 31. Dezember 1792 hatte er in einem ausführlichen Brief an den König auf die Erschöpfung der Finanzen und die Schwächung des Heeres hingewiesen und sich bereit erklärt, mündlich sich noch ausführlicher zu äußern [107]. Die Ablehnung dieser Aussprache hat ihn nicht davon abgehalten, drei Wochen danach um die Beendigung des Krieges zu bitten. Zwar fand er auch jetzt keinen Widerhall, und doch blieb er bei seiner Überzeugung, daß nur ein baldiger Friede die Gefahr vermeiden könnte, die preußischen Anliegen im Osten mit denen im Westen zu verquicken. «Wollte Gott», so schrieb er am 12. September 1794 seinem Bruder Ferdinand, «daß die Franzosen zustimmten, aber ich besorge sehr, daß man ihn ohne große Opfer nicht erlangen wird. Die Rolle Preußens ist zu Ende, ohne Menschen, ohne Geld, mit einem zerrütteten Heer, kommt es mir vor, wie der kranke Löwe in der Fabel, der zuletzt einen Eselstritt erhielt [108].»

Diese Korrespondenz mit dem Bruder ist recht aufschlußreich. Manches in ihr läßt vermuten, daß Heinrich damals in naher Verbindung mit den übrigen Friedensfreunden stand, von ihnen vielleicht sogar vorgeschoben und angeregt wurde, sich beim Monarchen für den Frieden zu verwenden. «Die Friedensgerüchte sind verfrüht», schreibt er am 8. September an Ferdinand, «das geht nicht so schnell; aber wir hätten besser getan, weniger langsam zu sein.» Und am 14. September: «Ich verlange nichts anderes, als verborgen zu bleiben wie der letzte Schreiber, der manchmal mehr arbeitet als die Minister.» Es scheint, als habe Heinrich sich dazu ausersehen, an einer etwaigen diplomatischen Aktion mitzuwirken. Mit Struensee stand er in Verbindung. Nach naheliegenden Vermutungen hat er auch durch seine Freunde in Frankreich die dortigen Friedensneigungen sondieren lassen, insbesondere aber seinen Briefwechsel mit Bacher wieder aufgenommen.

Im Oktober und November 1794 hat der Prinz seine Ansichten in einer Reihe von Denkschriften und Instruktionsentwürfen für einen etwa zu ernennenden Friedensunterhändler niedergelegt [109]. In ihnen kehren immer die gleichen oder doch sehr ähnlichen Gedanken wieder: Preußen muß ein neues Verhältnis zu Frankreich suchen. Er denkt dabei wohl nicht an eine vorschnelle Allianz, wohl aber an eine echte Freundschaft, einen Frieden, einen Austausch der Gefangenen, die Belebung der Handelsbeziehungen und die

---

[107] Krauel, 60, 61, 187, 189.

[108] Krauel, 69.

[109] Bei Ranke noch undatiert (V, 49, 56, 72); zur Datierung s. Sybel, III, 276; Bailleu, Preuß. Wille, 132; Text bei Krauel u. im Pr. G. St. A.

Wiederherstellung diplomatischer Verbindungen; die Allianz mochte eine Frage der Zukunft sein. Er hielt es für ein Gebot der Klugheit, den letzten Taler in der Tasche zu behalten und Frieden zu schließen, um nicht zu einem späteren Zeitpunkt noch ungünstigere Bedingungen eingehen zu müssen. Schon sah er im Geiste Wesel und Ostfriesland verloren und das Heer bis zur Oker zurückgehen, um den Raum von Halberstadt zu decken. Gegenüber einem Kriege auf mitteldeutschem Boden bot ein Friede mit Frankreich nach seiner Ansicht nur zwei Nachteile: die Abtretung der linksrheinischen Besitzungen und die Entzweiung mit Österreich. Das letztere hielt er für nicht sehr schwerwiegend, und im Vergleich zu den territorialen Verschiebungen der letzten Jahrhunderte hielt er auch jene Gebietsabtretung, so schmerzlich sie sein mochte, für erträglich. Denn sie diente dem Frieden, und der war erforderlich, wenn alle strittigen Fragen im Osten bald geklärt werden sollten. Gerade in dem allerseits anerkannten Besitz dieser Ostgebiete sah er die eigentliche Rechtfertigung eines Sonderfriedens. Wenn sich im Anschluß an einen Frieden im Westen auch ein Friede für das Reich und das Haus Oranien vermitteln ließe, so sah er darin wohl eine hochwillkommene Steigerung des preußischen Ansehens, aber im Grunde doch auch nicht mehr als ein zweitrangiges Anliegen der preußischen Staatskunst.

Diese Gedanken bewegten den Prinzen in jenen Oktobertagen. Wenn er sie auch zum Teil erst etwas später niederschrieb, so bebesteht doch kein Zweifel, daß er sie schon des längeren hegte. Zwar entbehren sie zuweilen, worauf wiederholt hingewiesen worden ist, der Geradlinigkeit und Folgerichtigkeit, aber daß der Prinz der Friedenspartei damit wertvolle Fingerzeige bot, ist gewiß und durch vieles bestätigt.

So stand Struensee mit dem Prinzen seit langem in enger Verbindung. Da er zudem neben Haugwitz jetzt auch derjenige war, der am häufigsten mit dem Monarchen zusammentraf, war er auch der geeignetste Mittelsmann zwischen dem Prinzen und seinem Neffen. In der Tat hat Struensee es auf sich genommen, des Prinzen Denkschriften entweder persönlich oder durch Bischoffwerder seinem Herrn zugänglich zu machen. Am 20. Oktober hatte sich Heinrich nach Berlin begeben. Bereits am folgenden Tage suchte er um eine Audienz nach. Sie wurde gewährt und der Prinz am 25. Oktober in Potsdam vom Monarchen empfangen [110]. Vieles deutet darauf hin, daß es die erste Begegnung zwischen beiden Männern seit

[110] Bailleu, Preuß. Wille, 127; Heigel, II, 147 f.; Die Verbindung Struensees mit dem Prinzen bestätigt auch Reuß (Bericht vom 4. 2. 1795, Vivenot, Quellen, V, 97); s. auch Engels, 18; Krauel, 73, Sybel, III, 275.

dem Ausbruch des Krieges war und in ihr zunächst ganz allgemein über die Lage des Staates, dann aber auch über die Notwendigkeit eines Friedens mit Frankreich im besonderen gesprochen wurde. Auch hat es den Anschein, daß der Prinz hier bereits den Generalmajor v. d. Goltz als Unterhändler vorgeschlagen hat. Es darf angenommen werden, daß nach anfänglichem Mißtrauen seitens des Königs die Audienz in bestem Einvernehmen verlief und der Monarch sich den Argumenten seines Onkels nicht mehr zu entziehen vermochte [111]. Die von dem Prinzen offenbar sehr wirkungsvoll geschilderte Lage muß den König wohl stark erschüttert haben. Bereits am nächsten Tage dankte der Prinz seinem Neffen für den freundschaftlichen Empfang in einem Tone, der nicht nur seine tiefe Genugtuung über die Wiederherstellung persönlicher Beziehungen, sondern vor allem auch über das Ergebnis der Unterredung selbst bekundet [112]. Ähnlich muß wohl auch Struensees Brief vom 1. November an den Prinzen verstanden werden, in dem dieser ihm mitteilt, daß der von Heinrich vorgeschlagene Gang der Unterhandlungen vom König gebilligt und der von ihm bezeichnete Diplomat bereits zum Bevollmächtigten ernannt worden sei. «Ew. Kgl. H. haben», so heißt es weiter, «in dieser äußerst delikaten Sache die Bahn gebrochen und zuerst den festen Entschluß bewirkt, dem Krieg am Rhein womöglich ein Ende zu machen [113].» Das war auch die Überzeugung des Prinzen. Er hatte in Sans-Souci den Eindruck gewonnen, daß der König von ihm eine eingehende Denkschrift über die Einleitung der Verhandlungen erwartete. Mit großer Mühe und Umsicht hat er sich dieser Aufgabe bereits am 29. Oktober entledigt [114].

---

[111] Der ziemlich gut unterrichtete Prinz Reuß berichtete noch am 4. 2. 1795 nach Wien von dem wachsenden Einfluß Heinrichs, der den König täglich treffe und von Struensee und Bischoffwerder unterstützt werde. Er fügte jedoch auch eine Bemerkung Haugwitz' gegenüber verschiedenen ausländ. Ministern hinzu, wonach «der König seinem Herrn Oheim nur halbe Konfidenzen mache und seinem Rat zu folgen nur scheine». (Vivenot, Quellen, V, 96-98.)

[112] Von dem Inhalt der Unterredung schreibt der Prinz kein Wort. Nach einem Bericht des sächs. Gesandten Grafen Zinzendorff vom 27. 10. war sie nur von kurzer Dauer: der Prinz habe den König nur wenige Minuten ohne Zeugen vor und nach der Tafel sprechen können und sei noch am gleichen Nachmittag nach Berlin zurückgekehrt.

[113] Engels, 18; Krauel, 77; Bailleu, Preuß. Wille, 374, Anm. 15; Heigel II, 148.

[114] Text bei Krauel, 194 ff.; s. auch Ranke, I, 254; Bailleu, Preuß. Wille, 128; Heigel, II, 147. In der Denkschrift ist die Zusammenkunft in Potsdam nicht erwähnt. Nach Krauel (73, Anm.) war die Denkschrift nicht direkt an den König gerichtet, sondern schon vorher verfaßt worden. Der Prinz habe in kluger Rücksicht auf den Charakter des Königs gehandelt, wenn er es vermied,

Diese Denkschrift, dem König wiederum durch Struensee zugeleitet, drückt die Ansicht aus, daß Preußen keine Verpflichtungen mehr gegen die Verbündeten habe und es für ein unerreichbares Kriegsziel, die Wiedereinsetzung der Bourbonen, umsonst seine Armee und Geldreserven opfere. Es sei also für den Staat, der seine Verträge besser erfüllt habe, als man erwarten durfte, die Stunde gekommen, wo es gelte festzustellen, ob die Republik wirklich den Frieden wolle und Preußen als Vermittler für das Reich und Holland zulasse. Nehme Frankreich an, so erhöhe sich der König automatisch zum natürlichen Schutzherrn des Reiches. Als Unterhändler empfahl er «einen in diplomatischen Geschäften erfahrenen Mann, der gut französisch verstehe, einige Zeit in Frankreich gelebt habe und die Franzosen kenne». Vermutlich meinte er damit den Grafen v. d. Goltz, den langjährigen Gesandten am Versailler Hof, falls er mit dieser Anspielung die Aufmerksamkeit seines Neffen nicht auf sich selbst hat lenken wollen.

Schließlich muß auch noch des Feldmarschalls von Möllendorff gedacht werden. Was war inzwischen im Westen geschehen? Am 13. Oktober war die Order betreffend den Abmarsch aller Truppen nach Ansbach und Westfalen in Möllendorffs Hauptquartier eingetroffen. Die Ausführung dieses Befehls hätte zwar das Ende der preußischen Kampfhandlungen am Rhein bedeutet, zugleich aber auch das Rheinland mit Mainz und Frankfurt dem Zugriff des Feindes ausgesetzt, wenn nicht gleichzeitig ein Waffenstillstand unterzeichnet werden konnte. In klarer Erkenntnis der Tatsache, daß eine so vorbehaltlose Preisgabe des Westens nur zu einem unwürdigen Frieden führen konnte, entschloß sich Möllendorff, seinen Adjutanten von Meyerinck mit einem Schreiben zum König zu schicken, in welchem er bat, die Armee mit Ausnahme des Korps Hohenlohe vorerst am Rhein zu belassen, bis das Reich dieser Truppen nicht mehr bedurfte. Zugleich kündigte er dem Monarchen an, daß der Überbringer des Briefes ihm Eröffnungen zu machen habe, «die er der Feder nicht anvertrauen könne» [115].

Das war am 19. Oktober. Vermutlich ist Meyerinck schon am 24. in Potsdam vom König empfangen worden [116]. In dieser offenbar sehr freundlich verlaufenen Audienz hat Meyerinck die Basler Verhandlungen enthüllt und so dargestellt, als habe Schmerz be-

---

sich auf etwaige politische Äußerungen, die in Sans-Souci gefallen waren, zu beziehen.

[115] Möllendorff an den König, 19. X. 1794 (Pr. G. St. A.), vgl. auch P. Hassel, 205.

[116] Heigel, II, 153; nach Zinzendorffs Bericht (s. Hassel, 205) fand die Audienz erst am 25. statt.

reits die erste Phase gut hinter sich gebracht. Der Major versicherte, daß auch die Franzosen einen Austausch der Gefangenen gewünscht und dafür die Schonung der preußischen Gebiete am Niederrhein in Aussicht gestellt hätten. Vermutlich würde, so fügte er hinzu, die Republik auf weitere Eroberungen verzichten und selbst die Unterwerfung Hollands nicht weiter betreiben, wenn man ihr Belgien dafür zubilligte.

Damit zeichnete sich dem König eine Möglichkeit ab, unter Vermeidung eines Sonderfriedens auf dem Wege über einen preußischen Frieden in Ehren einen allgemeinen Reichsfrieden unter seiner Vermittlung zustandezubringen. Das war in seinen Augen von allem Makel frei und geeignet, sein Ansehen weit über das der übrigen Fürsten zu erhöhen. Entsprechend den Vorschlägen des Feldherrn, blieb er bei dem Abmarsch Hohenlohes, widerrief er aber den Befehl bezüglich des Rückzuges der Hauptarmee. Möllendorff verblieb vorerst am Mittelrhein. Nur mit der Waffe in der Hand sollten die Besprechungen beginnen. Meyerinck wurde beauftragt, sich zu Verhandlungen über einen Gefangenenaustausch nach Basel zu begeben und zugleich zu erkunden, wie weit die Republik eventuell zu einem Frieden bereit war. Die Armee ungeschlagen unter Waffen im Raum von Mainz, Verhandlungen in Basel bis zum Abschluß eines preußisch-französischen Friedensvertrages, ein allgemeiner Friedenskongreß irgendwo an den Ufern oder in der Nähe des Rheins, gekrönt von einem Frieden für das Reich und Europa, das war nun auch für den König eine verlockende Lösung, an die er noch ein ganzes Jahr glauben sollte und die ihm vor seinem Gewissen erst erlaubte, jene Befehle über Meyerinck an Möllendorff ergehen zu lassen. Als am 25. Oktober Prinz Heinrich zur Audienz erschien, bedurfte es wohl nur noch eines geringen Anstoßes, um den König für eine Aufgabe des Krieges zu gewinnen.

Damit war das Ringen um die Person des Königs anscheinend zu Ende. Vom 25. Oktober ab, dem Tage der Audienz des Prinzen Heinrich, war der König zu einer Verhandlung mit den Franzosen entschlossen. Offenbar ist er dem von allen Seiten kommenden Ansturm erlegen gewesen. Keiner seiner Berater war in der Lage, einen Weg für die Fortsetzung des Kampfes aufzuweisen. Hardenberg, noch am eifrigsten nach neuen Ressourcen suchend, befand sich in Frankfurt und konnte sich aus der Ferne unmöglich gegen die Friedenspartei durchsetzen. Die Suspendierung des Haager Traktats, die ungeheure Finanznot des Staates, das gespannte Verhältnis zu England und Österreich, der Wille, auf keinen Fall die polnischen Erwerbungen wieder zu verlieren, die ungeklärten Beziehungen zu Rußland bilden gleichsam den Fechtboden, auf dem Struensee,

Möllendorff und der Prinz zu einem gemeinsamen Siege gelangten, der in der Absicht oder wenigstens nach den Vorspiegelungen aller auch im Interesse des Reiches errungen werden sollte. Damit brachte der Monarch seine innersten Empfindungen, die der Heiligkeit unterschriebener Verträge gehörten, dem Staate zum Opfer, das ihm freilich durch die Aussicht erleichtert wurde, den Verbündeten oder wenigstens dem Reiche den Frieden zu vermitteln [117]. Als er die Gefahr, sich in ein Ghetto zu begeben, zerrinnen sah, schlug er zu – nach langem, inneren Kampf, wie die Zeugnisse beweisen. Die Verantwortung lag allein bei ihm. Unter Ausschaltung seiner Minister hat er nach jenem 25. Oktober in persönlicher Entscheidung den Major von Meyerinck zur Entgegennahme seiner Weisungen für die Basler Verhandlungen unmittelbar an den Feldmarschall verwiesen. Dieser sollte an Ort und Stelle alle weiteren Maßnahmen für die ersten Verhandlungen treffen. Denn er besaß das Vertrauen seines Herrn und schien über alle Fragen, die sich ergeben konnten, am besten unterrichtet zu sein.

Drittes Kapitel

Die Fortsetzung der Basler Gespräche durch Meyerinck

Nach dem Empfang Meyerincks und des Prinzen Heinrich hatte es den Anschein, als sei der Träger der Krone endgültig bereit, sich mit der Republik zu verständigen. Der Gedanke, über eine separate Regelung für seine Monarchie hinausgehend auch dem Reich und den Verbündeten den Frieden wiedergeben zu können, hatte seine Bedenken offenbar weitgehend zerstreut. Jetzt schien er für den Frieden gewonnen. Prinz Heinrich war voller Hoffnung, als er am 29. Oktober seine bereits erwähnte Denkschrift dem König zugehen ließ. «Ich muß Ihnen sagen», schrieb er am 1. November seinem Bruder Ferdinand im tiefsten Geheimnis, «daß eine Denkschrift, die ich abgesandt habe, den größten Erfolg hatte, und daß man mir verspricht, sie wörtlich zu befolgen. Morgen früh schicke ich eine zweite ab. Es bleibt abzuwarten, ob man seine Versprechungen halten und ob man auch von der anderen Seite sich auf die

[117] Vgl. auch Thugut an Cobenzl, Wien, 13. 11. 1794: Preußen führe nicht nur eigene Verhandlungen mit dem Feind, es strebe auch einen allgemeinen Frieden an, indem es durch allerlei Schliche das Reich aufstachle, den Kaiser um eine Verhandlung mit Frankreich zu ersuchen. (Vivenot, Thugut und s. polit. System, Archiv f. österr. Gesch., Bd. 42, S. 409; E. Schwarz, Rechtsrheinisch Nassau, S. 9 f.).

Sache einlassen wird [118]. Es scheint, daß das hier angekündigte Schriftstück (vom 2. November) und ein ihm bereits am 6. November folgendes Memorandum, die beide wiederum durch Struensees Vermittlung an den König gelangt sind, ihren Eindruck nicht verfehlten [119]. Über das erste meldete Struensee, daß es den vollkommensten Beifall des Königs gefunden habe, und den Empfang des zweiten bestätigte Friedrich Wilhelm in einem gnädigen Schreiben des Inhalts, daß er es wie die vorhergehenden aufmerksam gelesen habe, doch fügte er auch vielsagend hinzu, wie sehr bedauerlich es sei, daß es so viele Hindernisse gebe, die den besten und heilsamsten Absichten im Wege stünden. Hinter dieser letzten Bemerkung verbirgt sich wohl nichts anderes als der geheime Wunsch, die getroffene Entscheidung noch einmal zu überprüfen. Er mochte seine Gründe für ein vorsichtiges Lavieren haben. Gerüchte wollten von bevorstehenden günstigen Subsidienangeboten Englands wissen [120], und zuverlässige Nachrichten aus Paris besagten, daß Frankreich nach wie vor von dem Willen nach einem glorreichen Frieden auf der Grundlage der Erwerbung der Rheingrenze beseelt war – Nachrichten, die durch das unaufhaltsame Vorgehen Pichegrus in Holland, durch den Druck auf den Raum von Köln, Bonn, Koblenz, Mainz und Mannheim und die schonungslose Behandlung der besetzten Gebiete bestätigt wurden.

Da traf in Berlin die Kunde von der Erstürmung Warschaus durch Suworow ein. Die polnische Gefahr schien jetzt plötzlich gebannt. Mit einem Schlage ward vergessen, daß der König eben noch bei den Petersburger Teilungsverhandlungen durch den Anspruch auf die Palatinate Krakau und Sendomir einem Bruch mit den beiden Kaiserhöfen bedenklich nahe gewesen war. Es interessierten den König nun nicht mehr die jüngsten schriftlichen Vorstellungen des Prinzen Heinrich, die darauf hinausliefen, daß der Friede von Tag zu Tag schwieriger zu erlangen sei und die Fortsetzung des Krieges den völligen Ruin der Finanzen bedeute, der auch durch weitere Subsidien dann nicht zu vermeiden sei [121]. Jetzt sah der Monarch vielmehr noch einmal eine Möglichkeit, sich den Verbündeten wieder anzuschließen, zumal sicheren Nachrichten zufolge einzelne

[118] Krauel, Prinz Heinrich, 77.

[119] Krauel, a. a. O., 77, 78, 198 ff., 201 ff.

[120] Vgl. Göckingk an Benzler (1. 11. 1794): «Da England einen neuen, noch vorteilhafteren Subsidienvertrag angeboten hat, so verschwindet die halbe Hoffnung wieder, daß unsere Armee vom Rheine zurückgenommen werde.» (Pröhle, 41.)

[121] Krauel, 78; Ranke, V, 46 ff. Hier auch der Briefwechsel zwischen Heinrich und Haugwitz. Finckenstein und Alvensleben wurden von diesen Unterredungen zwischen Haugwitz und dem Prinzen nicht unterrichtet.

Reichsstände bereit waren, sich an den Kosten für den Unterhalt der preußischen Armee am Rhein zu beteiligen. Augenblicklich wieder kriegerisch gesinnt, befahl er spontan und ohne seine Minister zu befragen, dem inzwischen bis in die Nähe von Fulda gelangten Hohenlohe, Halt zu machen und sein Korps wieder an den Rhein zurückzuführen [122].

Diese Weisung brauchte zwar noch nicht eine Wiederaufnahme des Kampfes zu bedeuten, aber es konnten diesem Schritt bald weitere folgen, um die Entwicklung am Rhein wieder in die alte Bahn des gemeinsamen Kampfes zu drängen. In der Tat traf der König Vorbereitungen, um zunächst einmal alle ferneren Absichten finanziell zu sichern. Er billigte einen Vorschlag der Finanzkommission auf Ausschreibung einer inländischen Anleihe in Scheidemünzen und auf Ausprägung von Kreuzern und Groschen und ließ beim Landgrafen von Hessen-Kassel wegen eines Darlehens sondieren [123]. Allein die Ergebnisse dieser Versuche, Geld zu beschaffen, enttäuschten. In Preußen waren etwa 22 Millionen Taler Scheidemünze in Umlauf. Struensees Absicht ging nun dahin, den Besitzern von Scheidemünze nahezulegen, ihre Gelder in Beträgen von 25, 50, 100, 500 und 1000 Talern bei den Akzise- und Zollkassen gegen Aushändigung vierprozentiger Obligationen einzuzahlen, die «ein Jahr nach wiederhergestellter Ruhe» rückzahlbar sein sollten. Das Ergebnis war kläglich. Bis Ende Februar 1795, also drei volle Monate nach ihrer Auflegung, waren erst für 30 800 Taler Obligationen ausgegeben worden – von den 25-Taler-Obligationen z. B. erst insgesamt 26 Stück [124]!

Etwas günstiger schien sich das Geldgeschäft mit Hessen-Kassel anzulassen. Nach Struensees Bericht vom 7. November war der Landgraf bereit, zunächst eine Million zu zeichnen und eine noch größere Summe für die Zukunft in Aussicht zu stellen, wenn der König verspreche, ihn dafür im Kriege zu schützen. Aber als Dekkung mußte Struensee die Tabaksrevenüen aus den westfälischen Provinzen und die Zolleinkünfte aus Minden und Lingen verpfänden. Es sollte ferner dem Landgrafen überlassen sein, nach vier Jahren die Termine für die Rückzahlung festzusetzen. Als der König unerwartet diese ungünstigen Bedingungen genehmigte, taten die Experten alles, um die Hoffnungen, die er daran knüpfte, zu zer-

[122] Bailleu, Preuß. Wille, 133.

[123] Kab. Order vom 7. 11.; Schrb. der Fin. Kommission an den König vom 16. 11.; Randbemerkg. des Königs zum Bericht der Kommission vom 26. X. Bezüglich des bei Hessen-Kassel zu suchenden Darlehens hatte der König Struensee am 6. 11. angewiesen zu sondieren (Pr. G. St. A.).

[124] Philippson, a. a. O., II, 108.

streuen. Am 16. November erklärten sie ihm, die Lage sei unhaltbar, die innere Anleihe gescheitert, die Ausprägung von Scheidemünze, bis Ende 1795 auf höchstens 1 Million Taler veranschlagt, bedeutungslos. Die Ablieferung von Gold und Silber falle nicht ins Gewicht, solange sie auf die Untertanen beschränkt bleibe. Selbst wenn Struensees Verhandlungen mit Hessen-Kassel erfolgreich sein sollten und bei der preußischen Seehandlung weitere drei Millionen flüssig gemacht werden konnten, kam man nach Geusaus Berechnungen mit diesen Summen kaum aus, die Ausgaben des Winters zu bestreiten, geschweige denn, einen weiteren Feldzug zu finanzieren. Der Friede blieb wieder einmal das einzige Mittel, die Not zu überwinden [125].

Erschwert wurden diese Bemühungen der Minister durch Hardenberg, der sich seinerseits von Görtz unterstützt sah. Namentlich Alvensleben hat mit Befremden Hardenbergs Verhalten verfolgt und mit seinen Ministerkollegen die Befürchtung geteilt, der in seinen Entschlüssen schwankende Monarch könne durch diese Machenschaften ihrer gemeinsamen Führung wieder entgleiten. Sehr geschickt griff Hardenberg zwei Momente auf, die geeignet waren, den König an die Seite seiner Verbündeten zurückzuführen: er warb für den Gedanken einer preußischen Führung in der Reichsorganisation und suchte durch die Erschließung neuer Geldquellen entweder die Fortsetzung des Krieges zu ermöglichen oder, falls Friedensverhandlungen nicht zu vermeiden waren, eine Lage zu schaffen, in der Preußen mit achtunggebietender militärischer Stärke sich auf derartige Verhandlungen einlassen konnte.

Bald konnte Hardenberg die ersten Erfolge aufweisen. Von Görtz sekundiert, wandte er sich ohne Wissen der Berliner Minister an die Stände und Kreise des Westens und Südens, um sie zu bewegen, im Falle eines allgemeinen Friedensgeschäftes die Vermittlung des Königs von Preußen anzurufen. Noch ehe der November zur Neige ging, waren Kassel und Darmstadt, Kurtrier und Zweibrücken, der oberrheinische, der fränkische und der kurrheinische Kreis für eine preußische Vermittlung gewonnen [126]. Vom schwäbischen Kreis war ein gleiches Ersuchen zu erwarten. Hardenbergs Bestreben ging dahin, nur einen ehrenvollen Frieden unter Einbeziehung des Reiches zu akzeptieren und den vorliegenden kurmainzischen Friedensantrag in seiner ursprünglichen Form nicht durchgehen zu las-

---

[125] Einen ähnlich pessimistischen Bericht legte die Kommission am 19. 11. vor. Hier kam auch die tiefe Enttäuschung darüber zum Ausdruck, daß Hohenlohe immer noch am Rheine stand (Pr. G. St. A.).

[126] Ranke, I, 249 ff.; Schick, 143; Erdmannsdörffer, II, 254 f.; Zierke, 57 ff.; vgl. Hardenbergs Briefwechsel mit Schulenburg im Pr. G. St. A.

sen. Die in ihm vorgesehene skandinavische Vermittlung mußte seiner Ansicht nach fallen, wenn Preußen in Zukunft mitreden wollte. Seine fieberhafte Tätigkeit, die er im November namentlich bei den Höfen der vorderen Reichskreise entfaltete und bei der er es an freundlichen Lockungen wie unmißverständlichen Drohungen nicht fehlen ließ, hatten Erfolg. Überzeugt, daß der König allein als Friedensvermittler nicht in Frage kam und der Kaiser in praxi nicht übergangen werden durfte, empfahl er, sich mit dem Friedensanliegen auch nach Wien zu wenden [127]. Er betrachtete es bereits als einen großen Erfolg, wenn der Reichstag neben dem Kaiser auch den König von Preußen zum Vermittler anrief. Als dann das Reichsgutachten vom 22. Dezember dem Kaiser wirklich empfahl, den Frieden durch Anbahnung eines Waffenstillstandes vorzubereiten und «durch gefällige Rücksprache mit Allerhöchstdero hohen Alliierten des Königs von Preußen Majestät» auch dessen Mitwirkung zu gewinnen, hatte Preußen mit dieser Formulierung einen Erfolg errungen, der vornehmlich dem Wirken Hardenbergs zu verdanken war. Denn nun stand der König neben dem Kaiser, und er brauchte nicht zu fürchten, bei einem Separatfrieden stehenbleiben zu müssen, konnte er doch jetzt einer starken, ihm zuneigenden Friedenspartei im Reiche sicher sein.

Diesen erfolgreichen Bemühungen ging eine großzügige Geldbeschaffungsaktion parallel. Was den Ministern nicht gelungen war, das suchte Hardenberg, auf sich allein gestellt, zu erreichen. War schon mit der Möglichkeit eines weiteren Feldzuges zu rechnen, so ergab sich nach seinem Urteil für die Stände auch die Pflicht, sich an seinen Kosten zu beteiligen. Wenn dem Reich der Einsatz des preußischen Heeres galt, so sollte es auch anteilmäßig die Lasten übernehmen. In diesem Sinne bearbeitete er, sozusagen als Privatmann, die Stände, empfahl ihnen, mit diesbezüglichen Bitten und Angeboten an den König heranzutreten und drohte, wo es sein mußte, mit dem Rückzug des preußischen Heeres. Er hatte sich zum Ziel gesetzt, dem Monarchen etwa 10 Millionen Taler zu beschaffen und schrieb nun auf eigene Verantwortung bei den Ständen und «privaten Kapitalisten» eine Anleihe aus, immer dabei den Wunsch des Königs betonend, sie beschirmen zu wollen, und mit dem Rückzug der Armee drohend, wenn nicht durch eine angemessene Anleihe der Stände dem König die Möglichkeit geboten würde, seine gemeinnützigen, patriotischen Pläne zu verwirklichen. In der Überzeugung, daß der König sein Handeln billigte, erstattete

[127] Hardenberg an den Landgrafen von Hessen-Kassel, 5. 11. 1794 (Pr. G. St. A.). Über den Mainzer Friedensantrag vgl. ergänzend Frankenstein, 192 ff.

er ihm am 22. November Bericht über seine Tätigkeit im Reich, und tatsächlich sprach ihm Friedrich Wilhelm wenige Tage darauf bereits seine volle Zustimmung aus. Er beauftragte ihn sogar in aller Form, die Anleihe schnell unter Dach und Fach zu bringen, während die Kabinettsminister unter Alvenslebens Führung auf das heftigste gegen die «Umtriebe» des inkompetenten Hardenberg protestierten [128].

Dieser Streit war bezeichnend. Während Hardenberg die engen Grenzen Preußens überschritt und den Staat für die Übernahme einer Reichsaufgabe ausersah, blieb der Preuße Alvensleben diesen engen Grenzen verhaftet. Hinter allem stand die sich stets in neuer Beleuchtung dartuende Frage, ob die preußische Politik in den Traditionen des friderizianischen Staates fortgeführt oder in «deutschere» Bahnen gelenkt werden sollte. Hardenberg, auch hierin seine Herkunft aus dem Reich nicht verleugnend, bemühte sich im Westen des Reiches jedenfalls mit Eifer um Geld, und wenn er auch statt der erhofften 10 Millionen im Dezember nur eine Million flüssig machen sollte, so bleibt doch sein Bestreben zu bewundern, die Kraft des Staates zu erhalten, sei es, um am Verhandlungstisch stark zu sein, sei es, um den Krieg fortsetzen zu können [129].

Das Ministerium war nicht willens, dieser Entwicklung teilnahmslos zuzuschauen. Mit stärkstem Befremden hatte es schon die Rückführung des Korps Hohenlohe an den Rhein zur Kenntnis genommen. Jetzt aber, als auf Hardenbergs Betreiben vielleicht doch noch die Mittel für eine Fortsetzung des Kampfes beschafft werden konnten, fürchteten die Minister nichts so sehr wie ein erneutes Umschwenken des Monarchen. Sollte etwa durch Görtz und Hardenberg das wieder zerstört werden, was sie so mühsam aufgebaut hatten? Wieder ist Alvensleben ihr Wortführer. Für ihn und Finckenstein gibt es kein Reich und Europa, wenn es gilt, Preußen zu erhalten. Sie sehen immer nur Preußen, seine gespannten Beziehungen zu den Kaiserhöfen und die Gefahr, in der polnischen Frage von ihnen übervorteilt zu werden. Darum suchen sie den

---

[128] Zierke, 60.

[129] Alle diese Gelder reichten nicht aus. Einschließlich der bereits erwähnten Anleihe Struensees in Kassel gelang es bis Anfang 1795 nur, rund 1,8 Mill. Taler aufzunehmen. Mit diesem Geld konnten gerade die fälligen Zinsen und die Amortisationen früherer Verpflichtungen geleistet werden. Eine Kab. Order vom 7. 1. 1795 verfügte die Einsendung aller irgend entbehrlichen Kassenbestände zur Verpflegung des Heeres. Folge: immer lauter wurde der Ruf, daß nur ein Friede den völligen Verfall des Staates aufhalten könne. Woellner z. B. hatte schon längst aufgehört, zum Kampf gegen die «gottlose Revolution» aufzurufen. (Vgl. seinen Bericht an den König vom 7. 10. 1794 im Pr. G. St. A.).

Frieden, der nach ihrer Meinung keineswegs unbedingt zu einem Reichsfrieden zu führen brauchte. Nun zögerte Alvensleben nicht, sich von Hardenberg zu distanzieren. Ihm und Görtz warf er vor, den Staat der Hohenzollern dem Reiche aufopfern zu wollen. Sie seien keine Preußen, erklärte er am 28. November, und auf sich selbst, auf Finckenstein und Haugwitz verweisend, fuhr er fort: «Wir alle drei, wir sind Preußen, und ich glaube, wir müssen mit dem Könige von Preußen sprechen [130].»

Das geschah. Am 29. November protestierten die drei Minister in einer Denkschrift auf das entschiedenste gegen Hardenbergs Verhandlungen und sprachen sich damit auch indirekt gegen die persönliche Politik des Monarchen aus [131]. Es gebe aus dem ganzen Dilemma nur einen Ausweg: keine neue Anleihe aufzunehmen und keinen neuen Feldzug zu wagen, sondern sofort einen erfahrenen Diplomaten nach Basel zu entsenden, um dort die Verhandlungen fortsetzen zu lassen. Denn schon stünden Holland und Österreich insgeheim mit französischen Agenten in Verbindung, und gerade um der späteren Vermittlung willen müsse man als erster nach dem Ölzweig des Friedens greifen und sich von niemandem dabei übertreffen lassen.

Vielleicht hätte auch diese Denkschrift nicht gefruchtet, wenn nicht Haugwitz durch ein persönliches Schreiben an den Monarchen ihr gemeinsames Anliegen unterstützt hätte. Er stand dem König damals menschlich von allen am nächsten und wußte, daß in ihm immer noch ein starkes Bewußtsein seiner Reichsstandschaft lebendig war. Wenn er nunmehr um die beschleunigte Entsendung eines Unterhändlers bat und hierfür den Grafen v. d. Goltz und den jungen Baron von Brockhausen vorschlug, so unterstützte er sein Ersuchen mit Gründen, für die er den König besonders empfänglich wußte [132]. Er lenkte den Blick seines Herrn von Preußen weg auf das Reich. In gläubigem, gerechtem Vertrauen, so stellte er ihm vor, hätten sich die Fürsten und Kreise an ihn um Schutz und Frieden gewandt. Wenn sie schon vom Kaiser nichts zu erwarten hätten, so dürfe nicht auch der König von Preußen sie enttäuschen. Auf ihn hätten so viele ihre letzte Hoffnung gesetzt. So möge er der Stimme seines Herzens folgen und sie wissen lassen, woran sie nun eigentlich seien.

Wahrscheinlich hat dieser fast sentimental anmutende Brief den letzten Ausschlag gegeben. Mochten auch Alvenslebens und Fincken-

---

[130] Koser, 475; Ernstberger, 98; Bailleu, H. Z., 75, 272; F. B. P. G., 5, 279.

[131] Bailleu, Preuß. Wille, 135.

[132] Haugwitz an den König, 29. 11. 1794 (Pr. G. St. A.); Ernstberger, 98; Krauel, 82; Koser, 471 f. und 477; Ranke, I, 257; Bailleu, Preuß. Wille, 136.

steins Argumente nicht ohne Eindruck geblieben sein und Prinz Heinrich sogar schon den Entwurf für den noch zu benennenden Friedensunterhändler vorgelegt haben [133], die innere Einstellung auf die Gefühle und Überlegungen des Königs ist dem Grafen Haugwitz am treffendsten gelungen. Das weitere ergab sich von selbst. Der König unterrichtete das Ministerium von seinem Entschluß, den Generalmajor v. d. Goltz zu Verhandlungen nach Basel zu entsenden. Am 1. Dezember verständigte er auch den Prinzen davon, daß Goltz im tiefsten Geheimnis nach Potsdam kommen werde, sich aber vorher nach Rheinsberg begebe, um auch ihm, dem Prinzen, seine Aufwartung zu machen [134]. Aber selbst in dieser Stunde wiederholte der König die Weisung, die Truppen am Rhein zu belassen, und einige Tage darauf erhielt auch Hardenberg den Auftrag, trotz aller Warnungen des Kabinetts die Anleiheverhandlungen mit Nachdruck fortzusetzen.

Mit der Berufung des Grafen v. d. Goltz waren die Würfel gefallen. Friedrich Wilhelm hatte dabei wenigstens vorerst noch nicht das Gefühl, von seinen Ministern überlistet zu sein. Daß er freilich nun doch mit den Königsmördern verhandeln sollte, hat er inner-

---

[133] Es handelt sich um das «Projet d'instruction pour celui, qui doit traîter de la paix», das, in Rheinsberg entworfen, Krauel (S. 79) auf den 23. 11. 1794 datiert. Das Dokument ging an Struensee, der es zunächst Bischoffwerder zugänglich machte und dann dem König vorlegte. Auf Bischoffwerders Empfehlung sandte der Prinz eine eigenhändige Abschrift an Haugwitz und bat zugleich um dessen gutachtliche Äußerung dazu. (Struensee an den Prinzen, 23. und 29. 11. 1794, Hausarchiv; der Prinz an Haugwitz, 26. 11. 1794, Ranke, V, 46 f.) In dieser Denkschrift empfiehlt der Prinz zunächst einen preußisch-französischen Frieden und dann erst den Abschluß einer besonderen Konvention, die die Friedensvermittlung des Königs für das Reich und Holland, evtl. auch für Österreich und England regeln sollte. Als Friedensgrundlage nannte er die Anerkennung der Republik, die Rückgabe aller linksrheinischen Besitzungen des Königs, die Nichteinmischung der Franzosen in die endgültige Regelung der polnischen Frage, d. h. die Anerkennung aller preußischen Erwerbungen in Polen; schließlich den Austausch der Gefangenen, die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen und die Regelung des diplomatischen Zeremoniells. Heinrich glaubte, daß die Franzosen die eroberten preußischen Gebiete wieder herausgeben würden. Wichtig sei, von Frankreich eine Erneuerung der 1648 gegebenen Garantie zu erhalten, um so die österreichischen Absichten auf Bayern zu vereiteln. Sollte Wien die preußische Vermittlung anrufen, so empfahl Heinrich, Österreich gegen Abtretung der Niederlande mit dem Bistum Salzburg zu entschädigen. Doch müsse der Kaiser dann auf weitere Ansprüche in Polen verzichten und in einer evtl. 3. Teilung sich mit dem begnügen, was Preußen und Rußland ihm geben wollten.

[134] Goltz' Besuch in Rheinsberg hat den Prinzen in der Ansicht bestärkt, daß es vornehmlich seine Denkschrift vom 23. 11. war, die den Ausschlag gegeben habe, um so mehr als auch Haugwitz dem Prinzen am 2. 12. für das «admirable mémoire» dankte. (Ranke, V, 47–48; Krauel, 83.)

lich allerdings nie recht verwinden können. Sich von der Koalition zu trennen, hat ihn die heftigsten Kämpfe gekostet. Ihm war immer noch der Gedanke befremdend, eine einmal gelobte Waffenbrüderschaft aufsagen zu sollen. Wenn er sich dennoch dazu hergab, dann geschah es im Hinblick auf das Reich, das er durch seinen Entschluß nicht verderben, sondern verteidigen wollte, indem er es zugleich um sich versammelte. Es war nicht so sehr der König von Preußen, der sich zum Frieden entschloß, als der Reichsfürst, der aus dem vollen Chor der preußischen Stimmen auch die immer stärker vernehmbaren deutschen heraushörte. Die Beauftragung des alten Generals war in seinen Augen keineswegs ein Sieg der preußisch-sonderstaatlichen Interessen über die deutschen. Wer so dachte, der mißverstand den König gründlich. Für ihn war der Ruf nach einem Frieden untrennbar verknüpft mit der Verpflichtung, auch dem Reiche zu dienen. Überzeugt, bis zur Stunde seine Bündnispflichten erfüllt zu haben, glaubte er jetzt, auch in der Wiederherstellung des Friedens vorangehen zu sollen. Im Kriege war er dem Reich vorangeschritten. Er hoffte zuversichtlich, daß nun auch sein Schritt zum Frieden ihm zum Nutzen gereiche, so sehr er damit auch zugleich den Wunsch verband, das Ansehen seiner Krone zu erhöhen und die Macht seines Staates zu steigern.

Der König hat seine Entscheidung ohne Befragung der Minister getroffen. Daß selbst Haugwitz sich nur mit schriftlichen Empfehlungen begnügen mußte, geht aus einem Briefe an Hardenberg recht deutlich hervor [135]. Wenn Haugwitz nämlich schreibt, er wolle ihm alles mitteilen, was er darüber habe erfahren können, so deutet diese Wendung doch an, daß er selbst offenbar ziemlich unbeteiligt gewesen ist und nun gleichsam nur als Außenstehender seine Gedanken niederschrieb. Möllendorff habe, wie Haugwitz schrieb, dem König nicht länger vorenthalten können, daß er schon seit einiger Zeit mit französischen Sendlingen in Verbindung stehe und diese sehr wahrscheinlich von Barthélemy oder unmittelbar vom Konvent ermächtigt seien, mit Preußen zu verhandeln. Der Plan sehe vor, zunächst einen Gefangenenaustausch vorzunehmen und dann die eigentlichen Friedensverhandlungen folgen zu lassen. Da nach Meyerincks Berichten mit einer Schonung der Gebiete der Monarchie seitens der Franzosen zu rechnen sei, habe der König sich entschieden, über Möllendorff Verhandlungen aufzunehmen mit dem allgemeinen Ziel einer vertragsmäßigen Sicherung der preußischen Provinzen.

---

[135] Haugwitz an Hardenberg, 1. 11. 1794 (Pr. G. St. A.).

Allein wir haben etwas vorgegriffen. Es ist an der Zeit, sich nunmehr den Basler Gesprächen wieder zuzuwenden.

*

Sich ausdrücklich auf die königliche Ermächtigung berufend, unterzeichnete Möllendorff am 5. November in seinem Hauptquartier zu Hochheim die von Hardenberg entworfene Vollmacht, die Meyerinck autorisierte, in Basel mit den Vertretern Frankreichs über den Austausch der Kriegsgefangenen und alle sich hierauf beziehenden Fragen zu verhandeln [136]. Gegen Rückgabe aller gefangenen Franzosen sollte Meyerinck die Schonung der preußischen Provinzen erwirken und erklären, daß man nichts sehnlicher wünsche, als einen Krieg zu beenden, an dem man nur als Hilfsmacht beteiligt sei. Man halte, so sollte er hinzufügen, einen Frieden für erreichbar, wenn Preußen seine Truppen zurückziehe und Frankreich die preußischen Gebiete räume. Vor allem aber müsse man sich über einen Waffenstillstand und eine Neutralitätserklärung – letztere auch für das Reich, wie Möllendorff ihm wiederholt einschärfte – schnellstens verständigen.

Mehr noch als aus diesem Text der Vollmacht erhellt aus einer undatierten Aufzeichnung Meyerincks, daß Möllendorffs Absichten weiter gingen als die des Königs. Danach sah der Major seine Aufgabe darin, Gesinnungen und Absichten der Franzosen kennenzulernen, um Zeit zu gewinnen, «daß das Reich.. den König selbst zur Mediation und Pazifikation auffordern könne». Zu diesem Zweck sollte er einen Austausch der Gefangenen anregen, im übrigen aber alles tun, um namentlich Bacher und Ochs von der Ehrlichkeit des preußischen Friedenswillens zu überzeugen [137]. Er gedachte, einen Waffenstillstand für Preußen und eine Neutralisation des Reichs vorzuschlagen und für die Zukunft die Anerkennung der Republik in Aussicht zu stellen. Hatte er eine französische Friedensbereitschaft wahrgenommen, so sollte er erklären, der König werde demnächst in einer amtlichen Mitteilung an das Reich bekunden, daß er vom Kriege zurücktrete und seine Truppen in die eigenen Lande zurückziehe.

Nach einer beschwerlichen Reise traf Meyerinck in Begleitung des Gesandtschaftssekretärs von Harnier um die Mittagsstunde des

---

[136] Siehe die meist vertraulichen Schreiben Hardenbergs an Haugwitz sowie Meyerincks Brief an Hardenberg, 5. 11. 1794, ferner die Akte betr. die für die hannov. Gefangenen nachgesuchte Vermittlung (Pr. G. St. A.).

[137] Entgegen allen entstellenden Berichten Schmerz' hat Bacher sehr günstig über Meyerinck geurteilt. Er sei «von bestem Willen beseelt, gute Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich herzustellen». Vgl. auch Meyerincks Korresp. mit Hardenberg 1794 (Pr. G. St. A.).

12. November in Basel ein [138]. Im Gasthof «Zum wilden Mann» hatte Schmerz schon zwei Zimmer belegt, als er vernahm, der Major sei unter großem Volksauflauf in der Herberge «Zu den drei Königen» abgestiegen. Iselin, der Wirt, hatte sich ein gutes Geschäft errechnet, schnell vier Zimmer ausräumen und die Bewohner in der Nachbarschaft unterbringen lassen. Meyerinck war sein Gast. «Der Feldjäger lief, der Wirt krächzte, und ich lachte, als mir der Herr Bacher erzählte, wie die kleine Exzellenz aus einer alten Chaise, deren Räder mit Stricken zusammengeschnürt gewesen, gravitätisch gestiegen sei», berichtet Schmerz in bitterer Ironie [139]. Dem verblüfften Weinhändler, der ihn mit dem Vorwurf empfing, viel zu früh gekommen zu sein, berichtete er von einer Audienz beim König, von dem Sieg der Friedenspartei und der Vollmacht, die er in der Tasche trage. Am gleichen Tage wurden der Major und Harnier noch dem Stadtschreiber Ochs vorgestellt, durch dessen Vermittlung bereits für den nächsten Abend in Schmerz' Wohnung ein erstes Zusammentreffen mit Bacher verabredet wurde [140].

Schmerz, der wohl fühlte, daß man nun seiner nicht mehr bedurfte, hat den Abgesandten des Feldmarschalls mit Hohn und Spott verfolgt und ist nicht müde geworden, ihn von vornherein seines Ansehens zu berauben. Allein so verletzend er ihn auch ironisierte – er berichtet uns, Ochs habe ihn als den Retter des Vaterlandes tausendfach willkommen geheißen und ihn seiner Frau als Friedensstifter dreier Weltteile vorgestellt und der Major wiederum habe ihn so anhaltend umarmt, daß Schmerz befürchtete, er möchte den armen Stadtschreiber erdrosseln – in Wahrheit vermochte er das Urteil nicht zu beeinflussen, das sich Ochs und Bacher von dem Abgesandten des preußischen Hauptquartiers machten [141]. Man behan-

[138] Ochs, Baseler Geschichte, VIII, 168; Kohl, 62 f.

[139] Siehe Schmerz' «Umständliche Beschreibung des Betragens des Herrn Major v. Meyerinck...» (Pr. G. St. A.); Kohl, 67, 69.

[140] Ochs hat in der Folge auch die Korrespondenz zwischen Bacher und Meyerinck vermittelt; siehe Steiner, 429 Anm.

[141] Meyerinck hatte Schmerz eingeladen, für die Zeit seiner Anwesenheit in Basel bei ihm zu speisen. Schmerz beschreibt Meyerincks Tafel: acht Gedecke waren befohlen; fünf Personen waren nur erschienen. «Nach der Suppe wurde Madeira gefordert, versucht und zurückgeschickt. Es kam Malaga, er wurde berochen und gegen Muskateller ausgetauscht. So wurde der Burgunder gegen den Bordeaux gewechselt und zum Nachtisch kam Champagner. Dennoch mußten Stöße Holz in den Kamin geworfen werden, um uns zu erwärmen. – O! sagte ich zu mir selbst. Was bist du für ein Dummkopf gewesen, hast zwei Monate in einer schmutzigen Herberg gesessen, hast nichts zu nacht gegessen, aus Angst, daß man deine Ausgaben tadeln möchte und hier! – Hier werden wenigstens 12 Thlr. für 3 Plätze verschwendet, wo niemand speiset und vielleicht noch einmal so viel für Wein bezahlt, die ein anderer genießt.» (Pr. G. St. A.) Vgl. auch Kohl, 62, 63, 67, 69; Otto, 35 f.; Kaulek, IV, 431.

delte ihn fair und loyal, und namentlich Ochs hat sich in der Folge einen freundschaftlichen Ausgleich der Differenzen sehr angelegen sein lassen. In seinem Hause wurde, wie er treffend zu Bacher bemerkte, jenes Friedensschiff flott gemacht, das nach der Absicht des Königs den Hafen des Reiches anlaufen sollte [142]. Sozusagen unter seiner Obhut fand in Schmerz' Wohnung am 13. November die erste längere Unterredung des Majors mit Bacher statt. Ochs hatte inzwischen schon einiges ausgeplaudert und dem Wohlfahrtsausschuß gemeldet, daß er Meyerinck mit einem Legationssekretär aus Berlin erwarte, daß dieser sich im Auftrage des Königs um den Austausch der Gefangenen bemühen und die Neigung des Konvents sondieren werde, gegebenenfalls mit Preußen in Verhandlungen über einen Sonderfrieden einzutreten. Bacher hatte diesem vorgreifenden Bericht kaum noch etwas hinzuzufügen. Er bestätigte, was Ochs geschrieben und bat nun seinerseits um Weisungen.

Was Schmerz über diese erste Konferenz mit Bacher berichtete, ist nur mit größter Zurückhaltung aufzunehmen [143]. Ungleich wichtiger ist Meyerincks eigenes Urteil. Und das klang recht günstig. Wie bemerkenswert freundlich hatte sich doch Bacher über den preußischen König geäußert und wie fesselnd von seinem einstigen Aufenthalt in Berlin geplaudert! Schon glaubte Meyerinck, dem Austausch der Gefangenen greifbar nahe zu sein [144]. Bacher hatte ihm versichert, man sei in Paris zwar von der Ehrlichkeit des Monarchen und seines Marschalls überzeugt, begegne aber den Ministern mit um so größerem Mißtrauen. Merkwürdigerweise hat der Major, wie es scheint, diese letzte Bemerkung sozusagen ignoriert, wie er denn überhaupt zunächst aus allen Besprechungen immer nur das günstig Klingende herauszuhören pflegte und die sich unverkennbar abzeichnenden Schwierigkeiten übersah. Wenn Bacher es auch an feierlichen Versicherungen nicht fehlen ließ und den Willen Frankreichs betonte, nach dem Frieden sogar das alte Bündnis wiederherzustellen, so vergaß Meyerinck doch ganz, daß das zunächst nur leere Worte waren, die auch dadurch nicht an Ge-

---

[142] Ochs an Bacher, 25. 11. 1794 (Steiner, 429, Anm. 1), Kaulek, V, 9.

[143] Nachdem sich Meyerinck und Harnier spät abends verabschiedet hatten, war Bacher, Schmerz' Bericht zufolge, noch kurze Zeit bei Schmerz geblieben und hatte ihn nach Meyerincks Begleiter gefragt. Er müsse, so habe Bacher gemeint, ein vortrefflicher Mann sein, wenn er das Zeug wieder ausflicken wolle, was jener schon zerriß. Wenn er aber Meyerinck gleiche, so könnten sie beide sogleich wieder gehen. Meyerinck sei gar nicht der Mann, mit dem man unterhandeln könne. So weit Schmerz' entstellender Bericht.

[144] Meyerinck an den König, 14. 11. 1794; an Möllendorff, 14. 11. 1794; an Haugwitz, 13. 11. 1794 (Pr. G. St. A.). «Sie würden wie ich zufrieden gewesen sein», schreibt er an Möllendorff.

wicht gewannen, daß Bacher die Überzeugung ausdrückte, die französischen Generale würden von Paris die Weisung erhalten, die Gebiete des Königs zu schonen. Auch als Meyerinck das Gespräch auf das Schicksal des Reiches lenkte, bekam er zwar schmeichelhafte, im Kern jedoch gänzlich belanglose Worte zu hören: der Wohlfahrtsausschuß werde das Reich nicht seinem Schicksal überlassen, sondern es enger mit demjenigen Preußens verbinden, um die Reichsverfassung zu verbürgen. Ein neuer schmalkadischer Bund oder eine neue deutsche Union unter der Gönnerschaft Preußens sei der Mehrheit der Reichsstände sehr nützlich und den Interessen Preußens und Frankreichs gemäß. Der König habe eine ähnliche glorreiche Rolle zu spielen, wie sie Gustav Adolf einst gespielt. Nur unter seiner Führung dürfe sich das Reich wieder sammeln, und Frankreich werde aufrichtig das seinige dazu tun und die Feindseligkeiten gegen das Reich einstellen, wenn dieses die preußische Vermittlung anrufe. Das mochte alles sehr beruhigend klingen, aber es durfte doch nicht übersehen werden, daß es sich hierbei nur um persönliche Auslassungen eines untergeordneten politischen Agenten, nicht aber um die offizielle Haltung der Pariser Politiker handelte. Dann aber gewährte Bacher auch einen Blick in die eigentlichen Schwierigkeiten, indem er nämlich als unerläßliche Bedingung einer Wiederannäherung die Forderung erhob, die österreichischen Truppen aus den festen Plätzen des Reiches zu entfernen [145].

Meyerinck verbarg seine Enttäuschung über diese Anspielung auf Mainz nicht. Vergeblich bemühte er sich, Bacher von der Uneinnehmbarkeit dieses Platzes zu überzeugen, und vergeblich wies er auch auf den ungünstigen Eindruck hin, den alle Maßnahmen gegen diese Festung gerade jetzt machen mußten [146]. Bachers Antwort ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die öffentliche Meinung, der Wohlfahrtsausschuß und die Armee verlangten nach Mainz, das nur von Österreichern besetzt sei, denen allein der Angriff gelte. Schon seien gewaltige Vorbereitungen im Gange, die Festung zu nehmen. Auf Meyerincks Bitten fand er sich dann allerdings bereit, den Volksrepräsentanten bei der vor Mainz operierenden Armee, Merlin de Thionville und den General Michaud zu bitten, sich über die Modalitäten der Belagerung oder der Schonung des Platzes unmittelbar mit Möllendorff in Verbindung zu setzen [147]. Noch eine zweite Schwierigkeit deutete er an: Frankreich werde in einer erneuerten Teilung Polens ein ernstes Hindernis für einen

[145] Siehe Meyerincks Berichte vom 13. und 14. 11. 1794.
[146] Meyerinck an Möllendorff, 14. 11. 1794.
[147] Meyerincks Bericht vom 13. 11. 1794.

künftigen Frieden erblicken! Es mußte also mit einer Intervention zugunsten Polens gerechnet werden. Ob sie Meyerinck mit dem Hinweis auf Möllendorffs Stärke würde vermeiden können?

Möllendorffs Lage war nicht günstig. Die Erfolge der Franzosen gegen die Kaiserlichen, der Druck auf die eigenen Linien und die mangelnde Zusammenarbeit mit den Verbündeten drückten die Stimmung sehr [148]. Schon richteten sich die Blicke des Feindes auf Frankfurt. Wollte Möllendorff an dieser Stelle eingreifen, so räumte er den Franzosen die letzten Hindernisse vor Mainz aus dem Wege. Es fehlte eben an allem, an Geld, Versorgungsgütern, an Waffen und Munition. In Berlin dachte man freilich zunächst nicht so pessimistisch. Man hatte dort sogar einen relativ günstigen Eindruck von dem bisher in Basel Erreichten [149]. Wenn auch von einer schonenden Behandlung der königlichen Provinzen bis jetzt kaum etwas zu bemerken war, so war doch vor allem Haugwitz des festen Glaubens, daß sich mit den Verhandlungen über den Austausch der Gefangenen sogleich auch Besprechungen über einen Waffenstillstand ermöglichen ließen und sich dann der Weg zu einem Frieden schon von selbst abzeichnen werde. Selbst bezüglich der Festung Mainz rechnete er damit, daß unmittelbare Verhandlungen Möllendorffs mit Michaud und Merlin de Thionville zu einer Neutralisierung dieses Platzes führen könnten.

Inzwischen begann Meyerinck, sich in Basel heimisch zu fühlen. Bei Ochs lernte er neben dem reichen Handelsmann Forcart-Weiß und dem Bürgermeister Burckhardt auch den Grafen Diodati, den einstigen mecklenburgischen Gesandten in Paris, kennen, und mehr als einmal entstiegen dieser fröhlichen Runde die Gesänge der Revolution und die Trinksprüche auf die Republik. Während Bachers Kurier nach Paris jagte, um Meyerincks Ankunft zu melden, schwärmte Ochs wie schon im August bei der Ankunft Schmerz' von künftigen Verbindungen Preußens mit der Republik. In einer solch zwanglosen Stunde ließ sich auch Meyerinck verleiten, seine Vollmacht vorzuweisen und seine geheimen Instruktionen vorzulesen, wobei er bedeutungsvoll hinzufügte, daß diese noch verblassen würden gegenüber denjenigen, die er aus der Tasche ziehen werde, sobald der Kurier aus Paris zurück sei. Schmerz' Versuche, das gesellschaftliche Ansehen des Majors von vornherein zu untergraben, blieben dabei völlig belanglos [150]. Bacher verhielt sich ihnen

---

[148] Möllendorff an den König, 18. 11. 1794 (Pr. G. St. A.).

[149] Haugwitz an Meyerinck, 25. 11. 1794 (Pr. G. St. A.).

[150] Nach Schmerz' Angaben hat sich das Verhältnis des Majors zu ihm und allen übrigen sehr schnell zugespitzt. Wo er kann, verfolgt er Meyerinck mit Spott und Ironie, etwa wenn er gelegentlich eines Essens im Hause des Ban-

gegenüber reserviert, und ohne je die Gesetze der Höflichkeit zu verletzen, wiederholte er mehr als einmal, daß Frankreich ebensosehr wie Preußen den Frieden wünsche, daß eine Annäherung an Preußen und durch Preußen an das Reich leicht möglich sei, daß man das Reich zunächst neutralisieren und alles andere einem späteren Frieden überlassen müsse. Der Gefangenenaustausch sei sicher bald zu bewerkstelligen. Sehr viel schwieriger sei dagegen, das Schicksal von Mainz zu klären [151]. Denn in diesem Punkte sei ein Entgegenkommen des Wohlfahrtsausschusses nicht zu erwarten, zumal die Vorbereitungen gegen Mainz schon in vollem Gange seien. Tatsächlich verschärfte sich die militärische Lage von Tag zu Tag. Frankfurt, das Zentrum aller Lazarette, Magazine und Depots, war gefährdet. Mannheim drohte verloren zu gehen. Schon ward Mainz täglich beschossen, obwohl das Gros der feindlichen Belagerungsartillerie erst noch aus Maastricht und Luxemburg erwartet wurde. Stündlich konnte der Sturm beginnen. Aufhebung der Belagerung dieser Feste und sofortiger Abschluß eines Waffenstillstandes, was hätte Möllendorff nicht alles in diesen düsteren Stunden hierfür gegeben [152]! Jetzt, wo fast alles auf die Entscheidungen der Machthaber in Paris ankam und am Mittelrhein eine militärische Katastrophe unmittelbar drohte, bat er Ende November im Bewußtsein der Ohnmacht und Unzulänglichkeit den König, fortan selbst den Major von Meyerinck mit Weisungen zu versehen. Der Kombination von Kriegführung und Politik fühlte er sich schlechterdings nicht mehr gewachsen.

In Basel harrte man inzwischen ungeduldig des Kuriers aus Paris.

---

kiers Forcart, bei dem der Major zwischen der Gattin Burckhardts und einer Dame aus Bordeaux saß, schildert, wie namentlich die letztere des Majors ganze Zärtlichkeit auf sich gelenkt haben soll. Einen ernsten Zusammenstoß gab es tags darauf (17. November) bei einer Spazierfahrt außerhalb Basels. Meyerinck fragte nach seinen letzten Ausgaben. Schmerz nannte 120 Louisdors. «Belohnung ist man Ihnen schuldig», erklärte Meyerinck, «nämlich solange Sie noch hier sind, bekommen Sie täglich 6 Thaler; das ist gerade so viel, wie ein Feldjäger erhält.» Schmerz raste: «Herr Major, Sie sind ein Unmensch. Haben Sie schon vergessen, daß Sie mich aus dem glücklichen Schoß meiner nun unglücklichen Familie rissen und ins Elend stürzten? Währenddessen Ihre Suite in meinem Hause von meinen Einkünften schwelgte? ... Lohn wie ein gemeiner Feldjäger? Pfui der Schande! Sind das die königlichen Belohnungen, das grenzenlose Glück, welches mir Hiller, Graf Kalckreuth und Sie oft versprachen?» Schmerz begab sich nach der Rückkehr sofort zu Bacher, um ihn um seinen Paß zu bitten. Bacher soll ihm geantwortet haben: «Wollen Sie eines Narren wegen alles zertreten, was wir seit drei Monaten mit so vieler Mühe pflegten?» (Pr. G. St. A.)

[151] Meyerinck an Haugwitz, 16. 11. 1794; an Möllendorff, 17. 11. 1794 (Pr. G. St. A.).

[152] Möllendorff an den König, 22. 11. und 29. 11. 1794 (Pr. G. St. A.).

Denn solange dieser nicht zurückgekehrt war, konnte man von wirklich ernsthaften Verhandlungen noch nicht sprechen. Meyerinck befand sich in keiner beneidenswerten Lage. Während Schmerz es liebte, ihn mit allerlei Neuigkeiten und unkontrollierbaren Gerüchten zu überraschen und die unerquicklichsten Zusammenstöße mit ihm geradezu herausforderte [153], hatte Bacher noch nicht einmal die Erlaubnis, offiziell mit ihm zu verkehren. Dieser tat natürlich alles, ihn bei guter Laune zu halten, so daß Meyerinck immer wieder Vertrauen faßte, so oft ihn auch die harten Tatsachen des Alltags erschütterten. Immer noch hielt er eine Neutralisierung von Mainz für möglich [154], und seine Erregung über die Beschießung von Emmerich konnte Bacher mit dem Hinweis beschwichtigen, daß man es gar nicht auf die Stadt selbst abgesehen habe, sondern nur die Auslieferung gewisser Schiffe, die auf dem Verhandlungswege nicht zu erreichen gewesen sei, habe erzwingen wollen. Meyerincks Drohung, angesichts solcher Vorfälle Basel wieder zu verlassen, war im Grunde nicht ernst gemeint. Er sehnte sich selber zu sehr nach einem Frieden, als daß er in seinen Berichten einen Abbruch der Besprechungen hätte empfehlen können. Auch als Ochs die Aufrichtigkeit Preußens in Zweifel zog und die Vermutung aussprach, der König strebe im Westen nur Erleichterungen

[153] Verärgert über das französische Vorgehen gegen Emmerich, ließ Meyerinck am 21. 11. Schmerz zu sich rufen und fuhr ihn an: «Schöne Nachrichten für geschlossene Konvention! So geht's, wenn man so leichtgläubig ist, wie Sie sind! Die Franzosen haben Emmerich in Brand gesteckt. Bacher ist ein Spitzbub! Und Ochs ist eine Bestie!» Schmerz suchte ihn zu beschwichtigen, der Major aber fuhr fort: «Was? Sie sind auch von dem Gift der Demokratie angesteckt? Herr, ich sag Ihnen, Sie müssen preußisch sein, denn dafür werden Sie bezahlt.» Darauf Schmerz: «Herr Major, ich habe Mitleid mit Ihrer unglücklichen Leidenschaft, sonst würde ich mich sicher zu rächen wissen. Was toben Sie gegen mich, wenn mich Herr Bacher betrog?» – Auch Harnier hat sich angeblich gegen den Major aufstacheln lassen. So soll er am 24. 11. zu Schmerz geäußert haben: «Man sieht wohl, daß Meyerinck seine erste politische Laufbahn in Polen betrat – lauter Unruhe, lauter Säbelzüge» – und Schmerz hatte hinzugefügt: «und ebenso kriechend wie ein polnischer Jude, wenn er Widerstand findet.» Derlei gehässige Bemerkungen rissen nicht ab. Als Schmerz und Harnier den Major einmal in seinem Quartier aufsuchten, fanden sie dort den Stiefel- und Hutmacher, den Schneider, den Galanteriekrämer, den Pettschaftstecher und 3 Feldjäger vor. Meyerinck begann: «Sehen Sie, dies Tuch hab ich mir zum Rock, dies zum Überrock, dies zum Gilet und dies zu den Beinkleidern gewählt. Sagen Sie mir doch, ob Sie meinen Geschmack approbieren.» Darauf Schmerz: «Warum wollen Sie sich denn maskieren? Das ist ja lauter braunes Tuch. Man wird Sie in einem solchen Anzug verkennen.» Meyerinck entgegnete, er werde in Zukunft incognito und zu Fuß herumstreichen, «ohne Degen, so ganz kaufmännisch». Schmerz: «Nein à la Rousseau!» (Alles nach Schmerz' Aufzeichnungen, Pr. G. St. A.)

[154] Meyerinck an Haugwitz, 23. 11. 1794 (Pr. G. St. A.).

an, um im Osten alle Kräfte einzusetzen, die er hernach vielleicht noch einmal gegen Frankreich marschieren lassen könnte, blieb Meyerinck verhandlungsbereit. Zwar gaben derlei Äußerungen auch ihm zu denken, denn wer konnte wissen, ob sie nicht die Auffassungen maßgeblicher Kreise in Paris darstellten? Dennoch kann als sicher angenommen werden, daß Meyerinck nicht einen einzigen Augenblick an eine Aufgabe der Verhandlungen gedacht hat.

Da traf am 23. November die Antwort aus Paris ein. In lakonischer Kürze besagte sie, daß gemäß den Dekreten der Nationalversammlung der Wohlfahrtsausschuß die einzige Instanz sei, die preußischen Unterhändler anzuhören. Ihm allein hätten sie darum ihre Vorschläge zu unterbreiten [155]. Meyerinck tat hocherfreut. Er beeilte sich, in Paris den Austausch der Kriegsgefangenen vorzuschlagen und eine beglaubigte Abschrift seiner Vollmachten zu übermitteln [156].

Von nun an wurden die Verhandlungen vertraulicher, wie Ochs später rückblickend bemerkte [157]. Am 24. November erfolgte der Austausch der Vollmachten. Fast hat man den Eindruck, daß Meyerinck jetzt, wo man konkrete Angaben von ihm erwartete, plötzlich unsicher wurde, unsicher vor allem gegenüber dem Basler Stadtschreiber, der ihm vielfach mit beträchtlichem Mißtrauen begegnete. «Ich soll die Auswechslung nachsuchen», schrieb er dem Feldmarschall [158], «gleichwohl soll dies auch eine Gelegenheit geben, zu horchen, wo die Glocken hängen, für die Schonung des Reiches zu arbeiten, es dem Reiche fühlbar zu machen, ... daß wir gar kein Interesse an diesem Kriege haben, kurz, daß wir mit Ehren und Würden aus diesem teuflischen Spiel kommen. Wohl hundertmal habe ich meine Pleinpouvoir und meine Instruktion durchdacht.» Die Lage vor Mainz und am Niederrhein versetzten ihn in die Notwendigkeit, ohne nochmalige Rückfrage bei Möllendorff oder in Berlin sofort seine Antwort nach Paris zu formulieren [159]. In nüch-

---

[155] Comité de Salut Public (in der Folge abgekürzt W. F. Ausschuß) an Bacher, 26 brumaire III (16. 11. 1794) Kaulek, V, 10; Otto, 36; Pr. G. St. A.

[156] Nachschrift zu Meyerincks Brief an Haugwitz vom 24. 11. 1794 (Pr. G. St. A.). Bacher an den W. F. Ausschuß, 23. 11. 1794; Meyerinck an den W. F. Ausschuß, 24. 11. 1794 (Kaulek, V, 12, und Pr. G. St. A.).

[157] Ochs, VIII, 168; vgl. auch Meyerinck an Hardenberg, 24. 11. 1794 (Pr. G. St. A.).

[158] Meyerinck an Möllendorff und Hardenberg, 24. 11. 1794 (Pr. G. St. A.).

[159] Meyerinck an den W. F. Ausschuß, 24. 11. 1794 (Pr. G. St. A.; Kaulek, V, 14). Eine Abschrift der Vollmacht sowie Möllendorffs und Hardenbergs jüngste Briefe legte er bei. Auf Bachers Betreiben hatte Meyerinck das in seinem Entwurf mehrfach vorkommende «nation» durch «République» ersetzt. Siehe auch Bacher an den W. F. Ausschuß, 5 frimaire (25. 11. 1794) bei Kaulek, V, 15.

ternen Worten legte er seinen Auftrag dar, den Austausch der preußischen, sächsischen, mainzischen und hessischen Gefangenen unbeachtet ihrer Zahl anzubieten und dafür die Schonung Kleves, Gelderns und Westfalens zu verlangen. Er forderte Einstellung aller Kontributionen und Verwüstungen und eine nach Abschluß der Verhandlungen alsbald erfolgende Räumung dieser Gebiete, die dann von beiden Parteien als neutral angesehen werden sollten. Der König würde sich verpflichten, fuhr Meyerinck fort, keine Subsidien mehr anzunehmen, sich nicht mehr am Koalitions- und Reichskrieg zu beteiligen und sein Kontingent zurückzuziehen. Zur Durchführung dessen schlage er einen Waffenstillstand vor sowie eine Neutralisierung von Mainz. Im übrigen sei ihm an der Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen sehr gelegen. Auf Meyerincks Bitten fügte Bacher in einem eigenen Schreiben hinzu, daß trotz der in Südpreußen und Schlesien eingetretenen Beruhigung Preußen sehr friedensbedürftig zu sein scheine und alles daran setze, schnell zu einem glücklichen Abschluß zu kommen.

Mehr konnte man in Paris von einer Antwort Meyerincks nicht erwarten als das Angebot, sich ganz von der Koalition zu trennen und die noch ungeschlagene Armee in die Stammlande zurückzuziehen. Unter Preisgabe Hollands hoffte man also, die Neutralität von Kleve, Geldern und Westfalen zu erreichen. Daß auch Möllendorff so dachte, war seinen Briefen an den Major zu entnehmen, die übrigens bewußt so abgefaßt waren, daß Bacher sie lesen, über sie berichten oder gar, wie es tatsächlich geschehen ist, in Abschriften nach Paris senden durfte. So schreibt er einmal in einem dieser Briefe, hätte er die französischen Operationen am Niederrhein im voraus gewußt, so hätte er den Franzosen eine Schlacht geliefert. Nicht aus Furcht überschreite er den Rhein, sondern auf königliches Geheiß. Die Beschießung von Emmerich und die schonungslose Behandlung von Kleve berechtige nur zu geringen Hoffnungen, und da auch vor Mainz und Mannheim die guten Neigungen Preußens zunichte gemacht würden, müsse auch er wieder an eine Zusammenarbeit mit Clerfayt denken. Man müsse überhaupt wissen, ob der Ausschuß die preußischen Vorschläge loyal zu behandeln gedenke [160]. Eine Beendigung des Krieges gereiche zwar allen zum Vorteil, aber als Oberbefehlshaber müsse er unter allen Umständen auf einem ehrenvollen Frieden bestehen.

Man konnte annehmen, daß derartige Briefe des preußischen Oberbefehlshabers – ein ähnlicher Brief lag übrigens auch von

---

[160] Kaulek, V, 16; s. auch Bacher an den W. F. Ausschuß, 3 frimaire (Kaulek, V, 12).

Hardenberg vor – in Paris ihre Wirkung nicht verfehlten [161]. Es lag zudem der Schluß nahe, daß die Rückführung des Korps Hohenlohe an den Rhein mit der Ungewißheit über den Ausgang der Friedensbestrebungen im Westen in Zusammenhang stand. Bacher zeigte sich jedenfalls sehr beeindruckt. Wer konnte wissen, ob nicht die französische Haltung vor Mainz und Mannheim oder Emmerich Preußen wieder mißtrauisch gemacht hatte und die Front der Verbündeten in naher Zukunft wieder festigen sollte? Weisungsgemäß ließ Meyerinck sogar eine solche Möglichkeit durchblicken. Ochs und Bacher wurden hellhörig. Um zu besänftigen, meinten sie, die Verhandlungen kämen in Kürze doch vorwärts; es bestünden Anzeichen dafür, daß auch in Paris das Mißtrauen von ehedem gewichen sei [162].

Umgekehrt hegte auch Meyerinck geheime Befürchtungen hinsichtlich der Beschlüsse des Wohlfahrtsausschusses. Er hätte sie bestätigt gefunden, wären ihm die Äußerungen Merlins de Thionville, des Volksrepräsentanten bei der vor Mainz operierenden Armee, bekannt geworden. Er hielt engsten Kontakt mit Paris. Sein Urteil konnte darum zu denken geben. Alle Friedensbeteuerungen Preußens nannte er eitle Kunstgriffe. Der König, schrieb er an Bacher, müsse erst Mainz und den Mannheimer Brückenkopf aufgeben und alle Truppen zurückziehen, bevor Verhandlungen beginnen könnten. Nicht Frankreich, sondern Preußen befinde sich in einer kritischen Lage. Auch er, Merlin, wünsche den Frieden, aber erst dann, wenn das ganze linke Rheinufer erobert sei. Dahin ziele auch, so versicherte er ausdrücklich, der Wille seiner Regierung. Erst *in* Mainz sollten die Waffen niedergelegt werden [163].

Merlin konnte so sprechen, weil ihm die Stimmung in der preußischen Armee bekannt war. Er hatte sich eines Spions bedient, eines der Revolution ergebenen Kreuznacher Bürgers namens Schmitt, der bei Biebrich aufgegriffen, Kalckreuth vorgeführt, von diesem aber wieder entlassen worden war. Als er nach vielen Abenteuern zu Merlin zurückkehrte, wußte er diesem genügend zu erzählen [164]. Die Folge war, daß Merlin jetzt alles daransetzte, die bei der Rhein- und Moselarmee aufgetretenen Schwierigkeiten im Lebensmittelnachschub zu beheben, um den Gegner zu zwingen,

---

[161] Der König an Möllendorff, 17. 11. 1794; Möllendorff an Meyerinck, 22. 11. 1794 (Pr. G. St. A.); Hardenberg an Meyerinck, 22. 11. 1794 (Kaulek, V, 17), Bacher an den W. F. Ausschuß, 27. 11. 1794 (Kaulek, V, 18 ff.).

[162] Meyerinck an Möllendorff, 29. 11. 1794 (Pr. G. St. A.).

[163] Merlin de Thionville an Bacher, 13 frimaire (3. 12. 1794), Kaulek V, 22.

[164] Merlin de Thionville an den W. F. Ausschuß, 14 frimaire (4. 12. 1794), Kaulek, V, 24; s. auch Sorel, Rev. hist., VI, 39 ff.

Frankreich um Frieden zu bitten [165]. Es sei leicht, meinte er, einen Keil zu treiben zwischen Preußen und der Koalition. Man müsse von Köln aus in Geldern einfallen, dann würde Möllendorff den Franzosen den Mittelrhein überlassen, um den Besitz im Norden zu behaupten. Rücksichtlose Ausnutzung der militärischen Vorteile, schneller Abschluß eines Separatfriedens hieß sein Programm. Auflösung der Koalition war ihm der sicherste Weg, zum endgültigen Ziele zu kommen, das in nichts anderem bestand, als an den Ufern des Rheins Europa den Frieden zu diktieren. Vorbedingung hierfür aber war, in den militärischen Anstrengungen jetzt nicht nachzulassen, sondern mit erhöhter Aktivität den Krieg fortzusetzen, Mainz und Mannheim also auf keinen Fall zu schonen. Er wußte: Michaud, Kléber, Desaix, Saint-Cyr und andere dachten wie er, und vom Wohlfahrtsausschuß erwartete er eine gleiche Entschlossenheit.

Bei diesem Ausschuß lagen auf französischer Seite fortan alle wichtigen Entscheidungen in der Friedensfrage. Vor allem nach einem am 24. August 1794 erlassenen Dekret des Nationalkonvents hatte er praktisch die gesamte Leitung der auswärtigen Angelegenheiten selbständig übernommen [166]. Alle den Krieg wie den Frieden berührenden Aktionen waren hier konzentriert. Mitte Oktober hatte ein Dienstverteilungsplan Ordnung in die Bewältigung aller Aufgaben gebracht. Neben den planmäßigen Sachbearbeitern wurden gelegentlich auch erfahrene Männer zu Rate gezogen, die zum Teil wie etwa Bougoing noch aus den Tagen des Königtums stammten. In diesen Ausschuß wurden für jeweils vier Monate zwölf Mitglieder gewählt, dergestalt, daß er sich jedesmal Mitte des Monats zu einem Drittel erneuerte. Unter den schwierigsten Bedingungen hat dieser Ausschuß, in dem viele Männer von Einsicht und Talent saßen, wie Merlin de Douai, Boissy d'Anglas, Cambacérès, Fourcroy, Carnot, Sieyes, sich mit Fleiß und Hingabe der Aufgabe gewidmet, im Innern die Anarchie zu überwinden und unerachtet des Streites der Parteien nur der Größe des Vaterlandes zu dienen.

An diesen Ausschuß wurden die diplomatischen Berichte gesandt, und von ihm ergingen die Weisungen an die Vertreter und Agenten im Ausland. Keines seiner Mitglieder leitete das Auswärtige allein. Einzeln oder mit einem Kollegen, je nach dem Auftrag

---

[165] Merlin de Thionville an den W. F. Ausschuß, 30 brumaire (20. 11) und 14 frimaire (4. 12. 1794) bei Kaulek, V, 10 und 24 ff., Sorel, Rev. hist., VI, 40: die Politik der Eroberung sei selten mit so viel Kühnheit manifestiert worden. Merlin de Thionville sei ihr wichtigster Initiator, Merlin de Douai ihr wirksamster Vollstrecker.

[166] Vgl. vor allem hierzu Sorel, Rev. hist., VI, 29 ff., dem ich i. a. folge.

des Ausschusses, wurden die Beziehungen zu dieser oder jener fremden Macht gepflegt. Vom Beginn der Basler Unterhandlungen bis zum 15 nivôse (4. 1. 1795) und dann wieder vom 3. Februar bis zum 3. Juni führte Merlin de Douai die sich auf Preußen beziehende Korrespondenz, zeitweise von Cambacérès, der am 5. November dem Ausschuß beitrat und vom 4. Januar bis zum 5. März sein Ressort betreute, und Reubell, der am 5. März in den Ausschuß gewählt wurde, unterstützt. Mit nur ganz kurzer Unterbrechung lag also die Leitung der sich auf Preußen beziehenden Angelegenheiten bei Merlin. Nimmt man hinzu, daß auch das mit der formellen Bearbeitung betraute Büro, die sogenannte zweite Abteilung, in dieser ganzen Zeit von einem Einzigen, dem aus Württemberg stammenden Reinhard, geleitet wurde, so ist die Geradlinigkeit der französischen Haltung gegenüber Preußen verständlich. Ohne Zweifel hat neben den Basler Unterhändlern vor allem Merlin den Gang der Verhandlungen bestimmt. Er war wohl im Winter 1794/95 überhaupt der bedeutendste Kopf des Ausschusses. Von umfassender Bildung und klarem Verstand, besaß er dazu die ganze Geschmeidigkeit des Diplomaten. Gingen alle Berichte bislang an die Kommission für auswärtige Angelegenheiten, so wurden sie seit August an den Ausschuß selbst, das heißt an Merlin gerichtet. Er war, was Preußen betraf, von allen am besten unterrichtet, und er war es auch, von dem der Ausschuß einen Rechenschaftsbericht über die ihm obliegenden Arbeiten entgegenzunehmen pflegte, und schließlich war er es, der namens des Ausschusses in der Sitzung des Konvents vom 14 frimaire (4. 12.) über die immer häufiger auftretenden Friedensgerüchte eine amtliche Erklärung abgab [167].

Merlin war auch nicht der Mann, der eine Einmischung Unberufener in sein Ressort widerspruchslos hinnahm. Als Bacher ihm berichtete, Merlin de Thionville habe eine Zusammenkunft mit Kalckreuth gehabt, mußte sich dieser eine ernste Rüge gefallen lassen. Es erscheine dem Ausschuß erstaunlich, ließ sich Merlin de Douai vernehmen, daß Merlin de Thionville einen feindlichen General um eine Zusammenkunft gebeten habe; noch erstaunlicher aber sei, daß er dem Ausschuß nichts davon mitgeteilt habe. Er erwarte daher ungeduldig seine Rückäußerung [168]. Eine ähnliche Zurechtweisung mußte sich auch Bacher einmal gefallen lassen, weil er Michaud über den Stand der Friedensbemühungen unterrichtet hatte. Allenfalls könne sich Bacher an die Volksrepräsentanten bei

---

[167] Kaulek, V, 28.

[168] Der W. F. Ausschuß an Merlin de Thionville, 5. 12. 1794 (Kaulek, V, 28).

den Armeen, niemals aber an die Oberbefehlshaber selbst wenden, hieß es in dem Reskript [169].

Wer so schrieb, von dem war nur Unerbittlichkeit in den Verhandlungen zu gewärtigen. Es kam hinzu, daß er über die Möglichkeiten und Absichten der preußischen Heeresleitung gut unterrichtet war. Er wußte, daß Möllendorff auch vom rechten Rheinufer aus immer noch stark genug war, eines Tages wieder zur Offensive überzugehen [170]. Je dringender aber Preußen Verhandlungen anzuknüpfen wünschte, um so vorsichtiger mußte nach seinem Urteil der Ausschuß operieren, und nur mit um so wertvolleren Faustpfändern in der Hand durfte sich der Unterhändler der Republik an den Verhandlungstisch setzen. Mit anderen Worten: Frankreich sollte zögern, bis die am Niederrhein sich anbahnenden Erfolge gesichert waren. Entsprechend lautete daher die Antwort des Ausschusses, die auf Meyerincks Brief am 1. Dezember erging: Meyerinck habe sich nicht deutlich genug erklärt; er müsse erst weitere Einzelheiten mitteilen, bevor man in Paris eine Entscheidung treffe. Sollten seine Vorschläge aber von einiger Wichtigkeit sein, so werde man sie genauestens prüfen, und er möge sich alsbald zu weiteren Verhandlungen unmittelbar nach Paris begeben [171]. Drei Tage darauf wurde Bacher angewiesen, die Vorschläge anzuhören und, sofern sie der Würde der Republik entsprächen, sie mit Wohlwollen aufzunehmen. Dabei wurde jedoch schon kein Zweifel daran gelassen, daß man in Paris unter keinen Umständen auf Mainz zu verzichten bereit war, und Merlin de Thionville erhielt den eindeutigen Befehl, mit aller Energie die Belagerung der alten Reichsfeste zu betreiben.

Merlin und der Wohlfahrtsausschuß konnten diese Sprache führen, weil sie der großen Mehrheit des Konvents sicher waren. Es war nicht leicht, diese in ihren Stimmungen und politischen Konzeptionen keineswegs so homogene Versammlung für die Ziele des Ausschusses zu gewinnen. Immer noch gab es im Konvent eine Partei der ewigen Revolutionäre, die in der Fortsetzung des Krieges und in einer endlosen Kette von Eroberungen die Voraussetzungen ihrer eigenen politischen Existenz sahen. Ihnen gegenüber verlangten die Thermidorianer nach einem glorreichen Frieden.

---

[169] Dieser Brief wurde auch den o. a. Volksrepräsentanten zugestellt mit dem Hinweis, daß die Armee keine Kenntnis von der diplomatischen Lage der Republik gegenüber Preußen haben dürfe.

[170] Merlin de Thionville an Merlin de Douai, 4. 11. 1794; Sorel, Rev. hist., VI, 35).

[171] Dat. vom 11 frimaire; Kaulek, V, 21; Otto, 36; s. auch W. F. Ausschuß an Barthélemy, 15 frimaire (Kaulek, IV, 465); an Bacher, 14 frimaire (Kaulek, V, 24); an Merlin de Thionville, 15 frimaire (Kaulek, V, 29).

Gemeinsam wiederum vertraten beide einen expansiven Nationalismus. In dieser Lage konnte der Ausschuß nur sehr vorsichtig operieren und mußte jede Verstimmung des Konvents vermeiden [172]. Er durfte weder die preußischen Anträge für bare Münze nehmen noch einen Schein von Nachgiebigkeit zeigen. Auf die Schwierigkeit dieses Lavierens hat Sorel nachdrücklich hingewiesen. Wie weit durfte der Ausschuß überhaupt gehen? War er befugt, geheime Verhandlungen einzuleiten, einen Waffenstillstand oder einen Frieden zu unterzeichnen? Aber geheim mußte doch alles vor sich gehen. Wollte der Ausschuß eine öffentliche Debatte vermeiden, so achteten vor allem die Jakobiner im Konvent eifersüchtig darauf, daß der Ausschuß seine Befugnisse nicht überschritt und in seinem Schoße nicht über Fragen verhandelte, die vor das Forum des Konvents gehörten. Der Ausschuß durfte dem Konvent darum keine unreife Frucht vorwerfen. Denn diese hätte eine Diskussion heraufbeschworen, die einer Unterhandlung mit Preußen mindestens sehr unzuträglich gewesen wäre. Er mußte also zögern, wenn er den von ihm selbst gewollten Frieden nicht gefährden wollte. Solange Schmerz in Basel weilte, war dieser Aufschub gerechtfertigt. Nachdem aber Meyerinck, mit Vollmachten versehen, eingetroffen, mußte der Ausschuß aus seiner Reserve hervortreten. Um aber unter allen Umständen vor dem Konvent bestehen zu können, verlangte er nunmehr von Meyerinck weitere Einzelheiten. Fielen sie günstig aus, war der Ausschuß zu Verhandlungen bereit, und er konnte sich ohne Gefahr dem Konvent stellen.

Es ist Merlins Verdient, das Mißtrauen des Konvents gebannt und ihm die Sonderfriedenspolitik des Ausschusses nahegebracht zu haben. In einer großen Rede nahm er namens des Ausschusses im Konvent zu den Friedensgerüchten Stellung. Einen «Frieden um jeden Preis» rundweg verwerfend, beteuerte er den Entschluß der Republik, immer nur einen glorreichen Frieden zu wollen, der durch die eigene Kraft und die Ohnmacht der Feinde gesichert sei. Während er sich mit Zorn und Leidenschaft gegen England und Österreich wandte, sprach er über Preußen mit deutlich vernehmbarem Entgegenkommen. Ohne Zweifel werde Preußen erkennen, rief er der Versammlung zu, daß es in einem soliden Frieden mit Frankreich und in enger Verbindung mit den nordeuropäischen Staaten allein Dauer und Stärke finden könne. Nur so werde es imstande sein, sich gegen den alles verschlingenden russischen Ehrgeiz zur Wehr zu setzen. «Das französische Volk», fuhr er fort, das mit siegreicher, aber großmütiger Hand die Grenzen zieht, die

[172] Sorel, Rev. hist., VI, 48 ff.

es für den Schutz des Landes als notwendig ansieht, wird keine Anerbietungen zurückweisen, die mit seinem Interesse und seiner Würde, mit seiner Ruhe und Sicherheit vereinbar sind.»

Der Konvent verstand diesen Ruf nach dem linken Rheinufer. Unter seinem Beifall hatte Merlin die alten Ziele aufs neue verkündet. In ungezählten Exemplaren wurde die Rede an die Armeen und alle Gemeinden des Landes verschickt. Damit hatte der Ausschuß den Rücken frei. Am Tage nach jener Konventsrede, am 5. Dezember, richtete der Ausschuß an Barthélemy eine Botschaft, die seine Verhandlungsbereitschaft bewies: «Der Augenblick der höchsten Aufmerksamkeit ist gekommen. Wir zählen auf deine Tatkraft, Weisheit und Umsicht.»

Wie in Frankreich, so drängte auch in Preußen die Entwicklung auf ein schnelles Vorwärtskommen der Gespräche. Die Kapitulation von Warschau, die Räumung des linken Rheinufers durch Möllendorff, die Kündigung des Subsidienvertrages, der Mainzer Friedensantrag, das dänische Vermittlungsangebot sowie die anhaltenden Waffenerfolge des Gegners empfahlen einen schnell fortschreitenden Verhandlungsgang. Es durfte nicht dazu kommen, daß das Reich und seine Stände den Frieden etwa aus den Händen einer anderen Macht entgegennahm, und zudem glaubte Meyerinck, daß sogar geheime englisch-französische Verhandlungen durch Mittelsleute geführt wurden [173].

---

[173] Die Angelegenheit ist ziemlich mysteriös. So war Meyerinck am 29. November ein vermutlich aus der Feder eines Grafen v. Orset stammender Brief zugegangen. Orset hatte sich früher lange in Paris aufgehalten und konnte vielleicht als geheimer Unterhändler Englands gelten. Der Brief war an einen Pariser Bankier gerichtet, der im Auftrage seiner Regierung große Handelsoperationen vorzunehmen pflegte. Dieser Bankier hatte sich kurz vor Meyerincks Ankunft in Basel aufgehalten und wurde auch jetzt wieder dort erwartet. Aus dem Inhalt des Briefes «...Aus den öffentlichen Zeitungen habe ich mit wahrem Vergnügen gesehen, daß Ihnen von dem französischen Konvent aufgetragen worden, an einem Frieden mit dem deutschen Reich und mit Preußen zu arbeiten. Es ist mir außerordentlich lieb, daß diese ehrenvolle Unterhandlung einem Manne anvertraut worden, dessen Rechtschaffenheit und Talente hier bei uns ebensosehr als in seinem eigenen Lande gepriesen werden. Möchte doch Ihr Auftrag bis auf einen allgemeinen Frieden sich ausdehnen können! Von ganzem Herzen würde ich dazu behilflich sein und werde es wirklich sein, wenn Sie mir nur eine baldige und treffende Antwort zukommen lassen...» Der Brief ist nicht unterzeichnet. Der Absender sagt aber, der Empfänger werde ihn schon kennen. Er habe 1790/91 in Paris in der Rue St. Honoré gewohnt. Dort hatte aber auch der englische Gesandte Orset seinen Wohnsitz. Alles deutet auf Orset als den Verfasser dieses Briefes. Zudem trieb jener Bankier (namens Périgord oder auch Perregaux) die meisten Geschäfte mit England. Die nach Frankreich reisenden vornehmen Engländer wurden ihm fast durchwegs empfohlen. Er hatte beste Verbindungen zur

Hardenberg, von Meyerinck auf dem laufenden gehalten, hat noch vor dem offiziellen Bekanntwerden der französischen Verhandlungsbereitschaft eine Bilanz gezogen und sie zu einem eingehenden Bericht an das Ministerium geformt [174]. Danach stellte sich die Lage etwa folgendermaßen dar: Bachers private Äußerungen, denn etwas anderes waren sie nicht, spiegelten die immer zahlreicher aus Frankreich herüberdringenden Friedensäußerungen wider. Hardenberg neigte zu der Auffassung, daß man in Paris zu einem Frieden, vielleicht sogar mit Einschluß des Reiches oder wenigstens der vorderen Reichskreise bereit war. Als Hauptbedingung erwartete er die Anerkennung der Republik, vielleicht auch die Beibehaltung eines Restpolens. Nach Hardenbergs Ansicht kam es jetzt darauf an, zunächst einen Waffenstillstand abzuschließen und vor allem die Franzosen zum Verzicht auf weitere Unternehmungen gegen Mainz zu bewegen. Einzig und allein die französische Verhandlungsbereitschaft schien bis jetzt festzustehen. Trotz dieses recht spärlichen Ergebnisses hielt Hardenberg es für dringend geboten, den dünnen Faden nicht wieder abreißen zu lassen. Denn bis jetzt hatten alle Sondierungen dem Ansehen des Königs noch keinen Schaden zugefügt. Es kam jetzt nur darauf an, die glücklichsten Formulierungen zu finden. So mußte nach seinem Urteil ein Waffenstillstand das ganze Reichsgebiet umfassen und die Franzosen verpflichten, auch die Feindseligkeiten gegen Mainz und Mannheim einzustellen. Jetzt jedoch schon die Räumung der besetzten Gebiete zu verlangen, hielt er für verfrüht. Man habe viel gewonnen, meinte er, wenn nach dem Wortlaut eines Vertrages sie nicht mehr zu Kontributionen und sonstigen Leistungen herangezogen würden. Bezeichnend für Hardenbergs Auffassung war jedoch der Ausblick, mit dem er seinen Bericht beschloß: Meyerinck möge auf den Rückmarsch des Korps Hohenlohe hinweisen und erklären, die Armee würde sich einem weiteren feindlichen Vormarsch widersetzen. Das Reich würde noch ungeahnte Energien entfalten, falls Frankreich ungerechte und unmäßige Forderungen stelle.

Das war Hardenbergs wirkliche Sprache. Von allen Beratern der Krone hat er in der Krise von 1794/95 die entschiedenste Haltung gegenüber Frankreich eingenommen. Er hatte noch immer nicht die Hoffnung auf eine erneute Zusammenarbeit mit den Seemächten aufgegeben. Er war überzeugt, daß Preußen die Subsidien erhalten hätte, wenn *er* beauftragt worden wäre, mit Malmesbury zu verhandeln. Aus einem seiner Briefe an Haugwitz klingt deutlich die

englischen Oberschicht. Vgl. auch Meyerinck an Haugwitz, o. D., vermutlich 29. 11. 1794 mit Abschrift des obigen Briefes (Pr. G. St. A.).

[174] Hardenberg an das Ministerium, 28. 11. 1794 (Pr. G. St. A.).

Verbitterung darüber heraus, in dieser so wichtigen Frage übergangen worden zu sein. Waren aber Verhandlungen mit den Franzosen nicht mehr zu umgehen, so sollte seiner Ansicht nach Preußen sie im Bewußtsein seiner militärischen Stärke führen. Seine Informationen erhärteten seine Überzeugung, daß man den Franzosen gegenüber gar nicht so unterwürfig zu sein brauchte.

Unter den Akten befinden sich die Berichte eines ungenannten, vertrauten Freundes, der am 15. November in Basel eingetroffen war und im gleichen Hause wie Meyerinck Wohnung genommen hatte [175]. An der Gästetafel Bachers hatte er bald Gelegenheit, sich über die damals in Frankreich herrschende Stimmung zu unterrichten. In seinen Berichten entrollte er Hardenberg ein anschauliches Bild von dem Friedenswillen jenseits der Grenze. Die Franzosen hatten ihm versichert, daß sie vor allem aus innerpolitischen Gründen des Friedens bedürften – mit Spanien, Sardinien, Preußen, mit dem Reich, eventuell auch mit Holland, nicht aber mit Österreich und England. Preußen sei, so versicherten sie ihm, nur mit Widerstreben zu Felde gezogen. Sein König sei jetzt zwar noch der Feind Frankreichs, aber man wisse, daß er zu einem Sonderfrieden bereit sei.

Aber die Welt der Realitäten war vorerst doch härter, als die Gespräche an Bachers Tafelrunde erkennen ließen. Was hatte Meyerinck denn eigentlich schon erreicht? Bacher hatte zwar wiederholt an Michaud und den Wohlfahrtsausschuß geschrieben, aber derselbe Bacher hatte demselben General auch zu verstehen gegeben, daß nichts ihn hindere, Mörser vor Mannheim zu schleppen und die Stadt zu verbrennen, da Möllendorffs Drohungen im Grunde nichts anderes seien als «brandenburgische Prahlereien»[176].

Das klang doch sehr bedenklich, und Meyerinck gab sich darum auch keinen Illusionen hin. Als er sich über die laufenden Requisitionen in den besetzten Territorien am Niederrhein beschwerte, berief sich Bacher kurzerhand auf das Kriegsrecht und lehnte ab, sich für die Schonung dieser Gebiete zu verwenden. Solche und ähnliche Antworten, die Meyerinck des öfteren zu hören bekam, bewiesen immer wieder die Fragwürdigkeit der französischen Äußerungen. Der Dezember war inzwischen ins Land gezogen, und mit

---

[175] Dieser Freund ist identisch mit dem von Sorel (Rev. hist., IV, 46) genannten Grafen von Luxburg, einem in preußischen Diensten stehenden Kammerherrn aus Zweibrücken. Er hatte die Aufgabe, Verbindung mit Barthélemy aufzunehmen, und begab sich von Basel aus nach Baden im Aargau. (Siehe auch Vivenot, Sachsen-Teschen, II, 2, 48.)

[176] Möllendorff an den König, 4. 12. 1794, und an Haugwitz, 12. 12. 1794 (Pr. G. St. A.). Bacher an Michaud, 3. 10. 1794 (Sorel, Rev. hist. V, 297).

dem Frieden war man noch immer nicht weiter gekommen. Immer noch wurden Mißtrauen und Argwohn aller Beteiligten geschickt überdeckt von den häufigen und splendiden Tischgesellschaften bei Forcart und Burckhardt. Während Meyerinck sich Klarheit zu verschaffen suchte, jagten in Basel sich die Gerüchte, nach denen Mainz täglich genommen, Mannheim bombardiert und der Rhein überschritten wurde, und schon hieß es, der neuernannte venetianische Gesandte in London, San Fermo, der sich gerade in Basel aufhielt, sei für einen Teilfrieden italienischer Fürsten tätig und Venedig hätte einem französischen Gesandten soeben das Agreement erteilt. Bacher wußte sogar von einer bevorstehenden Aussöhnung Frankreichs mit Spanien, und während man heute fest behauptete, die Gemäßigten säßen in Paris sicher im Sattel, hieß es morgen, dem Lande drohe eine neue Revolution und ein neuer Zusammenbruch [177].

Da traf endlich die bereits dargelegte Antwort des Wohlfahrtsausschusses vom 4. Dezember in Basel ein [178]. Bacher war voller

---

[177] Bericht des Basler Freundes an Hardenberg, 4. 12. 1794 (Pr. G. St. A.). Luxburg hatte sich mehrmals mit schweizerischen Offizieren, die in österreichischen und holländischen Diensten gestanden, unterhalten. Als Kriegsgefangene waren sie auf ihr Ehrenwort, nicht mehr zu kämpfen, entlassen worden. Sie hatten die Champagne, Bourgogne und die Franche Comté durchzogen und schilderten nun das Elend in den düstersten Farben. Eine Not ohnegleichen hatte sich über die verwüsteten Dörfer gelegt. Die Lebensmittel wurden täglich knapper; Raub und Plünderung waren an der Tagesordnung. Allmorgendlich waren an Straßenecken, Kirchen, öffentlichen Plätzen usw. die gehässigsten Pamphlete gegen die sinnlose Dauer des Krieges zu lesen. Alles drängte nach einer klärenden Entscheidung. Offenbar neigte nun auch der Konvent in seiner Mehrheit der gemäßigten Richtung zu. – Mit dieser Darstellung stimmten auch die Berichte zweier aus Paris zurückgekehrter Dänen und zweier Hamburger überein. (5. Bericht vom 8. 12. 1794, Pr. G. St. A.) Auch sie bestätigten den Wandel in Paris. Reichtum, Luxus, Verschwendung gewannen wieder die Oberhand. In der Gesellschaft wurde alles vermieden, was auf einen Jakobiner schließen lassen konnte. Man nannte sich wieder wie ehedem und hörte kaum noch den citoyen. Schon glaubten viel an die Wiederkehr eines – konstitutionellen – Königtums. Auf der anderen Seite dehnte sich auch das Elend in Paris aus. Nach einer Mißernte drohte der Hunger. Die Handelsbeziehungen lagen darnieder. Das Papiergeld war wertlos. Schon sprachen die Besserwisser von einem neuen Umsturz. Schon hieß es, Rußland wolle im Frühjahr in den Krieg eintreten und Wien die Mainzer Friedensvorschläge öffentlich mißbilligen, ja sogar im Reich eine levée en masse organisieren. Wie leicht konnte da ein weiterer Feldzug für Frankreich unglücklich verlaufen! Wie sehr konnte man versucht sein, ihn zu verhindern!

[178] Der W. F. Ausschuß an Bacher, 14 frimaire III (4. 12. 1794), Kaulek, V, 24. Vgl. auch Meyerinck an Möllendorff, 8. 12. 1794 (Pr. G. St. A.) sowie den Bericht des Rittmeisters Gresselsberg an den Herzog von Sachsen-Teschen, Basel, 22. 11. 1794 (Vivenot, II, 2, 49).

Hoffnung: es gebe in Paris nur *eine* Meinung und diese verlange, sich mit Preußen zu versöhnen, behauptete er. Was Mainz betreffe, fügte er beschwichtigend hinzu, so habe man in Paris wohl nicht recht die Tragweite der eigenen Entschlüsse erkannt. Er suchte Meyerincks Enttäuschung hinsichtlich dieses Punktes zu entkräften und die Haltung des Ausschusses nach Möglichkeit zu rechtfertigen. Die Republik habe die alten Formen der Diplomatie verbannt und sich für das einfachste Verfahren entschieden. Zwar habe man in Paris Verständnis für den preußischen Wunsch, mit einem Gefangenenaustausch zu beginnen und dann die Neutralisierung von Mainz und den Waffenstillstand folgen zu lassen. Aber der Ausschuß möchte nicht mit nebensächlichen Maßnahmen beginnen, sondern sogleich das Hauptziel ansteuern. Er wünsche daher, an Ort und Stelle mit dem Bevollmächtigten des Königs alle Vorurteile zu beseitigen, und dazu bedürfe es weiterer Formalitäten nicht, sondern nur eines eigens ernannten Unterhändlers, der vom allgemeinen Vertrauen getragen sei [179].

Aber Beteuerungen dieser Art vermochten Meyerinck nicht zu beruhigen. Mainz lautete das vordergründige Problem, und das mußte zuerst geklärt werden. Auf Meyerincks wiederholte Vorstellungen ließ sich Bacher schließlich herbei, nach Paris und an den General Michaud die Bitte zu richten, den Angriff auf die Feste solange zu unterlassen, bis Meyerinck aus Berlin die Erlaubnis erhalten habe, zur Fortsetzung der Verhandlungen nach Paris zu reisen [180]. In seiner Note erinnerte Bacher daran, daß Mainz *Reichs*feste sei und Möllendorff erst mit der Einleitung der Friedensverhandlungen eine Handhabe für einen ehrenvollen Rückzug aus der Festung besitze. Bis dahin aber verlange der preußische Feldherr die Neutralisierung des Platzes, der alsdann kein Ruinenfeld, sondern ein Ort des Ausgleichs aller Streitenden werde.

Da weder Meyerinck noch Möllendorff imstande waren, konkrete Friedensvorschläge zu machen, begab sich Harnier am 13. Dezember zur Berichterstattung nach Berlin. Hardenberg, den er auf dieser Reise in Frankfurt aufsuchte, war von dem Stand der Dinge tief enttäuscht. Daß die Franzosen keinen sofortigen Waffenstillstand gewährten und mit ihren Friedensbedingungen noch nicht hervortraten, ließ ihn befürchten, daß sie unter der Hand auch mit anderen Mächten verhandelten und bewußt Zeit zu gewinnen suchten. Er hatte Grund zu dieser Skepsis. Am 8. Dezember hatte Luxburg ihm die in Paris am meisten genannten Artikel eines künf-

---

[179] Meyerinck an Haugwitz, 8. 12. 1794 (Pr. G. St. A.).
[180] Bacher an den W. F. Ausschuß, 9. 12. 1794 (Kaulek, V, 29).

tigen Friedens übermittelt [181]. Danach sollten alle rechtsrheinischen Eroberungen zurückgegeben werden; die Statthalterfamilie sollte abdizieren, die Republik von den Kriegführenden anerkannt werden. Frankreich wollte dagegen dem pfälzischen Hause den Besitz ganz Bayerns garantieren. Als wichtigste Bestimmung aber wurde genannt, daß die linksrheinischen Gebiete auch nach Kriegsende bei Frankreich verbleiben sollten. Auf Grund dieser ungünstigen Nachrichten legte Hardenberg in einem Bericht an den König vom 13. Dezember diesem die Erwägung nahe, ob nicht ein blitzschnell mit aller Kraft geführter Schlag doch noch Wunder wirke und der gemäßigten Partei in Paris den Rücken stärke [182]. Ähnlich sprach er sich auch gegen Haugwitz aus. Er halte, schrieb er, im Augenblick eine Allianz mit Frankreich für die größte Perfidie, die zudem alle übrigen Mächte gegen Preußen vereinigen müßte. Das sicherste Mittel, den Feind von Mainz und Mannheim zu verjagen, sei immer noch ein militärischer Schlag. Dazu aber seien Eintracht und Energie vonnöten statt Mißtrauen und Verärgerung. Man hätte den Feind bekriegen sollen, statt mit den Seemächten zu streiten, und Preußen hätte sich die Feindschaft Rußlands erspart.

Aber wie wir sahen, waren die Entschlüsse des Königs bereits gefaßt, als Hardenbergs Briefe vorlagen und Harnier in Berlin eintraf. Es bedurfte weder eines erneuten Drängens des Hauptquartiers, noch waren die Vorstellungen Hardenbergs dazu angetan, die Bevollmächtigung des franzosenfreundlichen Grafen v. d. Goltz zu widerrufen. Seine Ernennung war für viele ein Unterpfand der aufrichtigen Friedensbereitschaft Preußens.

Mit dem Eintreffen der erwähnten Note des Wohlfahrtsausschusses in Basel schien das Friedensgeschäft konkrete Gestalt anzunehmen. In einer Zuschrift an Bacher dementierte der Ausschuß kategorisch die Gerüchte, wonach die bisherigen Demarchen Preußens abgelehnt worden seien [183]. Es sah fast so aus, als habe Frankreich es jetzt plötzlich ziemlich eilig. An Stelle der gewaltsamen Wegnahme von Mainz wollte man sich in Paris jetzt damit begnügen, daß die Stadt den Franzosen provisorisch übergeben werde, um sie alsdann als neutral zu behandeln, bis der Friede sie endgültig der Republik

---

[181] Hardenberg an Haugwitz, 13. 12. 1794; Bericht Luxburgs aus Basel, 8. 12. 1794 (Pr. G. St. A.).

[182] Hardenberg an Haugwitz und an den König, 13. 12. 1794 (Pr. G. St. A.).

[183] Der W. F. Ausschuß an Bacher, 20 frimaire (10. 12. 1794), Kaulek, V, 31. Grouvelle hatte wissen wollen, daß Frankreich die preußischen Eröffnungen verworfen habe! Er wurde am gleichen Tage zu einem entschiedenen Dementi ermächtigt.

zuspreche [184]. Jetzt konnte doch wenigstens über Mainz verhandelt werden, und zwar nicht zwischen Merlin de Thionville und Möllendorff, sondern zwischen dem Ausschuß und den preußischen Unterhändlern. Ein triumphaler Einzug in die Reichsfeste war offenbar vielen nicht mehr so wichtig wie eine Handelsverbindung mit Frankfurt und anderen Teilen des Reiches, die über Mainz leicht herzustellen war. Daß es dem Ausschuß ernst war, mit Preußen ins Gespräch zu kommen, bewies auch die Skizze, die er dem Gesandten Barthélemy von den bisherigen Sondierungen unterm 5. Dezember zugehen ließ [185]. Barthélemy wurde davon unterrichtet, daß man von Meyerinck zunächst weitere Einzelheiten erbeten, am 4. Dezember sich aber grundsätzlich bereit erklärt habe, die Vorschläge anzunehmen, falls die Würde Frankreichs es zuließ. Es wurde ihm auch schon bedeutet, sich nach Basel zu begeben, sobald der König von Preußen dorthin einen Bevollmächtigten entsandt habe. Von Bacher wärmstens empfohlen, begab sich Meyerinck seinerseits nach Baden im Aargau, um am 24. Dezember dem Gesandten Barthélemy seine Aufwartung zu machen [186].

Von Barthélemy konnte jeder preußische Unterhändler ein gewisses Entgegenkommen erhoffen. Diesen Eindruck hatte auch Graf Luxburg am 28. November bei seinem Besuch in Baden gewonnen [187]. Nach dessen Wahrnehmungen stand Barthélemy der Gruppe nahe, die, auf alle Eroberungen verzichtend, in der Beibehaltung der alten Grenzen die vernünftigste Lösung sahen. Denn er hielt die Republik noch nicht für genügend in sich gefestigt, um eine Million fremdstämmiger Bürger in sich aufzunehmen. Aber er war sich bewußt, daß Ausschuß und Konvent anders dachten, und den Erklärungen preußischer Aufrichtigkeit, mit denen Meyerinck nicht sparte, begegnete er mit dem gesunden Mißtrauen

---

[184] Der W. F. Ausschuß an Bacher, 15. 12. 1794 bei Kaulek, V, 32; s. auch Bacher an Meyerinck, 20. 12. 1794 ebendort.

[185] Der W. F. Ausschuß an Barthélemy, 5. 12. 1794; diesen Brief sandte Meyerinck abschriftlich am 17. 12. 1794 an Haugwitz (Pr. G. St. A.).

[186] Bacher an Barthélemy, 1 nivôse (21. 12. 1794) bei Kaulek, V, 34. Daß es bereits im November in Baden im Aargau zu vorbereitenden Konferenzen zwischen Barthélemy und Meyerinck gekommen sein soll, geht aus den mir vorliegenden Urkunden nicht hervor. Krauel, der sich seinerseits (Prinz Heinrich, 75) auf Vivenot stützt (Sachsen-Teschen, II, 2, 49), berichtet freilich darüber. Dabei habe Barthélemy dem Major von Meyerinck erklärt, die Republik würde nur mit einem ordnungsgemäß bevollmächtigten preußischen Minister verhandeln. Prinz Heinrich wäre ihr für diesen Auftrag am angenehmsten.

[187] 3. Bericht Luxburgs an Hardenberg, Baden, 28. 11. 1794 (Pr. G. St. A.). Aus dieser Unterhaltung und Sorels Darstellung (Rev. hist., VI, 47) sowie den mir vorliegenden Berliner Akten ist die Identität des «Basler Freundes» mit dem Grafen Luxburg zu entnehmen.

des Diplomaten. Die Mitte haltend zwischen der Heftigkeit Merlins de Thionville und dem zur Schau getragenen Vertrauen Bachers, sprach auch er damals in einem Brief an den Ausschuß von der Doppelzüngigkeit der preußischen Politik [188]. Aber er ging doch nicht so weit wie der Volksrepräsentant Féraud, der dem Ausschuß riet, einen Vertreter zu entsenden, der Preußen in erster Linie als einen Militärstaat kenne.

Mit der Ernennung Barthélemys zum Verhandlungsbevollmächtigten lag die Führung der Aktion bei ihm. Bacher sollte ihm beratend zur Seite stehen [189]. Auch er besaß das Vertrauen der Pariser Regierung in hohem Maße, und wurde er verdächtigt, so stellte sich der Ausschuß schützend vor ihn. Denn wenn er auch etwas schwatzhaft war, wie Merlin de Douai einmal schrieb, so war er es nur aus Eitelkeit, und es lag kein Anlaß vor, ihm zu mißtrauen [190]. Die Voraussetzungen waren geschaffen. Die eigentlichen Verhandlungen konnten nunmehr beginnen.

---

[188] Der zu der Armee vor Mainz entsandte Volksrepräsentant Féraud stimmte in der Heftigkeit seiner Ansichten mit Merlin de Thionville überein. Bacher hatte nicht sein Vertrauen, schreibt er, er scheine eine Kreatur Möllendorffs zu sein und werde eines Tages noch impertinent mit dem Grimm des preußischen Feldmarschalls drohen. (Vgl. Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 17. 12. 1794 (Sorel, Rev. hist. VI, 60).

[189] Kaulek, V, 47.

[190] Sorel, Rev. hist., VI, 61.

(Angaben über Literatur und archivalische Quellen folgen am Ende des zweiten Teils.)